Dienstag, 2. August 1983 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 177 - 31.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

BDI zum Umweltschutz: Marktwirtschaftliche Grundsätze sollten nach Auffassung von BDI-Hauptgeschäftsführer Mann auch in der Umweltpolitik der Bundesregierung angewandt werden. (WELT-Interview)

Kreml unnachgiebig: Fünf Wochen vor der entscheidenden Verhandlungsrunde über Mittelstrecken-Abrüstung in Genf hat der sowjetische Verteidigungsminister Ustinow bekräftigt, daß Moskau an der Einbeziehung britischer und französischer Systeme festhält. Dadurch werden die Verhandlungen seit langem blockiert.

Raketen für „DDR": Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat wieder mit der Aufstellung neuer Raketen in der „DDR" gedroht, falls die Nato nachrüstet.

SPD uneins: Fraktionschef Vogel hat sich für die „Waldspaziergangs-Formel" (Verzicht auf Pershing 2; Stationierung von Cruise Missiles) ausgesprochen, obwohl Parteichef Brandt diese soeben als nicht ausreichend bezeichnet hat.

Repression in Polen: Erstmals seit der formellen Aufhebung des Kriegsrechts ist wieder eine Demonstration in Warschau aufgelöst worden. Mehrere hundert Menschen hatten in Spottliedern ihren Protest gegen die Regierung formuliert.

Sinn tritt zurück: Hamburgs Wissenschaftssenator Sinn scheidet zum 1. September aus dem Senat aus.

Front gegen Pressefreiheit: Die Informationsminister der sechs „Frontstaaten" im südlichen Afrika unter Führung Angolas haben die Beschränkungen für ausländische Journalisten vereinheitlicht. Wer „persona non grata" in einem dieser Länder ist, darf auch in die übrigen Staaten nicht mehr einreisen.

Mehr Selbstverwaltung: Zu Körperschaften des öffentlichen Rechts will das Sozialministerium die Krankenhausträger nach dem Vorbild der kassenärztlichen Vereinigung machen. Damit soll die Selbstverwaltung gestärkt werden. Derzeit wird die Rechtslage geprüft.

USA zu Tschad: Als „offene Aggression" haben die USA die Luftangriffe Libyens gegen Regierungstruppen des Tschad bezeichnet. Angeblich wurde der US-Flugzeugträger „Eisenhower" im Mittelmeer in Alarmbereitschaft versetzt. Frankreich erwägt die Lieferung von Flugabwehrwaffen.

Hilferuf Sri Lankas: Die Regierung in Colombo hat westliche Regierungen – darunter die USA und Großbritannien – um Hilfe wegen der Notlage nach den Unruhen gebeten.

„Trittbrettfahrer": Der CSU-Vorsitzende Strauß hat alle Vorwürfe zurückgewiesen, er habe sich in die Postverhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin eingemischt. Er sei in diesem Falle nur ein „Trittbrettfahrer".

Heute: Postverhandlungen mit der „DDR" gehen weiter. – Japans Außenminister Abe besucht Iran und Irak. – Chinesisch-britische Gespräche über Zukunft Hongkongs werden wieder aufgenommen. – SPD-Anhörung in Bonn „Chancen für Frauen".

ZITAT DES TAGES

» Also, daß sich da Leute ununterbrochen bereichert haben und daß da eine ganz neue Klasse entstanden ist, das ist für mich wirklich eine bittere Enttäuschung. «

Der ehemalige Bundeskanzler Bruno Kreisky im Wiener „Kurier" über führende österreichische Politiker.

FOTO: POLY-PRESS

WIRTSCHAFT

Benzin: Preissenkungen bei „Freien" im Ruhrgebiet; am Montag erhöhte Shell um zwei Pfennig.

Großhandel: Investitionszuwachs laut Ifo München nominal neun, real sechs Prozent 1983 erwartet.

Industrieproduktion: Im Juni erstmals seit einem Jahr höher als im Vorjahresmonat (1,5 Prozent; zwei Prozent höher als im Mai 1983), hauptsächlich durch Baugewerbe.

Italien: Inflationsrate unter sechzehn Prozent gedrückt.

SKF Kugellager: Umsatzrückgang von 6,3 Prozent auf 1,31 Milliarden DM.

Firmenwagen: Bund und Länder einigen sich über steuerliche Absetzung der privaten Nutzung. Nachweis durch Fahrtenbuch, sonst wird wie bisher ein Mindestanteil von 20 bis 25 Prozent angenommen.

Bundesanleihe: Am Mittwoch wird Auflage mit 8,25 Prozent Zinsen erwartet.

Börse: Die anhaltende Unsicherheit über die Zinsentwicklung in den USA führte zu teilweise erheblichen Kursverlusten am deutschen Aktienmarkt. WELT-Aktienindex 142,1 (143,8). Auch am Rentenmarkt gab es Kursverluste. Dollar-Mittelkurs 2,6675 (2,6435) Mark, Goldpreis je Feinunze 411,25 (422,00) Dollar.

KULTUR

Festspiele: Beifall für „romantischen" Tristan in Bayreuth. – Unbeständiger Jedermann in Salzburg, Erfolg für Rolf Hoppe als Mammon.

Bonn: Durch Brandstiftung in der Beethovenhalle entstand ein Schaden von zwei Millionen DM. Bühne und großer Saal wurden vernichtet.

Forschung: Vorhaben der Wirtschaft werden 1984 mit 1,3 Millionen DM gefördert, teilt Minister Riesenhuber mit.

SPORT

Motorsport: Beim Großen Motorrad-Preis von England in Silverstone ereignete sich ein schwerer Sturz. Es starben der Schweizer Peter Huber und der Ire Norman Brown.

Leichtathletik: Der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) nominierte für die ersten Weltmeisterschaften in der nächsten Woche in Helsinki 63 Teilnehmer.

AUS ALLER WELT

Frankreich: Wieder zwei Kinder wegen Lärmbelästigung niedergeschossen. – Ex-Fremdenlegionär gesteht Mord an vier Menschen, darunter Höhlenforscher-Ehepaar.

Geisterfahrt: Eine Frau, die bei Allershausen falsch auf die Autobahn fuhr, verursachte einen Zusammenstoß mit vier Toten.

Rocker: Bei regelrechten Straßenkämpfen in Osnabrück nach Schließung eines Jugendlokals wurden siebenunddreißig Polizeibeamte teilweise schwer verletzt.

Wetter: Rasch wechselnde Bewölkung, deutlich kühler: an der See um 20 Grad, bis 24 Grad in Süddeutschland. Ab Mittwoch wieder wärmer.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Industrie zu Umweltschutz bereit, aber ohne Dirigismus

BDI fordert Bundesregierung zu „marktwirtschaftlicher Ausgestaltung" auf

DW. Bonn

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Mann, hat in einem WELT-Gespräch an die Bundesregierung appelliert, auch im Umweltschutz ihrer marktwirtschaftlichen Gesamtstrategie zu folgen. Die deutsche Industrie, die auf die Kräfte des Marktes auch in der Umweltpolitik setze, sei bereit zu verstärkten Anstrengungen. Mann warnte aber vor deutschen Vorleistungen. Die Fragen stellte Heinz Heck.

WELT: Der BDI hat in der Vergangenheit häufig aus der Defensive auf wachsende Umweltschutzauflagen reagiert. Neuerdings sprechen Sie von einer offensiven Umweltpolitik. Steht dahinter eine Kehrtwendung?

Mann: Es ist eine Fortsetzung der Strategie, der wir schon seit geraumer Zeit folgen. Der defensive Aspekt war die unvermeidliche Reaktion auf eine Politik, die eine möglichst hohe Rechtssetzungsgeschwindigkeit als umweltpolitischen Befähigungsnachweis betrachtete. Wenn wir von offensiver Umweltpolitik sprechen, steht im Mittelpunkt unserer Überlegungen die Erkenntnis, daß wir die Probleme unserer Umwelt nur dann überzeugend lösen werden, wenn wir engagiert auf moderne Technologien setzen. Die erforderlichen innovatorischen Schübe werden wir allerdings nur dann bekommen, wenn wir die Kräfte des Marktes dafür nutzen.

WELT: Bisher herrscht in der Umweltpolitik Dirigismus. Neuerdings ist zunehmend von marktwirtschaftlichen Instrumenten die Rede. Sind Sie der Meinung, daß zum Beispiel bei konkreten gesetzgeberischen Maßnahmen wie der Großfeuerungsanlagenverordnung oder der Einführung bleifreien Benzins marktwirtschaftliche Instrumente eingesetzt werden könnten?

Mann: Man kann die Großfeuerungsanlagenverordnung, soweit es sich um ihren Vollzug handelt, durchaus für eine Ausgestaltung im Sinne marktwirtschaftlicher Instrumente nutzen, und ich hoffe sehr, daß dies geschieht. Darin läge zugleich eine gewisse Kursänderung der Umweltpolitik schlechthin, nämlich ein Abrücken von dem bisherigen starren polizeistaatlichen Denken des 19. Jahrhunderts zugunsten moderner, flexibler marktwirtschaftlicher Möglichkeiten. Ein solches Konzept fügte sich nahtlos in die von der heutigen Bundesregierung bejahte wirtschaftspolitische Gesamtstrategie ein.

SEITE 2: Natürliche Umweltpolitik

WELT: Hat sich diese Strategie der Bundesregierung bisher schon in ihren Umweltschutzmaßnahmen niedergeschlagen?

Mann: Man wird der jetzigen Bundesregierung zwar sicherlich kein umweltpolitisches Handlungsdefizit vorwerfen können. Sie bewegt sich aber bei den Instrumenten bisher noch auf alten Gleisen. Noch gibt es für eine marktwirtschaftliche Ausgestaltung keine konkreten Ansätze.

WELT: Worauf führen Sie es zurück, daß man im Dirigismus verharrt?

Mann: Weil es zu den hergebrachten legitimen Gewohnheiten gehört, Gesetze so auszugestalten, daß dem Staatsbürger nicht nur das Ziel des Gesetzvollzuges, sondern auch der Weg dorthin alternativlos und detailliert vorgeschrieben wird. Dagegen werden in der Umweltpolitik Dynamik und Innovation ausgelöst, wenn man den Unternehmen lediglich einen – allerdings verbindlichen – ökologischen Rahmen vorgibt und sie selbst frei entscheiden läßt, mit welchen Anlagen und mit welcher Technik sie dieses Ziel erreichen wollen.

WELT: Befürworter marktwirtschaftlicher Instrumente argumentieren, daß Umweltschutz damit nicht nur billiger, sondern auch wirksamer sein könnte. Diese Thesen stützen sich auch auf amerikanische Erfahrungen. Halten Sie diese für übertragbar?

Mann: Ich glaube, daß wir die amerikanischen Regelungen nicht ungeprüft und unverändert übernehmen können. Aber im Kern sind sie brauchbar: Marktwirtschaft ist Marktwirtschaft. Wir werden für

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Kursrekord

LEO FISCHER

Hermann Josef Abs weigerte sich stets, Prognosen für den Dollarkurs abzugeben. Mit gutem Grund, wie die jüngste Entwicklung an den Devisenbörsen zeigt. Der Dollar schlägt alle Kursrekorde, und die Experten tun sich sehr schwer, eine Erklärung zu finden. Sogar der Präsident der Deutschen Bundesbank wurde von dem Höhenflug der amerikanischen Währung überrascht. Noch im April, als der Dollar bei 2,5514 Mark notierte, äußerte Pöhl die Meinung, daß der Dollar überbewertet sei. Gestern stieg der Kurs auf 2,6675 Mark.

In der Tat ist es schwer, vernünftige Argumente für die Dollarhausse zu finden. Es gibt drei Bestimmungsgründe für die unterschiedliche Höhe der Wechselkurse: das Inflationsgefälle, die Entwicklung der Leistungsbilanz, die Zinsendifferenz. Von einem Inflationsgefälle zwischen der Bundesrepublik und den USA kann bei einer Teuerungsrate von 2,4 beziehungsweise 2,6 Prozent im Juni keine Rede sein. Die Leistungsbilanzen der beiden Länder entwickeln sich exakt so, daß sie zu einer Dollarbaisse statt zu einer Hausse führen müßten. Die Bundesrepublik erwartet einen Überschuß von 13 bis 15 Milliarden Mark, die USA steuern auf ein Rekorddefizit von 25 bis 30 Milliarden Dollar zu. *Einzig und allein die Zinsendifferenz* ist es, die für einen hohen Dollarkurs spricht.

Am Euromarkt werden Dollarzinsen von zehn Prozent gezahlt, die D-Mark-Zinsen liegen bei rund sechs Prozent. Die hohen US-Haushaltsdefizite, die auf Grund des starken Konjunkturaufschwungs in den USA mit einer zusätzlichen privaten Kreditnachfrage zusammentreffen, lassen erwarten, daß der Zinsvorteil der Dollaranlagen zunächst eher größer als geringer wird.

Der US-Notenbank-Chef Volcker, der auf diese Zusammenhänge hinwies und vor einer Geldverteuerung warnte, hat zweifellos Öl in das Feuer gegossen. Ungewollt vielleicht, weil er dringend zu einem Abbau der Haushaltsdefizite auffordern wollte. Aber immerhin hat er einen neuen Dollar-Aufschwung in Kauf genommen, der auch in den USA keineswegs mit Freude betrachtet wird. Denn ein hoher Dollarkurs bläht durch seine importstimulierende Wirkung das Leistungsbilanzdefizit der USA noch weiter auf.

Demonstration in Warschau aufgelöst

Lech Walesa: Solidarität wird Jahrestag der Danziger Abkommen feiern

DW. Warschau

Erstmals seit Aufhebung des Kriegsrechts in Polen hat die Polizei des Landes eine regimefeindliche Kundgebung aufgelöst. Mehrere hundert Personen hatten sich unweit der Altstadt um ein aus Blumen gelegtes Kreuz versammelt und sangen Spottlieder auf die Regierung. Daraufhin fuhren Milizkräfte vor und forderten die Menschen auf, auseinander zu gehen, da ihre Aktion ungesetzlich sei. Die Demonstranten folgten der Aufforderung mit betonter Langsamkeit.

Nahezu gleichzeitig nahmen 4000 bis 5000 Menschen in der Kirche des Warschauer Stadtteils Zoliborz an einer „Messe für das Vaterland" teil, wie sie dort seit Verhängung des Kriegsrechts an jedem letzten Sonntag des Monats zelebriert wird. Der Gemeindepfarrer Pater Gruszewski versicherte in seiner Predigt, trotz der Aufhebung des Kriegsrechts habe sich der behördliche Druck in Polen nicht gemindert. An Stelle des Kriegsrechts sei nun „ein Labyrinth der verschiedensten Vorschriften" getreten.

Besonders bedrückend seien die Gesetze über die Zensur sowie zur Beschränkung der Gewerkschaftsgründung und der Hochschulautonomie, erklärte der Priester unter dem starken Beifall der Gläubigen. Er beklagte auch, daß immer noch nicht alle politischen Häftlinge in den Genuß der Amnestie gekommen seien. Schließlich lud er die Gläubigen für den letzten Sonntag des August zu einer ähnlichen Messe ein. Man wolle dann den dritten Jahrestag des Solidaritäts-Streiks im Warschauer Stahlwerk „Huta Warszawy" für die Arbeiter an der Ostseeküste begehen.

Die Kirche von Zoliborz ist die Pfarrkirche des Stahlwerkes, das früher eine der Hochburgen der heute verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" war.

Die verbotene unabhängige Gewerkschaft „Solidarität" hat nach den Worten ihres Vorsitzenden Lech Walesa noch keine Pläne formuliert, wie sie den dritten Jahrestag ihrer Gründung Ende August begehen wird. Walesa wies jedoch darauf hin, daß die Gewerkschaft den 31. August stets in irgendeiner Form feierlich beging.

Der im Untergrund wirkende, fünf Mitglieder zählende „vorläufige Koordinierungsausschuß" der „Solidarität" hat seit der Aufhebung des Kriegsrechts und der Verkündung einer Teilamnestie am 22. Juli geschwiegen. Walesa rechnet jedoch damit, daß der Führungsausschuß in den „nächsten Tagen" eine Verlautbarung zum Jahrestag an die Öffentlichkeit bringen wird.

Sri Lanka: Vorwürfe gegen Moskau und „DDR"

AFP, Colombo

Für die blutigen Unruhen in Sri Lanka hat die Regierungszeitung „Sun" gestern indirekt die Sowjetunion und die „DDR" verantwortlich gemacht. In einem Leitartikel fordert das Blatt die Regierung auf, die Botschaften der Ostblockländer zu schließen. Das gelte insbesondere für die Vertretungen der UdSSR und der „DDR". Untersuchungen müßten auch gegen alle anderen Vertretungen eingeleitet werden, durch deren Vermittlung Moskau die Unruhestifter habe finanzieren können.

Die Regierung hatte bereits am Wochenende eine namentlich nicht genannte „fremde Macht" beschuldigt, die ethnischen Unruhen angezettelt zu haben, um das Regime von Präsident Junius Jayewardene zu stürzen. Den drei am Samstag verbotenen marxistisch orientierten Parteien wurde direkte Verwicklung in die Verschwörung vorgeworfen.

Kohl plant für den Herbst UNO-Auftritt

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl erwägt, falls die politische Entwicklung, beispielsweise bei den Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen, es angeraten erscheinen läßt, in diesem Herbst kurzfristig in der UNO-Vollversammlung zu sprechen. Dies wäre nach Bonner Informationen aus Termingründen nur Ende September/Anfang Oktober möglich. Grundsätzlich ist der außenpolitische Terminplan des Kanzlers schon ziemlich besetzt. Vom 31. August bis 4. September reist Kohl nach Israel. Vermutlich im Oktober wird ein Besuch in Saudi-Arabien und Ägypten und möglicherweise in Jordanien folgen. Für November ist eine Reise nach Japan vorgesehen.

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hatte am Wochenende die Hoffnung geäußert, daß Kohl „hoffentlich bald in der UNO" den Gedanken der deutschen Einheit vertreten werde.

Bonn bekräftigt Festhalten am „Waffenmix"

rmc. Bonn

Die Bundesregierung hat sich auch gestern wieder durch eine Erklärung ihres Sprechers Peter Boenisch darum bemüht, klarzustellen, daß Bonn wie Washington an dem Konzept des sogenannten „Waffenmix" bei einer eventuellen „Nachrüstung" amerikanischer Mittelstreckensysteme in Westeuropa festhält. Der Regierungssprecher sagte zu der Äußerung des französischen Verteidigungsministers Hernu, die Formel des „Waldspaziergangs" sei ein guter Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen, daran sehe man, daß die „fortdauernden Hinweise" der Bundesregierung, „das Thema Waldspaziergang" habe „nicht unbedingt etwas mit Pershing zu tun", richtig seien. Oppositionsführer Vogel dagegen verlangte gegenüber der Illustrierten „Weltbild" abermals die Einrechnung der britischen und französischen Systeme in einer Genfer Einigung.

Seite 2: Marschall Stentor
Seite 6: „Prawda" droht

Krankenhaus-Träger sollen mit Kassen verhandeln

Blüms Plan zur Stärkung der Selbstverwaltung

PETER JENTSCH, Bonn

Die Bundesregierung erwägt, die Krankenhausträger künftig als Körperschaften öffentlichen Rechts (Krankenhausvereinigungen) nach dem Vorbild der Kassenärztlichen Vereinigungen zusammenzufassen. Entsprechende Überlegungen sind, wie die WELT aus dem Bundesarbeitsministerium erfuhr, Gegenstand der Beratungen der Kommission zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung. Die Kommission soll ihre Ergebnisse im Dezember vorlegen.

Die mögliche Einrichtung von Krankenhausvereinigungen, die noch auf ihre verfassungsrechtlichen Folgen geprüft werden muß und die verfassungrechtliche Stellung der kirchlichen und kommunalen Krankenhausträger berücksichtigen soll, entspräche der Absicht der Bundesregierung, die Selbstverwaltung des Gesundheitswesens trotz steigender Leistungsausgaben der Kassen zu stärken.

Die Einrichtung von Krankenhausvereinigungen auf Länder- bzw. Bundesebene nach dem Vorbild der Kassenärztlichen Vereinigungen bzw. der Kassenärztlichen Bundesvereinigung böte den Vorteil, daß der gegenwärtige vollpauschalierte Pflegesatz durch mit den Kassen auszuhandelnde Leistungsentgelte ersetzt werden könnte. Der heutige durchschnittliche Pflegesatz liegt bei 230 Mark. Die Kasse zahlt diesen Satz für einen „billigen Blinddarm" ebenso wie für eine teure Behandlung auf der Intensivstation. Dabei werden die Pflegesätze durch ein staatliches Pflegesatz-Festsetzungsverfahren bestimmt. Nach dem Modell der Krankenhausvereinigungen würde der Pflegesatz unter Berücksichtigung regionaler und versorgungsmäßiger Besonderheiten zwischen Kliniken und Krankenkassen etwa auf der Basis einer Gebührenordnung für Krankenhäuser (GOK) ausgehandelt. Ein Blinddarm würde demnach anders berechnet werden als eine teure intensiv-medizinische Behandlung.

Weitergehende Überlegungen der Kommission, deren Arbeit ein Ziel- und Fragenkatalog des Bundesarbeitsministeriums zugrunde liegt, stellen auch das bisherige duale Finanzierungssystem der Krankenhäuser in Frage, das mit dem 1972 verabschiedeten Krankenhaus-Finanzierungsgesetz (KHG) geschaffen wurde. Danach werden die Benutzerkosten durch die Krankenkassen bezahlt (Pflegesatz), die Investitionskosten durch den Staat.

Die Kommission prüft, ob es möglich ist, einen Teil der Investitionskosten (z. B. die Instandhaltungs- und Instandsetzungs-Maßnahmen) auf die Benutzerkosten abzuwälzen, also die Krankenkassen bezahlen zu lassen. Die Kassen stehen diesem Wunsch zumindest nicht ablehnend gegenüber. Hans Sitzmann, Vorsitzender des Landesverbandes der Ortskrankenkassen in Bayern (LdO) zur WELT: „Diese Investitionen belasten zwar zunächst unseren Etat erheblich. Sie helfen aber, die laufenden Betriebskosten der Kliniken zu senken, was sich positiv auf die Pflegesätze auswirkt." Langfristig, so Sitzmann weiter, sei mit einer Kostenminderung zu rechnen.

Höhenflug des Dollars ungebremst

Rekordniveau auf internationalen Devisenmärkten erreicht / Kursverluste bei Aktien

L. FISCHER/J. SCH. Bonn/Paris

Der Dollar setzte gestern an den internationalen Devisenbörsen seinen Höhenflug fort. In Tokio erzielte er mit 243,10 Yen (nach 241,50 Yen am Freitag) einen neuen Jahreshöchstkurs.

In Paris wurde der Dollar gestern morgen zum ersten Mal im Bankengeschäft über acht Franc gehandelt. Mit 7,958 hatte er am Freitag auf dem offiziellen Markt ein neues Rekordniveau erreicht. Auch in Frankfurt lagen schon die Eröffnungskurse deutlich über dem Fixing vom Freitag. Die ersten Kurse lagen bei 1,6545/55, während der Mittelkurs am Freitag noch mit 2,6430 Mark festgestellt wurde. Der amtliche Mittelkurs wurde am Montag mit 2,6675 Mark notiert. Dies ist der höchste Dollarkurs seit dem 29. September 1975, als der Dollar mit 2,6742 Mark ermittelt wurde. Die Deutsche Bundesbank hat gestern zum Marktausgleich 29,2 Millionen Dollar verkauft.

Seit der Dollarkrise unter Präsident Carter im Oktober 1978, als der Dollar bei 1,70 Mark notierte, hat die amerikanische Währung ihren Wert fast um die Hälfte gegenüber der D-Mark erhöht. Gegenüber anderen Währungen, außer dem Schweizer Franken, ist der Dollarkurs sogar noch stärker gestiegen.

Aufgrund der deutschen Kapitalabflüsse in das Hochzinsland USA kam es auch zu einer leichten D-Mark-Schwäche gegenüber dem Franc.

Wie schon in den Vortagen war auch diesmal wieder die Angst vor steigenden Zinsen in den USA für den Kursaufschwung des Dollar verantwortlich. Vor allem die Äußerungen des Chefökonomen des US-Brokerhauses Salomon Brothers, Henry Kaufman, der in den USA als „Zinspapst" gilt, gab dem Dollarkurs neue Impulse. Kaufman rechnet mit einem Anstieg der Sätze für Tagesgeld von derzeit 9,5 auf zehn bis elf Prozent. Die jüngste Ausdehnung der US-Geldmenge um 1,4 Milliarden Dollar erhöht die Wahrscheinlichkeit einer restriktiveren Geldpolitik und damit eines Anstiegs der Zinsen noch weiter.

Der deutsche Aktienmarkt reagierte mit kräftigen Kursverlusten auf den neuerlichen Anstieg des Dollarkurses. Die stärksten Einbußen gab es bei den bislang angeblich wegen des festen Dollarkurses favorisierten Autoaktien. Daimler fielen um 9,50 Mark und Mercedes um sieben Mark zurück. Auch die Kurse der Banken schwächten sich deutlich ab. Der WELT-Aktienindex ermäßigte sich von 143,8 am Freitag auf 142,1.

Auch der deutsche Rentenmarkt litt unter der Entwicklung an den Devisenbörsen. Bundesobligationen und öffentliche Anleihen gaben um bis zu 0,60 Mark nach. Die kursregulierenden Stellen mußten zur Kursstützung Titel im Nennwert von 49,9 Millionen Mark aus dem Markt nehmen. Aufgrund der Kursverluste erhöhte sich die Rendite öffentlicher Anleihen von 8,15 auf 8,20 Prozent.

Belgrad bereitet zweites Sparprogramm vor

Jugoslawien will Auflagen des Weltwährungsfonds erfüllen

AFP, Belgrad

Die jugoslawische Regierung bereitet für September ein neues Austerity-Programm vor, um die Bedingungen der westlichen Kreditgeber, insbesondere des Weltwährungsfonds, zu erfüllen. Die Regierung in Belgrad hatte bereits im November vergangenen Jahres ein erstes Sparprogramm beschlossen, das zu einem Rückgang der Kaufkraft von mehr als zehn Prozent führte. Nachdem die Auslandsverschuldung des Landes rund 19 Milliarden Dollar erreichte und Jugoslawien dringend neue Kredite benötigt, ist eine weitere Reduzierung der Ausgaben unumgänglich geworden.

Der zweite Sparplan soll den Verbrauch weiter senken. Die Regierung hofft, daß als Folge der neuen Beschlüsse die Exporte angekurbelt werden und damit die Mittel hereinkommen, um die immer drückender werdenden Finanzlasten für die Außenverschuldung aufbringen zu können. Diese Finanzlasten, die sich 1978 auf 1,75 Milliarden Dollar belaufen hatten, werden in diesem Jahr fünf Milliarden Dollar erreichen.

Am Dienstag vergangener Woche sind bereits erste Maßnahmen in Kraft getreten. Die meisten Preise mit Ausnahme von Medikamenten und Energie wurden freigegeben. Dies führte sofort zu ganz erheblichen Preiserhöhungen. Das neue Austerity-Programm wird auch eine starke Erhöhung der direkten Steuern umfassen. Während bisher nur 10 000 Jugoslawen Einkommensteuer zahlten, werden nach den geplanten neuen fiskalischen Maßnahmen rund eine Million einkommensteuerpflichtig. Parallel zur Erhöhung der direkten Steuern sollen jedoch die indirekten Steuerabgaben reduziert werden.

Wie in Belgrad bekannt wurde, sieht der zweite Austerity-Plan unter anderem die Schließung aller Unternehmen vor, die wirtschaftlich unrentabel sind, selbst wenn damit das Risiko einer erheblichen Zunahme der Erwerbslosigkeit besteht. Bereits heute zählt das Land 900 000 Arbeitslose. Das Defizit des jugoslawischen Außenhandels mit dem Westen könnte als Folge der Reduzierung der Binnennachfrage und einer erheblichen Steigerung der Agrarproduktion in diesem Jahr auf rund 2,2 Milliarden Dollar zurückgehen. Es hatte 1982 knapp 3,75 Milliarden Dollar erreicht.

Bayern führt im Kampf gegen die Bürokratie

Kommission für Verwaltungsvereinfachung beendet Arbeit

PETER SCHMALZ, München

Nach fünf Jahren und zwölf Sitzungen hat die ehrenamtlich tätige bayerische „Kommission für den Abbau von Staatsaufgaben und für Verwaltungsvereinfachung" ihre Arbeit „lautlos und erfolgreich" beendet, wie Ministerpräsident Franz Josef Strauß in der bayerischen Staatskanzlei erklärte. Das Beispiel Bayerns und seine Aufforderung an den Bundeskanzler, mit einem ähnlichen Gremium die Reglementierungsflut des Bundes zu überprüfen, waren nach Worten von Strauß ausschlaggebend für den vor wenigen Tagen gefaßten Beschluß, eine derartige Kommission auch in Bonn einzusetzen.

Ziel der bayerischen Kommission, die noch von Strauß-Vorgänger Alfons Goppel eingesetzt wurde, und deren Arbeit Strauß in seiner ersten bayerischen Regierungserklärung im November 1978 breiten Raum widmete, war der Wunsch, den Freiheits- und Verantwortungsraum des Bürgers zu stärken. Entscheidungen möglichst bürgernah auf untere Verwaltungsebenen zu legen und unsinnige Reglementierungen und Vorschriften zu beseitigen.

An diese Aufgabe, so Strauß, ist die Kommission aus elf Persönlichkeiten des Staates, der Gemeinden und der Wirtschaft unter Leitung des Innenstaatssekretärs Franz Neubauer mit „unendlicher Geduld" herangegangen. 3340 Einzelempfehlungen wurden beschlossen, von denen 2350 veröffentlicht oder durch Ministerratsbeschluß bestätigt sind. 920 sind in der Umsetzungsphase. 70 können nicht realisiert werden.

Als „dickstes Brett" erwies sich die bayerische Bauordnung, zu der 191 Änderungs-Empfehlungen gemacht wurden. Das Ergebnis ist ein neues bayerisches Baurecht, in dem der Ausbau von Dachgeschoßwohnungen ebenso genehmigungsfrei ist wie die Fassadengestaltung. Kommunale Bagatellsteuern wie Getränke-, Vergnügungs- und Jagdsteuer wurden abgeschafft. 252 staatliche Fördermaßnahmen durchforstet sowie die Straf- und Bußgeldvorschriften durchleuchtet. Seither werden in Bayern „fahrlässiges Nacktbaden" und „nicht schriftlich bestätigtes Aussetzen wilder Tiere in freier Wildbahn" nicht mehr durch ein Bußgeld bestraft.

Die bayerische Spar-Elf richtete ihr Hauptaugenmerk darauf, den Staat von unsinnigen Arbeiten zu entlasten. So wurden allein durch den Verzicht auf den Staatsangehörigkeitsnachweis bei Eheschließungen jährlich 120 000 Anträge, Verfahren und Entscheidungen entbehrlich. Wobei sich Kommissionschef Neubauer bei dieser Nebentätigkeit stets des Wohlwollens seines Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden sicher sein konnte, der sich mit bissiger Ironie an den Abschied aus dem Bundestag erinnert, als ihn die Bundestagsverwaltung nach 29 Abgeordnetenjahren um die Geburtsurkunde gebeten hat. Strauß: „Die brauchten sie für die Akte Strauß."

Strauß ließ gestern vor der Presse auch erkennen, daß ausgerechnet die Sonntagvormittage zwischen sieben Uhr bis zum Kirchgang für die bayerische Bürokratie die gefährlichsten Stunden sind: Dann liest der Ministerpräsident in seinem Haus in München-Sendling Akten und stößt dabei auf Fälle wie jenen vom Tölzer Gymnasium, dem der Referent des Kultusministeriums vorschreiben wollte, auf welchem Teil des Sportplatzes Kugelstoßen geübt werden darf.

Während Strauß den bayerischen Bürokraten zu Leibe rückt und sie warnt, „mit letzter Sturheit und Stupidität" stets und immer den staatlichen Rechtsstandpunkt bis zur letzten Instanz durchzufechten, ist sein Kampf gegen die europäische Bürokratie von Rückschlägen gekennzeichnet. „Alle Vorstöße stießen bisher ins Leere", meinte Strauß zu seinen zahlreichen Briefen nach Brüssel, in denen er sich über den vorgeschriebenen Krümmungsradius der EG-Gurke ebenso beschwerte wie über die umfangreichen Vorschriften zum europäischen Rasenmäher. Sein Briefwechsel mit der EG-Kommission ergebe „einen Nachtrag zu Ludwig Thoma", schätzt der Ministerpräsident, der seine Wirkungslosigkeit auf diesem Gebiet unumwunden zugibt. „Lieber schiebe ich einen Güterzug an."

Boenisch und die Konkurrenz in den Bonner Ministerien

Öffentlichkeitsarbeit ist ein Problem der Koordinierung

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Jeder Besucher des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Bonn bekommt einen halben Liter Milch, als freundliche Geste des jeweiligen Hausherrn. Die Kuh steht nicht im Garten – die Kuh ist der jeweilige Haushalt für Öffentlichkeitsarbeit der Ministerien. Nach grober Rechnung haben diese rund 20 Millionen Mark jährlich für Public Relations und Selbstdarstellung auszugeben, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, jetzt unter Regierungssprecher Peter Boenisch, steht da mit wesentlich kürzerem Hemd da.

„Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung ist zuständig für die Unterrichtung der Bürger und der Medien über die Politik der Bundesregierung. Es erläutert und vertritt hierbei mit den Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit und der Informationspolitik Tätigkeiten, Vorhaben und Ziele der Bundesregierung." So steht es in der „Vorbemerkung" zum Haushalt 1983 des kurz BPA genannten Amtes, dessen Riesenetat von 176 Millionen Mark nach Ansicht von praxisnahen Bundestagsabgeordneten nur 7–8 Millionen Mark für die Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit übrig läßt.

„Das BPA der Bundesregierung koordiniert seine ressortübergreifende Öffentlichkeitsarbeit und die ressortbezogene Öffentlichkeitsarbeit der Bundesministerien bei Maßnahmen, die Angelegenheiten von allgemein-politischer Bedeutung betreffen", heißt es weiter im Vorbemerkungs-Text. Hier klingt schon an, wo es knirscht. Deutlicher wird man in der immer wieder neu aufgelegten Schrift von Kordes/Pollmann über das BPA, wo davon gesprochen wird, wie man „unerwünschte Doppelinformationen, Widersprüche und unwirtschaftliche Mittelverwendung" bei dem eingerichteten System vermeiden kann. Es sei dabei ein Verfahren, bei dem sich die Ressorts um eine vertrauensvolle, „auf Achtung der gegenseitigen Zuständigkeitsgrenzen" beruhende Zusammenarbeit bemühen, spitzfindigen Lösungen vorzuziehen.

Des Kanzlers Politik

Diese spitzfindigen Lösungen, mit denen nun der neue BPA-Chef Boenisch konfrontiert wird, dienten in der Vergangenheit oft dem Versuch, die Minister-Spitze gegenüber dem Bundeskanzler nicht absinken zu lassen. Der Regierungssprecher wurde dadurch immer mehr jemand, der nicht, siehe „Vorbemerkung", die Politik der Bundesregierung erläuterte, sondern vorwiegend die des Kanzlers.

Den Bundeshaushalt auf Mittel für Öffentlichkeitsarbeit der Bundesministerien abzusuchen, ist eine Aktion, die kaum die vollständigen Zahlen liefern kann, zu schwer lassen sich da die Grenzen ziehen. So weist das Auswärtige Amt für Öffentlichkeitsarbeit 1,35 Millionen Mark aus, aber die sind dann wirklich für den Hausgebrauch. Allein der Zuschuß des BPA für „Inter Nationes e. V.", die „Deutsche Arbeitsgemeinschaft zur Förderung zwischenstaatlicher Beziehungen", liegt 1983 bei fast zehn Millionen Mark, und die „Politische Öffentlichkeitsarbeit Ausland" des Bundespresseamtes ist einer der größten Brocken überhaupt und erscheint im Haushalt mit rund 77 Millionen Mark.

Das Bundesinnenministerium weist dort für seine Öffentlichkeitsarbeit 724 000 Mark aus. Neben dem großen Etat gibt es da aber noch einen von 600 000 Mark für „Kosten der geistig-politischen Auseinandersetzung mit terroristischen und extremistischen Bestrebungen", Komplex „Öffentlichkeitsarbeit" inklusive.

Die Aufgaben schildern

Das Justizministerium veranschlagt im Jahre 1983 genau 729 000 Mark für die „Unterrichtung der Bevölkerung über Maßnahmen auf dem Gebiet des Rechtswesens". Das Bundesfinanzministerium bekommt 760 000 Mark, die für die „Unterrichtung der Bevölkerung über den Sinn und Zweck finanzpolitischer Maßnahmen" gedacht sind. Das Bundesministerium für Wirtschaft nennt völlig richtig bei seinen 546 000 Mark für Öffentlichkeitsarbeit, daß man der Bevölkerung nicht nur den großen Horizont wirtschaftspolitischer Aktionen schildern wolle, sondern natürlich auch „die Aufgabe des Bundesministeriums für Wirtschaft".

Angesichts der vielfältigen Aufgaben des Ernährungsministeriums scheint es merkwürdig, daß hier überhaupt kein Titel „Öffentlichkeitsarbeit" auftaucht, nur der Pressedienst des Hauses wird mit mageren 21 000 Mark genannt, die „Herausgabe von Fachveröffentlichungen" mit 700 000 Mark. Dagegen zahlt das Ministerium eine Million Mark für „Allgemeine Aufklärungsmaßnahmen", noch einmal 3,5 Millionen Mark für „Aufklärung der Verbraucher", fünf Millionen Mark für „Beteiligung an Messen, Ausstellungen und Lehrschauen".

Die Öffentlichkeitsarbeit des Verteidigungsministeriums schlägt mit 3,8 Millionen Mark zu Buche, die des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit rund 2,3 Millionen Mark. Breit gefächert sind die entsprechenden Zahlen beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. „Öffentlichkeitsarbeit" 256 000 Mark, daneben aber zum Beispiel 1,2 Millionen Mark für „Herstellung, Ankauf und Verbreitung von Material zur Unterrichtung älterer Menschen", 903 000 Mark im zentralen Bemühen darum, „Freizeitgewinn als Chance für individuelle Selbstentfaltung" bei allen Bereichen der Gesellschaft darzustellen, nicht zu vergessen die 11,15 Millionen Mark der diesem Hause unterstellten „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung".

So kann sich Regierungssprecher Peter Boenisch wirklich, abweichend von der genannten „Vorbemerkung", darauf spezialisieren, Sprecher des Kanzlers zu sein.

Der „Königsmacher" irritiert die Partei

Tanaka büßte seinen Einfluß trotz des Lockheed-Prozesses nicht ein / Nakasone muß sich freischwimmen

FRED de la TROBE, Tokio

Die Regierung des Ministerpräsidenten Nakasone bereitet sich auf einen politisch heißen Herbst vor. Der Premier setzte neue Zeichen, als er jetzt – anders als bisher – verkündete, er werde das Unterhaus innerhalb eines Jahres auflösen. Der Kurswechsel Nakasones läßt jetzt die Planungsstäbe in allen Partei-Hauptquartieren mit Wahlterminen rechnen, die zwischen dem Ende dieses und dem Frühling nächsten Jahres liegen. Die Legislaturperiode läuft im Juni 1984 aus. Mit dem vorgezogenen Zeitpunkt für die Stimmenabgabe, so meint man, wolle er sich größere Flexibilität für den Fall einer kritischen Zuspitzung vor allem der innenpolitischen Lage sichern.

Der erste schwere Härtetest im Herbst wird mit dem 12. Oktober beginnen: An diesem Tag wird das Gerichtsurteil gegen Ex-Premier Kakuei Tanaka im jetzt sieben Jahre alten Lockheed-Bestechungsskandal fallen. Da die meisten Mitangeklagten Tanakas schon schuldig gesprochen wurden, wird allgemein mit einer Strafe von fünf Jahren Freiheitsentzug gerechnet.

Zwar wird Tanaka in Revision gehen, *doch ist mit starkem Druck* auf Nakasone zu rechnen, sich vom Einfluß Tanakas zu lösen, der in der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) die Rolle des „Königmachers" und einer „grauen Eminenz" spielt. Der von diesem geleitete Flügel in der LDP ist jedoch der zahlenmäßig stärkste in der Partei, ohne dessen Unterstützung Nakasone nicht regieren kann.

Wenn Tanaka nicht von sich aus auf sein Abgeordnetenmandat und



seinen Einfluß verzichten wird – bisher deutet auf einen solchen Schritt nichts hin –, wollen die Oppositionsparteien nach dem Urteil eine Resolution im Parlament einbringen, die seinen Rücktritt und eventuell auch eine Vorladung vor den Disziplinarausschuß fordern soll. Die bisher noch stillhaltenden Rivalen Nakasones und die ihnen nahestehenden Gruppen in der LDP haben zu erkennen gegeben, daß sie sich nach einer Verurteilung Tanakas dem Wunsch der Opposition anschließen werden. Ob Nakasones Regierung dann im Falle einer Kampfabstimmung im Parlament überleben wird, ist fraglich.

Auch in der außenpolitischen Szenerie ziehen für den Ministerpräsidenten schwere Turbulenzen auf. Washingtons Forderungen nach handelspolitischen Zugeständnissen und größere militärische Kraftentfaltung Japans kündigen sich im Zeichen des bevorstehenden Wahljahrs in den USA mit großer Härte an.

Im ersten Halbjahr seiner Amtszeit *ist es Nakasone zwar gelungen*, durch sein Geschick in persönlicher Diplomatie den Konfliktstoff mit den Vereinigten Staaten einzugrenzen. Angesichts des für dieses Jahr erwarteten amerikanischen Handelsbilanzdefizits mit Japan in der Rekordhöhe von 20 Milliarden Dollar beginnt sich das Blatt aber zu wenden.

Anfang November steht der Staatsbesuch Präsident Reagans in Tokio an. Mit den Wahlen schon im Visier und wegen des starken Drucks seiner demokratischen Gegenspieler gerade im Bereich der Handelsgegensätze mit Japan wird er unter Erfolgszwang stehen. Nakasone seinerseits kann dem amerikanischen Gast aber kaum Zugeständnisse machen.

Die Forderung Washingtons nach Liberalisierung der japanischen Fleisch- und Orangeneinfuhren trifft auf einen besonders empfindlichen Nerv Tokios. Gibt der Ministerpräsident hier nach, müßte er den Verlust der Unterstützung der Bauern-Lobby befürchten. Die Bauern stellten aber bisher immer das treueste Wählerpotential der liberaldemokratischen Partei.

Auch bei der Rüstung zeichnen sich keine größeren japanischen Leistungen ab. Vor einigen Tagen legte die Regierung den Rahmen des Sparhaushalts für nächstes Jahr vor, der die überhöhten Staatsschulden abbauen soll. Demnach ist für die Verteidigung eine Aufstockung von 6,88 Prozent vorgesehen. Das ist weniger als die Zunahme von 7,3 Prozent in diesem Jahr. Washington und einzelne amerikanische Senatoren hatten dagegen für nächstes Jahr um 10 bis 12 Prozent höhere japanische Rüstungsausgaben als Beitrag Tokios zur Entlastung der USA gefordert. (SAD)

Amerika verlangt Rückzug Libyens aus Tschad

rtr/dpa/AFP, Washington/Beirut

Die USA haben die Luftangriffe Libyens auf die strategisch wichtige Stadt Faya-Largeau im Norden Tschads scharf verurteilt und den libyschen Staatschef Khadhafi aufgefordert, seine Truppen aus dem Nachbarstaat abzuziehen. In einem vom US-Außenministerium veröffentlichten Kommuniqué heißt es, die USA hätten wegen der „offenen Aggression" Kontakte zu befreundeten Staaten, „einschließlich Frankreich" aufgenommen. Die Bombenangriffe seien eine „flagrante Einmischung in die inneren Angelegenheiten Tschads".

Die Regierungstruppen Tschads hatten am Wochenende unter Führung von Präsident Hissene Habre in mehrstündigen Kämpfen die von Aufständischen unter dem früheren Staatschef Goukouni Weddeye im Juni besetzte Stadt 800 Kilometer nördlich von N'Djamena zurückerobert. Bei den Kämpfen hatte die libysche Luftwaffe mehrmals auf seiten der Rebellen eingegriffen. Habre hatte daraufhin ein „dringendes Eingreifen" der Luftwaffe des früheren Mutterlandes Frankreichs gefordert, ohne daß Paris darauf reagierte.

Libyen hat inzwischen dementiert, daß seine Truppen an den Kämpfen in Tschad beteiligt seien. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärte, Libyen überwache seinen eigenen Luftraum und beschränke sich auf die Beobachtung der Kampfhandlungen.

Nach einer Meldung der amtlichen libyschen Nachrichtenagentur Sana ist Präsident Habre in Faya-Largeau von den Verbänden des Rebellenführers Weddeye eingeschlossen. Es werde erwartet, daß er sich den gegnerischen Soldaten ergebe, meldete die Agentur unter Berufung auf „Berichte aus dem nördlichen Tschad" ohne weitere Einzelheiten. Demgegenüber war am Wochenende verlautet, Habre sei nach der Rückeroberung Faya-Largeaus in die tschadische Hauptstadt zurückgekehrt.

Der Rundfunksender der Rebellen hat inzwischen die Niederlage im Kampf um Faya-Largeau eingestanden, erklärte jedoch, die Rückeroberung durch Regierungstruppen laufe auf eine „Selbstmordaktion" hinaus, da die Oasen-Stadt unter intensivem Artilleriebeschuß von Weddeyes Truppen stehe.

Vom Sonnenkraftwerk noch weit entfernt

Moskaus Versuche mit alternativen Energien bisher erfolglos / Bürokratie als Hemmnis

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Mit einem absurden Theater hat die Moskauer Regierungszeitung „Iswestija" die seit elf Jahren ergebnislos gebliebenen Versuche in der Sowjetunion verglichen, Sonne und Wind als alternative Energiequellen zu nutzen.

Seit einer ersten Fachkonferenz im Jahre 1972 sind in der Sowjetunion allein für die Windenergie 23 Millionen Rubel ausgegeben worden, schreibt die „Iswestija". Die beiden Ministerien, die Windkraftwerke entwickeln und herstellen sollen, teilten sich in diese Aufgabe nach der vorgesehenen Leistung: für Aggregate über hundert Kilowatt ist das Energie-Ministerium zuständig, für die schwächeren das Wasserwirtschaftsministerium.

Das erste blieb bis heute in den Projektionsarbeiten stecken, das andere gründete 1975 die Produktionsvereinigung „Zyklon". Nach Feststellungen der sowjetischen Volkskontrolle brachte sie zwar an die 500 Windanlagen zustande, aber keine einzige arbeitsfähige Station, die an den Verbraucher Strom abgeben könnte. Eine Versuchsanlage, angeblich für zehn Jahre tauglich, stürzte nach 18 Tagen zusammen und war nicht mehr zu gebrauchen.

Bei der Solartechnik sieht es noch trüber aus. Das Energieministerium ist immer noch mit den Vorarbeiten für ein erstes Sonnenkraftwerk beschäftigt. Ob es, wie vorgesehen, bis 1985 gebaut werden kann, erscheint der Moskauer Regierungszeitung höchst zweifelhaft. Die Erprobung von Solarheizungen in mehr als 40 verschiedenen Objekten verläuft ohne rechten Sinn und Nutzen, weil sich nur Wissenschaftler darum kümmern, die daraus eine Art Lebensaufgabe gemacht haben. Über die niederen Gesichtspunkte praktischer Verwertung ihrer Kenntnisse blickten sie erhaben hinweg, spottet die „Iswestija".

Es sei „amoralisch und für das Land verheerend", wenn sich Wissenschaftler ein Jahrzehnt lang mit ihren Versuchsanlagen abgäben. Schon ihre Gehälter hätten Millionen von Rubeln verschlungen. Die „Iswestija" scheute sich nicht, den ideologischen Hauptgegner USA als positives Gegenbeispiel anzuführen. Dort seien seit der Ölkrise von 1973 Hunderttausende von Solarhäusern und eine halbe Million Windaggregate entstanden, darunter auch leistungsstarke Kraftwerke. „Wir sind mit Energie besser dran als Amerika, aber das heißt doch nicht, daß wir verschwenderischer sein dürfen", entrüstete sich das Blatt. Tatsächlich konnte der unbekümmerte Umgang mit Energiequellen aller Art in der Sowjetunion bisher noch durch keinen Sparappell aufgehalten werden.

Offen sprach die „Iswestija" aus, warum die produzierende Wirtschaft des Landes niemals Eile zeigt, Neuerungen einzuführen: Für die Betriebe ergäben sich dadurch keine spürbaren Vorteile.

Die umfangreiche Darstellung macht wieder einmal deutlich, daß der technische Fortschritt im Gestrüpp der bürokratischen Wirtschaftslenkung hängen bleibt und darin verkümmert. Der scheinbare Vorteil einer zentralen Planung erweist sich als Fiktion. In der Praxis scheitern die vielen beteiligten Fachministerien, die wie aufgeblähte Konzernleitungen die Produktion steuern sollen, schon an einfachen Koordinationsaufgaben.

Ungarische Minderheit in Bedrängnis

Budapest beklagt Repressalien in den „Bruderländern" / Drei Millionen sind betroffen

GREGOR KONDEK, Wien

Das Schicksal von rund 3,15 Millionen Ungarn, die als nationale Minderheit in den kommunistischen „Bruderländern" leben, beschäftigen *seit geraumer Zeit* Ungarns Funktionäre und weite Kreise der Bevölkerung. Die nationale Frage nimmt in dem Maße einen immer größeren Raum ein, in dem die Ideologie scheinbar in den Hintergrund tritt.

Das ungarische Volk sei die einzige europäische Nation, deren Bevölkerung zu mehr als einem Drittel außerhalb der Landesgrenzen leben müßten, wird in Budapest von inoffizieller Seite immer wieder betont. Auf dem Territorium des heutigen Ungarns leben 10,7 Millionen.

Annähernd zwei Millionen Ungarn leben in Siebenbürgen und im Banat unter rumänischer Herrschaft; 600 000 in der Tschechoslowakei; 400 000 in Jugoslawien und 150 000 im sowjetischen Machtbereich – vorwiegend im Gebiet der Karpato-Ukraine.

Ungarische Spitzenfunktionäre *schätzen die Situation ihrer Lands*leute in der CSSR als „sehr schlecht" ein. Das Schicksal der Ungarn in Rumänien wird als „katastrophal" geschildert.

Es lägen Erkenntnisse vor, nach denen die ungarische Bevölkerung in Siebenbürgen und im Banat von einem „ethnischen Genozid" bedroht sei. Ungarische Ortsnamen wurden abgeschafft und Neugeborene dürften keine ungarischen Vornamen mehr erhalten. Über die Praktiken einer bewußten Romanisierung von angestammten ungarischen Siedlungsgebieten über eine massenhafte Ansiedlung von Rumänen wolle man gar nicht erst sprechen, meint ein Partei-Funktionär.

Alle Versuche der Budapester Regierung, die Lage ihrer Landsleute zu erleichtern, seien gescheitert. Selbst Kontakte auf der Parteiebene blieben ohne Ergebnis. *Bukarest habe Angst vor einer un*garischen Unabhängigkeitsbewegung und versuche, diese im Ansatz zu ersticken. Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage in Rumänien werde hier der Keim für nationale Konflikte gelegt.

Über die Lage der Ungarn in der Karpato-Ukraine ist offiziell kaum etwas zu hören. Schilderungen einzelner Bürger über das Schicksal ihrer Familienangehörigen, über Repressalien und dem Bestreben einer vollständigen Russifizierung werden nicht zur Kenntnis genommen. Als erträglich wird lediglich die Situation der 400 000 Ungarn in Jugoslawien bezeichnet.

Kreiskys Enttäuschung über die „neue Klasse"

DW. Wien

Bruno Kreisky hat sein Schweigen beendet. In einem Interview mit dem Wiener „Kurier" analysiert der ehemalige Bundeskanzler Österreichs die tieferen Gründe der Niederlage der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) bei den Frühjahrswahlen. Kreisky meinte *selbstkritisch, möglicherweise* sei er zu wenig brutal gewesen, um Dinge, die der Partei geschadet hätten, auszumerzen. Wir drucken mit freundlicher Genehmigung des „Kuriers" das Interview im Auszug nach.

Für Bruno Kreisky, so berichtet das Wiener Blatt, endete die 13jährige Regierungszeit mit einer „bitteren Enttäuschung". Nicht wegen des Wahlresultats; die wirkliche Enttäuschung saß bei ihm tiefer.

„Ich gesteh's offen – ich hab' mich halt sehr viel mehr auf die Selbstkritik der Menschen, vor allem in den führenden Positionen, verlassen. Ich konnte gar nicht annehmen, daß diese führenden Leute sich derartige Privilegien und Gehälter selber konzidiert haben.

Denn meine Staatsphilosophie war, so wenig als möglich die Menschen von oben her an die Zügel, an die Leine zu nehmen. Und hab' daher gedacht: ‚die müssen doch selbstkritisch genug sein und können sich doch net 17 Gehälter auszahlen lassen mit astronomischen Beträgen.

Die müssen doch selber an Genierer haben, dachte ich mir. Also, daß sich da Leute ununterbrochen bereichert haben und daß da eine ganz neue Klasse entstanden ist, das ist für mich wirklich eine bittere Enttäuschung.

Aber ich hätt' halt da sehr viel mehr Brutalität gebraucht, um etliches zu verhindern ... Ich hab' halt meine Energien darauf verwendet, um zu regieren, mit meinen Freunden zu regieren ..."

In aller Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt, nimmt Bruno Kreisky jetzt „seinen" Finanzminister, Androsch-Nachfolger Herbert Salcher, *in Schutz*. Er präsentiert auch den Grund – aus seiner Sicht –, warum es zur miesen Budgetsituation gekommen ist:

„Ich sag's noch einmal, auch wenn die Leut' sich ärgern über mich: Wenn wir vor fünf Jahren die Quellensteuer gemacht hätten, so hätt' ma uns wahrscheinlich eine Einnahme verschafft, die Verzinsung und Amortisation von 70 bis 80 Milliarden Staatsschuld gebracht hätte. Und damit wär' heut' alles ganz anders. Aber das hat man ja abgelehnt – der damalige Finanzminister hat meine Freunde umgestimmt, obwohl diese ja schon meiner Meinung waren. So im letzten Moment halt ..."

Jetzt redet er doch

Kreisky dachte damals an persönliche Konsequenzen, wie er jetzt zugibt: „Also, es gibt schon Fehler, die wir gemacht haben, für die ich verantwortlich bin. Ich hätt' halt damals vielleicht sagen müssen: Freunde, des müßts ohne mich machen. Aber ich bin net sicher, ob das auf manche viel Eindruck gemacht hätte, wenn ich so gedroht hätte ..."

Der ehemalige *Regierungschef* hat sich entschlossen, nach fast viermonatigem Schweigen jetzt doch zu reden. Und Kreisky nimmt kein Blatt vor den Mund. Er beginnt bei der Wahlniederlage der SPÖ in diesem Frühjahr, bei seinem Rücktritt, den viele nicht verstanden haben – auch seine engsten Freunde nicht, von Tausenden Funktionären der SPÖ abgesehen. Kreisky jetzt darüber:

„Sicher könnte ich auch eine Koalitionsregierung mit der FPÖ führen, ich hab's ja auch zustande gebracht, diese Regierung. Aber darum geht's ja gar net. Sondern es geht darum: Daß ich die Wahl als eine politische Niederlage betrachtet habe – auch wenn die ganze Welt jetzt sagt zu mir, du bist ja geistesschwach, was du da sagst von einer Niederlage. Weil: Die Thatcher in England wird hochgejubelt mit 42 Prozent, der Helmut Kohl mit 48 Prozent, die wir ja auch haben, und du sagst, das ist eine Niederlage. Natürlich. Weil ich eben auch festzustellen habe: Wann geh' ich eigentlich? Und es ist Zeit, wenn man über 70 ist ..."

Und neuerlich rutscht es Kreisky heraus, daß er „den anderen net den Platz versitzen will". Daher auch seine „endgültige Demission" beim SPÖ-Herbstparteitag im Oktober in Wien. Noch im September will er sich vom Parlament in „gebührender Form" verabschieden. Auch bei den Parteiführern der anderen Fraktionen. Denn, so Kreisky, „in Wirklichkeit habe ich mit denen ja eine sehr gute Zusammenarbeit gehabt, vor allem menschlich ... Außerdem will ich die Septembersitzung des Nationalrates dazu benützen, um zu sagen, wie die Zukunft Österreichs sein müßte, wohin der Weg zu gehen hat. Wohin? Wir, die Österreicher, müßten das Hegel-Wort widerlegen, wonach der Mensch nichts aus der Geschichte lernt."

Die Österreicher müßten aus ihrer Geschichte lernen, doziert Kreisky. Was das für die Politik bedeutet? Kreisky: „Die Versuchung, nur eine populistische Politik zu machen, den Leuten nur nach dem Mund zu reden, ist für eine Partei sehr groß. Dem muß widerstanden werden." Und Kreisky zitiert in diesem Zusammenhang die aktuelle Entscheidung des britischen Parlaments gegen die Todesstrafe: „Überwältigend, wie deutlich es da zum Ausdruck kam – obwohl eine große Mehrheit des Volks für die Todesstraf war. Nein, wir im Parlament müssen das besser wissen, wir vertreten eine höhere Moral hier. Da können die Leut' noch soviel sagen: Ja, bringts die Mörder um. Die moralische Autorität muß sich durchsetzen können in einer Demokratie ..."

Sinowatz soll stark sein

Kreisky verlangt also Stärke von seinem Nachfolger Sinowatz. Regieren, nicht dem Volk nur aufs Maul schauen. Und da ist „der Alte" schon bei der SPÖ: die müsse jetzt einmal regieren, ob sie will oder nicht. Fred Sinowatz sei der denkbar beste Mann dazu: „Er ist konziliant, aber doch ein Mann von großer Festigkeit. Keine Frage, daß er das alles sehr gut macht. ..." ... Die „mir san mir"-Mentalität, die müsse abgelegt werden, fordert Kreisky von seiner Partei. Von allen Parteien ...

Seite 2: Die neue Klasse

SPD fordert direkte Kontakte zur Volkskammer

dpa, Osnabrück

*Der deutschlandpolitische Spre*cher der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Büchler, hat Bundestagspräsident Rainer Barzel aufgefordert, einen direkten Kontakt zwischen dem Deutschen Bundestag und der Ostberliner Volkskammer zustellen. In einem Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte Büchler gestern, in der gegenwärtigen, besonders bedeutsamen, Phase der deutsch-deutschen Beziehungen könnten unmittelbare Begegnungen auf parlamentarischer Ebene die Ansätze zu einer Annäherung und das gegenseitige Verständnis fördern. Büchler kündigte an, daß die Mitglieder der innerdeutschen Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion im November nach Ost-Berlin reisen würden, um auch mit Mitgliedern der Volkskammer über Sachthemen, darunter Abrüstungsfragen, zu sprechen. Büchler betonte, daß sich die SPD der Problematik von Kontakten mit der Volkskammer bewußt sei: „Es gibt jedoch auch Beziehungen zu anderen Parlamenten, die nicht frei gewählt sind."

Mongolei stoppt Ausweisungen

AP, Peking

Auf Drängen der Sowjetunion hat die Mongolische Volksrepublik die Ausweisung von Chinesen gestoppt. Von den ca. 8000 in der Mongolei lebenden Chinesen waren seit März fast 2500 ausgewiesen worden. Wie von ausländischer diplomatischer Seite in Peking gestern verlautete, fürchtet die sowjetische Seite offenbar eine ungünstige Auswirkung der Zwangsumsiedlungen auf den bevorstehenden sowjetisch-chinesischen Besuchsaustausch und die Normalisierungsgespräche. Peking will nach diesen Informationen seinerseits eine Delegation in die mit Moskau verbündete Mongolische Volksrepublik entsenden, um das seit fünf Monaten akute Problem der Ausweisung von Chinesen zu erörtern.

Sowjets bombardieren Dörfer bei Kabul

AP, Islamabad

Sowjetische Kampfflugzeuge haben in der vergangenen Woche vermutete Stützpunkte der afghanischen Widerstandskämpfer außerhalb von Kabul bombardiert und dabei ein Dorf von 400 Einwohnern zerstört. Dies verlautete jetzt aus Kreisen des afghanischen Widerstands in Islamabad. Es hieß, die einwöchigen Bombardements hätten am 18. Juli auf Dörfer 25 Kilometer nordöstlich der afghanischen Hauptstadt begonnen. Dort hätten mehrere Guerrilla-Gruppen ihre Stützpunkte gehabt. Die Führer des Widerstands hätten jedoch von dem bevorstehenden Bombenangriffen Kenntnis gehabt und die Dörfer geräumt. Über Opfer unter der Zivilbevölkerung wurde nichts bekannt. Es hieß lediglich, mehrere hundert Stück Vieh seien bei den Angriffen umgekommen. Die Freiheitskämpfer berichteten, sie hätten zwei sowjetische Flugzeuge abgeschossen. Die Darstellung der Rebellen wurde von Berichten westlicher Diplomaten bestätigt, in denen kürzlich von einer Zunahme der Kämpfe in der Gegend von Kabul die Rede war.

Gedenkfeier in Jena verboten

AP, Berlin

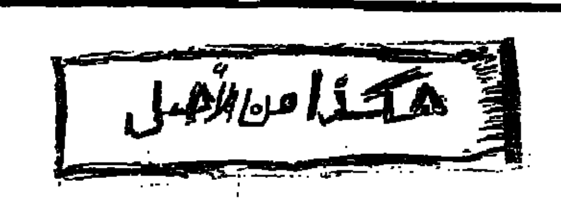
Die Behörden in der „DDR" haben Mitgliedern der Jenaer Friedensbewegung eine Veranstaltung zum Gedenken an die Atombomben-Explosion in Hiroshima am 6. August 1945 verboten. Wie gestern aus Jena bekannt wurde, hatten die Behörden die für den 6. August geplante Veranstaltung zunächst erlaubt, jedoch gefordert, daß die Teilnehmer ihre Namen angeben. Die daraufhin angefertigte Liste habe rund 80 Namen umfaßt. Dann hätten die Behörden die Gedenkfeier aber verboten und die Entscheidung damit begründet, die Angelegenheit werde von westlichen Medien „ausgeschlachtet". Mitglieder der *Friedensbewegung sehen in die*sem Vorgehen den Versuch, mit Hilfe der Liste herauszufinden, wer sich der Bewegung zugehörig fühlt. Repressalien seien die Unterzeichner bisher jedoch nicht ausgesetzt gewesen, hieß es.

Haftverschonung für Sadats Bruder

rtr, Kairo

Ein ägyptisches Berufungsgericht hat gestern Haftverschonung für Ismat Sadat, dem 58jährigen Bruder des *am 6. Oktober 1981* ermordeten ägyptischen Präsidenten Anwar el Sadat, und drei seiner Söhne angeordnet. Sie sollen sich durch Betrügereien ein Vermögen von mehr als 100 Millionen Dollar verschafft haben und waren Anfang dieses Jahres zu je einem Jahr Haft verurteilt worden. Das Gericht entschied aber auch, daß das Vermögen der Sadats weiter in gerichtlicher Verwahrung bleibt.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



Der behutsame Abschied von „Madame Butterfly“

Die sanfte Geisha hat lange die Vorstellung von der japanischen Frau geprägt. Auch heute noch ist die Japanerin weit entfernt von praktischer Gleichberechtigung, aber die Kreise ihres gesellschaftlichen Daseins werden weiter.

Von FRED de la TROBE

Gut ist es, wenn der Mann gesund und außer Haus ist“, heißt es in einem japanischen Sprichwort. Und der Soziologe Hayao Shimizu meint zur klassischen Rollenverteilung der Geschlechter in seinem Land: „Die Welt des Mannes ist draußen, die der Frau drinnen.“

Dieses Bild stimmt nicht mehr. Zwar stimmt, daß die Japanerin Herr im Haus ist, daß der Gemahl sein Gehalt abliefert und davon ein bescheidenes Taschengeld bekommt, daß er in der Küche nichts zu melden und auch auf die Erziehung der Kinder kaum einen größeren Einfluß hat. Andererseits aber sind die Töchter Nippons in den letzten Jahren immer mehr aus der häuslichen Enge ausgebrochen.

„Die Lage der Frauen bessert sich allmählich, ist insgesamt aber noch unbefriedigend.“ Zu diesem Schluß kommt ein kürzlich von der Regierung in Tokio veröffentlichtes Weißbuch, daß sich in erster Linie mit der wirtschaftlichen Situation des „zarten Geschlechts“ im ostasiatischen Inselstaat befaßt. Immerhin, so stellt der Rechenschaftsbericht fest, waren noch nie so viele Frauen in die Arbeitsbevölkerung eingegliedert, und noch nie zuvor bekamen mehr eine Ausbildung.

Die weiblichen Beschäftigten stellten im vergangenen Jahr 37 Prozent aller Erwerbstätigen Japans. Im Durchschnitt verdienten sie nur etwas mehr als die Hälfte des Lohns ihrer männlichen Kollegen. Doch trügt dieser statistische Wert: Viel mehr Frauen als Männer waren nämlich für einfache, schlecht bezahlte Aufgaben eingesetzt oder als Halbtags- und Aushilfskräfte.

Das japanische Gesetz stellt die Geschlechter im politischen Leben und am Arbeitsplatz gleich. Dennoch haben die Männer ihre Vormachtstellung in den Schlüsselpositionen des Staates und der Wirtschaft bisher erfolgreich verteidigt. Die Aufstiegschancen der Frauen sind meist noch verbaut. So sind nur drei Prozent aller Vorstandsposten der Unternehmen in weiblichen Händen.

Das Wahlrecht haben Japans Frauen vom zwanzigsten Lebensjahr an, doch entfallen von den 763 Parlamentssitzen nur 27 auf weibliche Abgeordnete. In der Kommunalverwaltung nehmen Frauen nur drei Prozent der leitenden Stellungen ein. Höher ist ihr Anteil jedoch im Lehrerberuf, in dem sie ein Drittel aller Posten besetzt halten. Doch auch hier zeichnet sich die übliche Pyramide ab: Waren 1982 94 Prozent aller Kindergartenkräfte Frauen und unter dem Lehrpersonal der Grundschulen 57 Prozent, so war der weibliche Anteil unter den Lehrkräften an den Hochschulen nur 12 Prozent.

Japanische Akademikerinnen können ihr während des Studiums erworbenes Wissen oft nicht anwenden und müssen sich vielfach mit untergeordneten Arbeiten begnügen. Von den Universitätsabgängerinnen im März dieses Jahres gaben zwar 90 Prozent an, sie wollten eine Berufslaufbahn ansteuern. Darunter hatten aber nur 21 Prozent vor, bis zur Pensionierung am Arbeitsplatz auszuharren. Immer noch resigniert die große Mehrheit, wenn sie ins beste Heiratsalter kommt, und steuert den sicheren Hafen der Ehe an.

Nach der gängigen gesellschaftlichen Auffassung wird mit 24 oder 25 Jahren geheiratet. Junggesellinnen haben es in Japan schwer, sie fallen aus dem Rahmen und gelten als eigenbrötlerisch. So ist die Heiratsrate enorm hoch. Die Hälfte aller Ehen kommt immer noch über die traditionelle Vermittlung, das „Miai“, zu deutsch „Sehen und Treffen“, zustande. Dabei steht es aber längst beiden Heiratskandidaten frei, einen nicht genehmen Partner auszuschlagen. Viele noch ledige Damen bringen es bis zu zehn oder mehr „Miai“, ehe sie sich endlich für einen Bewerber entscheiden.

Früher fügte sich die Braut in die Familie ihres Ehepartners ein und damit in ein enges Verhältnis zu seinen Eltern und Geschwistern. Heute sind die Beziehungen zwischen Mann und Frau entscheidend, sie bilden die Grundlage einer neuen Familie. Die Redner auf den Hochzeitsfeiern fordern daher das junge Paar stets auf, sich gemeinsam zu bemühen, eine blühende Familie aufzubauen.

Die Sitten sind auch in Fernost lockerer geworden. Zwar ist es noch nicht ungewöhnlich, daß eine Japanerin vor ihrer Trauung keine nähere Bekanntschaft mit dem anderen Geschlecht gemacht hat. In der Schule gibt es zudem keine sexuelle Aufklärung, und auch im Elternhaus hapert es damit. Die Mehrheit der jungen Frauen läßt sich ohne die Absicht einer festen Bindung in intime Beziehungen noch nicht ein. Die letzte vorliegende Umfrage aus dem Jahr 1975 unter 16- bis 19jährigen ergab, daß nur 16 Prozent der männlichen und sieben Prozent der weiblichen Befragten schon sexuelle Beziehungen zum anderen Geschlecht gehabt hatten. In den letzten Jahren dürfte sich das Bild jedoch verändert haben.

Darauf läßt auch schließen, daß sich die Zahl der Abtreibungen unter minderjährigen Mädchen in den letzten zehn Jahren verdoppelt hat. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche, die in Japan aus „physischen und wirtschaftlichen Gründen“ der Mutter zulässig sind, lag nach offiziellen Angaben 1982 bei 590 000 und damit unter den Industrieländern am höchsten. Die Dunkelziffer – aus steuerlichen Gründen für die Ärzte – wird etwa ebenso hoch eingeschätzt. Eine Rolle spielt dabei, daß in Japan die Pille nicht allgemein freigegeben ist.

Heirat und Kinder sind zwar noch Lebenssinn der großen Mehrheit, doch ist die eigene Arbeit oder das Hobby außerhalb des Hauses längst selbstverständlich. Nach einem Regierungsbericht von Mitte Juli hilft jetzt jede zweite Ehefrau durch eine bezahlte Tätigkeit mit, das Familieneinkommen zu erhöhen. Während noch bis vor zehn Jahren die weiblichen Arbeitnehmer überwiegend im Alter von Anfang Zwanzig waren und bei der Heirat aus den Unternehmen ausschieden, liegt heute der Anteil der verheirateten Frauen unter allen weiblichen Beschäftigten bei 68 Prozent.



Ausbruch aus der häuslichen Enge: die moderne Japanerin
FOTO: WOLF KRABEL

In den letzten Jahren ist es um die japanische Frauenemanzipation sehr still geworden. Das bestätigt den allgemeinen Eindruck, daß die große Mehrheit der Japanerinnen mit ihrer Rolle in der Gesellschaft nicht allzu unzufrieden ist. Vielen erscheint das Los der Männer in der täglichen Tretmühle nicht sehr beneidenswert.

Die moderne japanische Frau ist weit davon entfernt, eine Sklavin zu sein, mit der der Mann nach Belieben umspringen kann. Ihre Rechte und Freiheiten verteidigt sie sehr entschieden. Eiko Shinotsuka, eine Expertin für Frauenfragen, meint außerdem: „Obwohl die Japanerin wirtschaftlich noch immer nicht unabhängig ist, hat sie ihren Einfluß in der Familie durch ihren verstärkten Eintritt ins Berufsleben wesentlich ausgebaut.“

Auch auf anderen Ebenen unterwandert das „zarte Geschlecht“ ehemalige Hochburgen männlicher Oberhoheit. Immer mehr Frauen unternehmen Auslandsreisen. Viele Männer bleiben derweil als Babysitter zu Hause. In den japanischen Großstädten gibt es exklusive Frauen-Nachtklubs, in denen männliche Unterhalter für das Amüsement alleinstehender Damen zu sorgen haben. Japanerinnen waren es auch, die als erste Frauen der Welt den Schnee- und Eisriesen Mount Everest bezwangen.

Mehrere tausend Frauenvereine mit Millionen Mitgliedern befassen sich mit gesellschaftlichen oder beruflichen Fragen. In „Kulturzentren“ im ganzen Land können Hausfrauen ihr Allgemeinwissen erweitern, ihren Hobbys nachgehen oder sich im Blumenstellen oder der Teezeremonie vervollkommnen.

Das tägliche Eheleben ist – wie sollte es nicht? – auch in Japan mit Spannungen belastet. Viele Männer sind praktisch mit ihren Unternehmen „verheiratet“, die Firma ist ihnen wichtiger als die Familie. In ihrer Freizeit sind die Eheherren viel eher bereit, ihre Sorgen und Probleme mit Barhostessen oder Arbeitskollegen zu besprechen als mit den eigenen Frauen.

Vor allem jüngere Japanerinnen sind aber nicht mehr bereit, in die Rolle einer neu aufgelegten „Madame Butterfly“ zu schlüpfen, die sich für den Herrn und Gebieter anmutig lächelnd aufopfert. Sie möchten, daß der Mann ihren Charme zur Kenntnis nimmt und mitunter auch ein gelungenes Festessen lobt. Chauvinistische Attitüden ihrer Partner, wie sie das Motto „Essen, Bad und Schlaf“ umschreibt (die Frau soll stets für gute Küche sorgen, als letzte ins Bad und zu Bett gehen), sind ihnen zuwider.

Trotz der deutlichen Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und dem damit geringeren Miteinander ist es zu einer hohen Scheidungsrate nicht gekommen. Sie ist zwar allmählich gestiegen, im letzten Jahr kamen aber immer noch nur 1,4 Eheauflösungen auf 1000 Personen. Dieser Anteil liegt deutlich unter dem deutschen und macht nur ein Viertel des amerikanischen aus. Geschiedenen Frauen haftet in Japan etwas Anrüchiges an, sehr selten können sie wieder heiraten. Da die Unterhaltsbeiträge niedrig sind, müssen sie auch meist auf Arbeitsuche gehen.

Auch bei dem bisher noch unangetasteten Ideal der Heirat zeichnen sich in Japan Ansätze zum Wandel ab. Das läßt jedenfalls das überraschende Ergebnis einer kürzlichen Erhebung einer Versicherungsgesellschaft vermuten: Nach 25 Jahren Ehe erklärten drei von vier der befragten Männer, sie würden nicht noch einmal heiraten, wenn sie ihr Leben wiederholen könnten. Bei den Frauen waren es sogar vier von fünf, die auf eine Neuauflage einer Heirat verzichten würden. (SAD)

In den Wohnzimmern macht sich der Schrecken breit

Justizminister Engelhard sprach vom „Video-Unwesen“. Gemeint war ein Wildwuchs an brutalen und pornographischen Filmen, die auch in die Hände von Kindern kommen. Eine freiwillige Selbstkontrolle und notfalls gesetzliche Maßnahmen sollen künftig Entgleisungen verhindern.

Von M. v. SCHWARZKOPF

Ein Bürschlein von etwa zehn Jahren stopft mit zufriedenem Grinsen zwei Video-Cassetten in eine Plastiktüte und marschiert zur Tür hinaus. Draußen vor dem Video-Shop warten zwei Freunde auf ihn, etwa gleichaltrig. „Was haste denn geholt?“ will der eine wissen. „Och, was ganz Duftes“, sagt der Junge und zieht die beiden Cassetten aus der Tüte hervor.

Mit roten Ohren lesen die drei gemeinsam die Titel: „Wenn der Postbote zweimal klingelt“ und „Die Rückkehr der lebenden Leichen“. „Das wird heute ein klasse Nachmittag“, sagt einer der Knaben voll froher Erwartung. Eine nicht ganz zufällige Beobachtung in einer norddeutschen Stadt.

Was sich die drei Jungen da in den nächsten vier Stunden zu Gemüte führen wollen, ist alles andere als die rechte Kost für Kinder und hat mit „Rumpelstilzchen“ und anderen Kindermärchen nichts mehr zu tun. In „Wenn der Postbote zweimal klingelt“ kommen ein paar recht gewalttätige Sex-Szenen und ein reichlich rabiater Mord vor. „Die Rückkehr der lebenden Leichen“ wimmelt von grauslichen Szenen.

Doch bei aller hier gezeigten Brutalität sind das noch nicht einmal die schlimmsten Beispiele für den stetig wachsenden Markt an unappetitlichen Filmen, die Jugendliche sich auf der Cassette mit ins „Heimkino“ nehmen können. Da gibt es Filme über Zombies, die Frauen schänden, Kannibalen, deren Freßgewohnheiten bis ins Detail in Großaufnahmen gezeigt werden, und „Reportagen“ über Frauengefängnisse, in denen nach „Herzenslust“ sadistischen Exzessen gefrönt wird.

Gerade Filme dieser Art erfreuen sich beim jugendlichen Publikum größter Beliebtheit. Im Kino können sich Kinder die Filme nicht ansehen, da sie erst ab 18 Jahren zugelassen sind. Aber wer hindert sie daran, sich die Cassetten mit ins elterliche Wohnzimmer zu holen? Selbst wenn der Händler fragt, für wen denn dieser oder jener Film gedacht sein, läßt sich dieses Kontroll-Problem durch die schlichte Lüge „Für meine Eltern“ rasch abtun.

Neuere Umfragen in Schweden haben gezeigt, daß etwa 45 Prozent aller Schüler, die daheim Filme auf Video ansehen, Brutalität und Horror am meisten lieben. An zweiter Stelle folgt Pornographie, und sehr weit abgeschlagen – nach verhältnismäßig harmlosen Abenteuer- und Polizeifilmen – rangieren dann Klassiker des Kinderfilms wie „Bambi“ oder „Schneewittchen“. Bei uns holen sich täglich Tausende von Jugendlichen unter 18 Jahren ihren „Unterhaltungsstoff“ aus einem der rund 4000 Video-Shops, die in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden des Bundesgebietes geschossen sind. Über die Hälfte der Filme ist für Kinder unter 18 Jahren ungeeignet.

Die Behörden hierzulande haben diese Gefahr erkannt. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften setzte im vergangenen Jahr etwa 100 Filme auf ihren Index, darunter einen der übelsten Streifen, die je auf dem Video-Markt auftauchten, „Man Eater“. Darin verspeist ein menschenfressendes Wesen erst eine Reihe von Personen verschiedener Altersgruppen und verzehrt am Schluß sich selbst. Auf dem Index stehen außerdem eine Reihe von Pornos, die selbst den Prüfern, die ja einiges gewöhnt sind, „die Schamröte ins Gesicht“ trieb.

Aber, so der Vorsitzende der Bundesstelle, Rudolf Stefen, was nützen die ausführlichen Indizierungen, wenn zwar der Händler die Cassetten nicht mehr den Jugendlichen in die Hand drücken darf, diese aber dann zu Hause dennoch Zugang dazu haben. Stefen: „Meiner Meinung nach mißhandeln Eltern ihre Kinder psychisch, wenn sie ihnen Gewaltfilme zeigen.“

An die 4000 Filme stehen heute den mehr als sieben Millionen Haushalten, die inzwischen eigene Video-Recorder besitzen, zur Verfügung – ganz abgesehen von den Leer-Cassetten (rund zehn Millionen wurden davon 1982 verkauft) für die Überspielung von Fernseh-Programmen und den Video-Spielen. Und täglich kommen neue Spielfilme auf Cassette hinzu. Meist handelt es sich um Filme, die gerade erst im Kino gelaufen sind. Dies wurmt vor allem den „Hauptverband der deutschen Filmtheaterbesitzer“ (HdF).

Die Kinobesitzer fürchten nämlich nicht ganz zu unrecht, daß der mächtige Video-Markt ihrem Geschäft schadet. Vor allem im letzten Jahr verzeichneten die Kinobesitzer nach einem sehr erfolgreichen Jahr 1981 einen deutlichen Rückgang der Besucherzahlen. In dem attraktiven Angebot an Spielfilmen auf Cassetten sehen sie einen der wichtigsten Gründe dafür.

Der Leiter des Verbandes, Joachim Loppin, macht sich deshalb für die gesetzliche Einführung einer Sperrfrist für Kinofilme auf Cassette stark. „Es geht einfach nicht an, daß ein erfolgreicher amerikanischer Spielfilm wie ‚Die Bronx‘ mit Paul Newman schon unmittelbar nach seinem Kinostart auf Cassette zu haben ist. Es sollten zumindest drei bis sechs Monate verstreichen, ehe so ein Film auf Video erhältlich ist.“

Bisher haben die Proteste der Kinobesitzer nur wenig gefruchtet. Und selbst dort, wo die großen Verleiher durchaus Verständnis für die Probleme der Theaterbesitzer aufbringen, sind ihnen die Hände oft gebunden, da das Video-Geschäft schon abgewickelt wurde, ehe der Film überhaupt bei uns an den Start geht. Vor allem aber hält sich der blühende illegale Video-Markt weder an Zensuren noch an Sperrfristen. Obwohl immer häufiger Polizei-Razzien in Video-Shops veranstaltet werden, um den Verkauf illegaler Kopien zu reduzieren, beträgt der Schaden, den die Video-Schwarzmarkt-Firmen jährlich ihren „offiziellen“ Kollegen zufügen, mehr als 90 Millionen Mark, ganz abgesehen von den eingesparten Kosten für die Urheberrechte. Dies wiederum macht den Produktionsfirmen geschäftsträchtiger Filme zu schaffen. Im letzten Jahr gingen 700 000 „fabrikbespielte Programm-Cassetten“ über den Ladentisch, und fast genauso viele Raubkopien von erfolgreichen Kinofilmen wurden in dieser Zeit an den Mann gebracht.

Noch haben sich die von den vielen negativen Auswüchsen des Video-Booms Betroffenen nicht auf wirksame gemeinsame Wege und Mittel einigen können, ihre Pfründe zu schützen. Und noch wirkt der von der Bundesprüfstelle erarbeitete und jährlich um zahlreiche Titel erweiterte Index nur mäßig abschreckend auf die Firmen, die diesen „Unrat“ herstellen, und auf manchen Händler. Gelegentlich wandern die indizierten Filme heimlich mit neuem Titel versehen zurück auf die Regale.

Selbst die „Freiwillige Selbstkontrolle“ für Video-Filme, die zur Unterhaltung in „F“ (Familie), „K“ (Kinder ab sechs Jahren), „J“ (Jugendliche ab 14) und „E“ (nur für Erwachsene) führen soll, kann nicht verhindern, daß die Sprößlinge heimlich daheim von den verbotenen Früchten naschen.



Horror per Video: Kinderprogramm in eigener Regie
FOTO: POLY-PRESS

Die Nation, nicht die Religion zählt in Tripoli

PETER M. RANKE, Tripoli

Ein Hubschrauber brachte Faruk Mokaddem (42) vor kurzem von Tripoli zur ersten Begegnung mit dem libanesischen Präsidenten Amin Gemayel nach Beirut. Nach dem Gespräch sagte Mokaddem: „Libanon ist das endgültige Vaterland aller Libanesen. Erst kommt die Nation, danach die Religion." Der Hubschrauber brachte ihn in das von syrischen Truppen eingeschlossene Tripoli zurück zu seiner Miliz.

Faruk Mokaddem ist für die Syrer vogelfrei, er steht auf ihrer Fahndungsliste. Denn der gläubige Moslem, Angehöriger der sunnitischen Glaubensrichtung, kämpft seit Ende 1976 gegen die syrische Besatzung. Als die Syrer damals als „Friedenstruppe" einrückten, nahm er als nationalistischer Libanese den Kampf auf. Heute ist er Kopf und Herz des „islamischen Volkswiderstandes", einer breitgefächerten Bewegung gegen die syrische Armee in Nordlibanon. Er fühle sich – wie im übrigen ein Teil der jüngeren Generation – zuerst als Libanese, dann erst als Moslem. „Deshalb hassen mich die Syrer."

„Die Syrer können Tripoli zerstören, aber nicht erobern", sagt Mokaddem. „Wir können die Syrer nicht besiegen, aber sie uns auch nicht." Bei zwölftägigen Kämpfen im März 1982 und im Januar dieses Jahres verlor die syrische Armee in Tripoli etwa 3000 Mann an Toten und Verwundeten, aber Mokaddems Miliz hielt das Zentrum und das Viertel Bab Tabbaneh. Dort, in den alten Stadtteilen mit der Zitadelle „St. Gilles" aus Kreuzfahrer-Zeiten und in den Souks, hat sich der moslemische Widerstand gegen die Syrer formiert.

Für Gemayel und die Christenmilizen der „Lebanese Forces", aber auch für die neue Armee ist Faruk Mokaddem ein natürlicher Verbündeter bei den politischen Bestrebungen, Syrien zum Verlassen Libanons zu bewegen. Als sunnitischer Moslem ist Faruk Mokaddem der lebende Beweis, daß Tripoli und die moslemische Bevölkerung Nordlibanons nicht in den syrischen Staatsverband zurückstreben und keineswegs Damaskus als Schutzmacht anerkennen.

„Nationalpakt" von 1943 mit den Christen erneuern

Wie in Beirut ein anderer wohlbekannter sunnitischer Moslem, Mohammed Oghrabi, der für einen Friedensvertrag mit Israel und den Abzug der Syrer eintritt, ist auch Faruk Mokaddem bereit, den historischen „Nationalpakt" von 1943 mit den Christen zu erneuern, um heute wie damals ein unabhängiges und souveränes Libanon zu schaffen und zu erneuern.

Obwohl die französische Kolonialmacht gleich nach dem Ersten Weltkrieg den „Grand Liban" schuf, indem sie die sunnitisch-moslemischen Küstengebiete mit Tripoli aus der Erbmasse des Osmanischen Reiches Libanon und nicht etwa Syrien zuschlug, hält Damaskus an dem imperativen Anspruch fest, Tripoli und eigentlich ganz Libanon gehöre zu Syrien. Der „Nationalpakt" von 1943 zwischen Christen und Moslems schuf die Basis für ein konfessionelles, freiheitliches Libanon gegen die syrischen Ansprüche. Nicht anders ist es heute mit dem Kampf- und Politbündnis zwischen Amin Gemayel und Faruk Mokaddem. 1943 waren Drusen und Schiiten jedoch nicht beteiligt, und auch heute stehen die Drusen des Dschumblatt-Clans abseits auf syrischer Seite.

In Tripoli haben die syrischen Truppen in der vorigen Woche fünf Stützpunkte geräumt, aber der Kreis um die Stadt bleibt geschlossen. Libanesische Gendarmerie will in Absprache mit den Milizen die syrischen Positionen übernehmen, um die Staatsmacht zu demonstrieren. Das findet die volle Zustimmung Mokaddems, aber nicht aller prosyrischen Milizen. Zu ihnen und damit zu den Kämpfern gegen den „islamischen Volkswiderstand" zählen die Milizen der prosyrischen Baath-Partei, der Palästinenser-Organisation „Saika", der syrischen Geheimdiensttruppe „Rote Ritter" unter Ali Haidar und Ali Dib sowie die früher mit Mokaddem verbündete, heute aber prosyrische Moslem-Miliz des radikalen Scheichs Said Shaaban.

Ein Dorn im Fleisch der syrischen Besatzer

„Gott schütze Tripoli", erklärte Faruk Mokaddem zu dieser Situation. Seine Gefolgsleute, 2000–3000 Kämpfer, gruppieren sich um seine „Bewegung des 24. Oktober" (1969 Sturm der Zitadelle mit der PLO gegen die Armee), um die pro-irakischen Baathisten unter Rafihi und die „Soldaten Allahs", wie sich die antisyrische Moslembruderschaft in Tripoli nennt. Die Moslem-Bruderschaft ist für Mokaddem zu fundamentalistisch, aber sie ist aufgrund ihrer Opposition gegenüber dem syrischen Baath-Regime eine wichtige Hilfstruppe.

Für den „Volkswiderstand" spielt die Tatsache eine Rolle, daß in Damaskus ein Familien-Clan der Alawiten (eine von den Schiiten abstammende Geheimsekte) regiert und nicht sunnitische Moslems. Innerhalb der Stadt stützen sich die Syrer auch auf die Alawiten im Viertel Baal Mohsen, wo der syrische Geheimdienst – Chef und Präsidenten – Bruder Rifaat Assad einen Vorstadtgangster namens Abu Eid zum prosyrischen Partei-Chef machte. Aber der Einfluß der sunnitischen Moslems überwiegt. „Mit den Verbündeten können die Syrer keinen Staat machen", sagt Mokaddem.

Tripoli ist ein Dorn im Fleisch der syrischen Besatzer, da der Widerstand der Moslems dort ihre Ansprüche widerlegt. Sie wissen aber nicht, wie sie mit dem „Volkswiderstand" der Moslems fertigwerden sollen, der sich so national-libanesisch gibt wie die Christen. Mokaddem rechnet daher damit, daß die Syrer Tripoli so unter Feuer nehmen werden wie 1978 und 1981 die christlichen Stadtviertel Beiruts oder wie jetzt die Küstenregion von den Bergen herab.

Das würde vor allem der Fall sein, wenn der „Volkswiderstand" nicht der Versuchung entsagen würde, mit den Arafat-Palästinensern außerhalb von Tripoli gemeinsame Sache gegen die syrische Armee zu machen. „Für mich kommt das nicht in Frage", erklärt Mokaddem, „wir sind Libanesen, und die Palästinenser haben Libanon genauso zu räumen wie Israelis und Syrer." (SAD)

Prawda droht mit „Raketenwald in der DDR"

Ustinow: Moskau hält daran fest, in Genfer INF-Verhandlungen britische und französische Waffen einzubeziehen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Wenige Wochen, bevor in Genf die entscheidende Verhandlungsrunde über die Möglichkeiten zur Reduzierung der atomaren Mittelstreckenwaffen zwischen der UdSSR und den USA beginnt, steigern sich in West und Ost die öffentlichen Äußerungen zu diesem Thema in ungewohntem Ausmaß. Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" drohte Bonn erneut, daß eine Nachrüstung die „militärische Gefährdung" der Bundesrepublik Deutschland steigern werde. Sie würde sich in „der DDR einem dichten Wald von Raketen" gegenübersehen.

Der sowjetische Verteidigungsminister, Ustinow, bekräftigte nochmals in einem Interview mit der Moskauer Nachrichtenagentur Tass, daß die Sowjetunion weiterhin an ihrer Absicht festhält, in den Genfer INF-Verhandlungen die britischen und französischen Atomwaffen berücksichtigt zu sehen. Auf die sowjetischen Vorschläge für die Mittelstreckenverhandlungen eingehend, erklärte Ustinow in dem Tass-Interview, das auch das Ostberliner „Neue Deutschland" nachdruckte: „Die UdSSR schlug noch eine weitere Variante vor, nämlich, daß beide Seiten ihre Waffen mittlerer Reichweite im europäischen Raum um mehr als zwei Drittel abbauen. Dabei ist die Sowjetunion bereit, nur so viele Raketen zu behalten, wie Großbritannien und Frankreich besitzen."

An anderer Stelle erklärte Ustinow, die USA bezögen „bei der Einschätzung der NATO-Kräfte stets die nuklearen Potentiale Großbritanniens und Frankreichs mit ein". Weiter wies Ustinow auf das Weißbuch der britischen Regierung aus dem Jahr 1978 hin, in der London erklärte, so der sowjetische Minister, daß die „britischen U-Boote mit Polaris-Raketen einen integralen Bestandteil der strategischen Mittel der NATO bilden. Sie können der Sowjetunion einen solchen Schaden zufügen, daß die sowjetische Führung sie berücksichtigen muß".

Aus dieser Argumentation heraus fuhr Ustinow fort zu erklären: „Die Forderung, auf der Seite der NATO die nuklearen Rüstungen Großbritanniens und Frankreichs einzubeziehen, ist für uns kein Gegenstand des Feilschens, sondern eine objektive Notwendigkeit, die durch die Interessen der Gewährleistung unserer Sicherheit bedingt ist. Die Sowjetunion muß und wird in jedem Fall ein Äquivalent zu den genannten Rüstungen besitzen."

> „Jeder wird zugeben, daß es unvernünftig, ja sogar ein Verbrechen ist, wenn eine Armee sich nicht vorbereitet, alle Kampfmittel und Kampfmethoden zu beherrschen, über die der Feind verfügt oder verfügen kann."
>
> W. I. Lenin, „Agitation und Propaganda"

Mit diesen eindeutigen Äußerungen, die Ustinow im übrigen mit fast denselben Worten in einer Sendung von „Radio Moskau" vom 30. Juli 1983 wiederholte, zerstörte der sowjetische Marschall zumindest vorerst alle westlichen Hoffnungen, die Sowjetunion sei möglicherweise wieder bereit, auf die Geschäftsgrundlagen zurückzukehren, die sie in Genf bereits einmal akzeptiert hatte. Daß sie das vielleicht neu erwäge, diesen Eindruck gewannen in jüngster Zeit eine Reihe westlicher Besucher in Moskau, vor allem auch Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher. Auch der New Yorker Kongreßabgeordnete Thomas J. Downy verstand den neu beförderten zweiten Marschall Sergej Achromejew, den Ersten Stellvertretenden Generalstabschef, in ähnlicher Weise.

Wie „Die Zeit" vom 22. Juli 1983 den US-Abgeordneten zitiert, soll Achromejew im Hinblick auf die Formel vom „Waldspaziergang", die die britischen und französischen Systeme nicht berücksichtigte, gesagt haben: „Wenn ein solcher Vorschlag jedoch noch einmal unterbreitet werden sollte, würde über ihn auch verhandelt werden." Ustinows Äußerungen vom letzten Wochenende kennzeichnen nun Moskaus offizielle Haltung fünf Wochen vor Beginn der neuen INF-Runde: Keine Berücksichtigung des westlichen Standpunktes, die britischen und französischen Atomwaffen mit Reichweiten zwischen tausend und mehr Kilometern direkt oder indirekt in die START-Verhandlungen über die strategischen Waffen der USA und der UdSSR hineinzunehmen.

Den Eindruck, als ob Moskau dazu eine gewisse Neigung zeige, erweckte ein Bericht der „Frankfurter Rundschau" von gestern, in dem die Moskauer Korrespondentin schrieb, Ustinow habe „die Möglichkeit signalisiert, daß die UdSSR auf einer Anrechnung der britischen und französischen Atomwaffen bei den Genfer INF-Verhandlungen über Mittelstreckenraketen in Europa verzichten könnte, falls diese Waffen bei den Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstung (START) berücksichtigt werden". Die genaue Analyse von Ustinows Äußerungen im „Neuen Deutschland" wie auch bei „Radio Moskau" läßt derart weitgehende Folgerungen nicht zu.

Auch in Bonn ist die öffentliche Debatte über das Thema „Mittelstreckenwaffen" weitergegangen. So gab Bundesaußenminister Genscher „Radio Luxemburg" ein Interview, das starke Aufmerksamkeit weckte, nachdem er in der „Deutschen Welle" vor wenigen Tagen die Formel vom „Waldspaziergang" als bedenkenswert hingestellt hatte und daraus geschlossen worden war, Genscher habe sich von der Waffenmischung bei der beabsichtigten westlichen Nachrüstung abgewandt. Seine jüngsten Äußerungen enthalten über den „Waffenmix" von Cruise Missiles und Pershing 2 wiederum keine klaren Festlegungen. Genscher sagt nur, bei einer entsprechenden Reduzierung der „Vorrüstung" des Ostens „müßte auch die Nachrüstung entsprechend reduziert werden". Und weiter: „Jede Reduzierung auf westlicher Seite muß natürlich beides betreffen, Marschflugkörper und Pershing 2." Genscher fügte dann hinzu, die Einzelheiten dieser Reduzierung müßten das Ergebnis der Genfer Verhandlungen sein. Bekannt ist aber die in Bonner Regierungskreisen vertretene Meinung, bei einer starken Verminderung der „Nachrüstung" sei es schwierig, Marschflugkörper und ballistische Raketen nebeneinander und das in verschiedenen Ländern militärisch operationell zu halten. Zum Reduzierungsmaßstab erklärte Genscher, sollte Moskau sich zur Verminderung auf die Hälfte oder gar 25 Prozent seines Mittelstreckenpotentials entschließen, gebe es im Westen Entsprechendes: die Hälfte oder gar nur 25 Prozent Nachrüstung. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erläuterte dazu, der Minister habe damit das vom Westen verfolgte Prinzip „gleicher Obergrenzen der Zahlen von Sprengköpfen" illustrieren wollen.

Strauß: Bundesregierung verantwortlich

PETER SCHMALZ, München

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, dem nach eigenen Angaben 60 Bittbriefe zugeschickt wurden, stellte gestern in München seine Rolle bei den Verhandlungen über die Postpauschale zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" als die eines „Trittbrettfahrers" dar und wies Meldungen zurück, er habe sich eigenmächtig in diese Gespräche eingemischt. Nach Darstellung von Strauß war es der Staatsminister im Kanzleramt, Philipp Jenninger, der beim dritten Münchner Gespräch über den Milliardenkredit dem „DDR"-Vertreter Schalck-Golodkowski *das* Angebot machte, wonach die Bundesrepublik künftig 250 Millionen statt der bisherigen 90 Millionen Mark zahlen werde.

Strauß erklärte, seine sämtlichen Informationen zu diesem Thema stammten von Jenninger, mit dem Postminister habe er keinen Kontakt gehabt. Seine Rolle habe sich darauf beschränkt, „einem wichtigen Mann in der DDR zu sagen: Ihr müßt mit Euren Forderungen heruntergehen und Eure Leistungen verbessern".

Die „DDR" hatte nach Angaben von Strauß ursprünglich auf einer Pauschale von 600 Millionen Mark bestanden. Die Bundesregierung habe dies als zu hoch abgelehnt, die bisherigen Zahlungen von 90 Millionen Mark aber ebenfalls als „nicht gerechtfertigt" angesehen. Die Forderung der „DDR" wurde dann, so Strauß, auf 430 und schließlich auf 300 Millionen Mark reduziert.

Der CSU-Chef hob auch noch*mals die Verantwortung* der Bundesregierung für das Zustandekommen des Milliardenkredits hervor: Man solle endlich anerkennen, daß es sich nicht um eine Entscheidung der bayerischen Politik, sondern um eine „klare und eindeutige Entscheidung" des Bundeskanzlers gehandelt habe. Seinem schärfsten Widersacher aus dem Regierungslager, Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP), empfahl Strauß den Rücktritt: „Wenn Graf Lambsdorff glaubt, Kritik üben zu müssen, dann soll er aus dem Kabinett ausscheiden, weil er mit der Politik seines Chefs nicht einverstanden ist." Aus München gebe es keine „Querschüsse".

Syrien: Arafat mangelt es an Ehrlichkeit

DW. Beirut/Damaskus

Anhänger und Gegner des PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat haben sich nach Meldungen des Beiruter Rundfunks von gestern im mittleren Abschnitt des ostlibanesischen Bekaa-Tals erneut heftige Kämpfe geliefert. Sie seien nach nur 18stündiger Waffenruhe aufgeflammt und hätten die ganze Nacht bis zum Montag gedauert. Den Berichten zufolge dehnten sich die Gefechte von Dschdeita und Taanayel an der Straße Beirut–Damaskus nach Norden in Richtung Bawbek aus.

Syrien hatte zuvor Arafat in schärfster Form angegriffen, nachdem dieser am Wochenende von Tunis aus an alle arabischen Staatschefs appelliert hatte, die „syrisch-libyschen Angriffe" auf die Palästinenser im Bekaa-Tal zu stoppen. Wer mit Arafat zu tun gehabt habe, wisse, daß ihm die „Eigenschaften Offenheit, Ehrlichkeit und Augenmaß fehlen", erklärte ein Regierungssprecher nach Angaben der syrischen Nachrichtenagentur Sana. Der PLO-Chef tue besser daran, die Probleme innerhalb seiner Organisation zu regeln, anstatt Probleme mit den arabischen Ländern zu schaffen und „seine Irrtümer und persönliche Verantwortung auf andere abzuwälzen".

Industrie zu Umweltschutz bereit

● Fortsetzung von Seite 1

sie Lösungen im Rahmen unseres Rechtssystems finden, wenn wir nur wollen. Dazu gehört auch eine Art Handel mit staatlichen Emissionsgenehmigungen innerhalb bestimmter Regionen. Auf diesen Wegen ökologischer Marktwirtschaft findet die Knappheit der Umweltgüter ihren natürlichen Preis. Umweltschutz wird so effizienter, die Wirtschaftsstruktur in belasteten Gebieten verkrustet nicht, Umwelttechnologie erhält Zukunftschancen.

WELT: Sie meinen, daß dies auch billiger ist?

Mann: Ich bin davon überzeugt, daß es billiger ist, weil dem Unternehmer mit dieser Regelung ein großer Anreiz gegeben wird, die jeweils effizienteste und kostengünstigste Lösung selbst zu finden. Ihm ist es überlassen, im Rahmen seines Anlagenparks und gegebenenfalls in Abstimmung mit anderen Unternehmen die konkreten Entscheidungen zu treffen, um die vom Staat gesetzte Grenze für die Umweltbelastung, d. h. für die Art und Menge des Schadstoffausstoßes, einzuhalten bzw. zu unterschreiten.

WELT: Würde die deutsche Wirtschaft auf ein solches System positiver reagieren als auf den Verbotekatalog, wie wir ihn aus der Vergangenheit kennen?

Mann: Ich bin ganz sicher, daß die Industrie positiv reagiert. Ich bin sogar der Überzeugung, daß dieses System viel ursprünglicher mit unternehmerischem Grundverhalten zusammenhängt als staatliche Verbote und administrative Reglementierungen. Diese lösen, selbst bei noch so großer Aufgeschlossenheit, immer eine gewisse Abwehrhaltung aus.

WELT: Viele Leute lehnen marktwirtschaftlichen Umweltschutz auch deshalb ab, weil sie mehr Mißbrauch fürchten. Sehen Sie die Gefahr, daß die Zahl der Umweltsünder größer wird?

Mann: Man darf dieses Regelsystem, das uns vorschwebt, nicht verwechseln mit dem Prinzip des absoluten Vertrauens auf Selbstbindung. Der Staat soll sich nicht aus der Pflicht zurückziehen; er soll aber innerhalb der von ihm zu setzenden Grenzen der unternehmerischen Initiative ausreichenden Handlungsspielraum lassen. Das ist der entscheidende Punkt, der weniger kurz- als mittelfristiges Denken erfordert: Nicht das aktuell technisch noch Machbare, sondern die breite Anwendung innovativer Technologien ist unser Ziel.

WELT: Könnte der Umweltschutz bei dieser Freiheit der Ausgestaltung nicht auf der Strecke bleiben?

Mann: Nein, im Gegenteil: Ich verspreche mir einen beträchtlichen Schub für die Umweltpolitik im weitesten Sinne. Wir werden auf diesem Wege moderne Technologien entwickeln, die sonst möglicherweise nicht entstünden. Wir werden insgesamt dadurch auch unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

WELT: Wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Industrie nicht gerade beeinträchtigt, wenn ein Land mit seinen Umweltschutzauflagen eine Vorreiterrolle übernimmt?

Mann: Wir würden in der Tat durch eine permanente Vorreiterrolle unsere Wettbewerbsfähigkeit unvertretbar schwächen, vor allem im Verhältnis zu unseren EG-Partnern. Deshalb sollte mit einseitigen deutschen Vorleistungen Schluß gemacht werden. Worauf es jetzt ankommt, ist eine langfristige konsequente Verbesserung der natürlichen Lebens- und Produktionsbedingungen in der zusammenhängenden Industrieregion Europa.

Die Herausnahme auch der letzten Schadstoffmenge im Inland ist im übrigen wesentlich teurer als die Schadstoffbegrenzung an der ausländischen Quelle. Technische Abstimmungsfragen kommen hinzu. Erforderlich ist also zwingend ein gemeinsames Vorgehen im Bereich der Rechtssetzung, aber auch im Vollzug, wofür ich – innerhalb der EG – als deutlichstes und aktuellstes Beispiel den Übergang zu bleifreiem Benzin nennen möchte.

„Datenschutz ist weiterhin gewahrt"

E. N. Bonn

Das automatische Lesen von neuen Personalausweisen, die vom 1. November 1984 an ausgegeben werden sollen, führt nicht gleichzeitig zur Datenerfassung. Mit dieser Feststellung trat Regierungssprecher Peter Boenisch in Bonn Vermutungen entgegen, daß mit den neuen Ausweisen der Persönlichkeitsschutz nicht gewahrt sein könnte. Auch jeder jetzt in Gebrauch befindliche Personalausweis, so der Regierungssprecher, könne schon automatisch gelesen werden. Dies Verfahren werde nur verbessert. Die Serien-Nummer auf der neuen Karte ließe keine Rückschlüsse auf die Person des Trägers zu. Außerdem würden nur sogenannte „Große Grenzübergänge", wie zum Beispiel auch Flughäfen, mit den Lesegeräten ausgerüstet. Alle Datenschützer hätten seinerzeit am Zustandekommen des neuen Identitätspapiers mitgewirkt.

Guinea ist Madrid viel Geld wert

Nachwehen eines Putschversuches in Spaniens Ex-Kolonie / Frankreichs Einfluß wächst

ROLF GÖRTZ, Madrid

König Juan Carlos von Spanien unterbrach seine Ferien auf Mallorca, um in Madrid den Präsidenten von Äquatorial-Guinea, Oberstleutnant Teodoro Obiang Nguema, zu empfangen. Die ehemals spanische Kolonie in der Kniekehle Westafrikas hatte es mit ihren 370 000 Einwohnern geschafft, das Prestige der spanischen Diplomatie in Frage zu stellen. Madrid mußte auf 45 Millionen Dollar Schulden vorläufig verzichten, um dieses Prestige zu retten. Soviel kostete der Kopf des Sergeanten Miko, den offensichtlich das „Volk von Guinea" rollen sehen wollte. So jedenfalls erklärte es Präsident Obiang in Madrid.

Miko war mit zwei afrikanischen Fähnrichen zum Tode verurteilt worden, weil er am 10. Mai dieses Jahres mit einer Verschwörergruppe den Staatspräsidenten töten und seine Regierung stürzen wollte. Der Aufstand wurde vereitelt. Miko hatte in Moskau eine Sonderausbildung genossen, weshalb man annehmen darf, daß die Kreml-Führung nach wie vor an ihrem Seestützpunkt auf Bioko interessiert ist. Sie glaubte ihn schon vor Jahren fest in ihrer Hand, was jedoch 1979 durch den Staatsstreich Obiangs zunichte gemacht wurde

Die Mitangeklagten Mikos wurden inzwischen hingerichtet – er selbst blieb nur deshalb am Leben, weil es ihm gelungen war, aus einem Polizeigefängnis in die spanische Botschaft zu fliehen. (Nachdem sowohl die sowjetische als auch die französische Botschaft seine Bitte um Asyl abgelehnt hatten). Da sich die Bevölkerung nur ungern an den Schrecken der sowjetischen Besatzung während der Diktatur des 1979 gestürzten ersten Staatspräsidenten Äquatorial-Guineas, Macias, erinnert, forderte die Regierung Mikos Auslieferung. Eine Weigerung hätte das Leben von 300 dort lebenden Spaniern gefährdet – Lehrern, Polizisten, Kaufleuten und Farmern. Spanien lieferte Miko aus, allerdings gegen das Versprechen, daß er nicht hingerichtet würde. Es bedurfte aber noch eines Telefongespräches zwischen König Juan Carlos und Obiang, daß dieses Versprechen auch eingehalten wurde.

Obiang steht unter dem starken Druck der Mehrheit seiner Minister, die den Tod Mikos fordern. Um sich in seiner Position zu behaupten, mußte er in Madrid erreichen, was ihm schließlich auch gewährt wurde: Geld. Allerdings willigte Madrid in die als „Neuverhandlung" deklarierte Stundung der 45 Millionen Dollar Schulden in einer für Sozialisten recht unorthodoxen Form: Die Verwendung der Mittel unter ertragswirtschaftlichen Gesichtspunkten soll unter Aufsicht des Internationalen Währungsfonds (IWF) geschehen. Das gilt auch für die rund 11 Millionen Dollar spanischer Entwicklungshilfe für dieses Jahr.

Das bilaterale Verhältnis zwischen Madrid und Malabo darf jedoch nicht isoliert betrachtet werden. Da ist einmal das massive Interesse der Sowjetunion an der strategisch günstig gelegenen Insel Bioko. Von dort aus lassen sich die Seehäfen des Niger und Kongo mit ihren gewaltigen Erz- und Ölvorkommen leicht blockieren. Angesichts dieser Tatsache, aber auch eines wohlverstandenen Eigeninteresses kamen Frankreichs Präsident Mitterrand und König Hassan von Marokko überein, eine Einheit marokkanischer Soldaten auf der Insel zu stationieren. Ihnen war es zu verdanken, daß der Putschversuch im Mai gescheitert ist.

Der französische Einfluß, der seit langem in Äquatorial-Guinea zu spüren ist, verstärkte sich entsprechend. Obiang sagte, daß man in Äquatorial-Guinea auch Französisch lernen werde, „denn schließlich verlange dies die frankophone Umgebung der ehemals französischen Kolonien Gabun und Kamerun".

Wie die Spanier, die einst in Guinea den Anbau von Kakao und Kaffee entwickelten und den Holzreichtum nutzten, so wollen jetzt die Franzosen in das Geschäft einsteigen. Paris zeigt außerdem lebhaftes Interesse an dem Fischreichtum der Zone, den in den Jahren der Macias-Diktatur die sowjetische Fischereiflotte schamlos ausbeutete. (SAD)

US-Kontakte mit Guerrilla Salvadors

Beteiligung an Wahlen angestrebt / Sonderbotschafter Stone besucht Nicaragua

DW. Bogotá/Washington

Die Chancen für eine friedliche Lösung des Konflikts in Zentralamerika haben sich weiter verbessert, nachdem die USA und die salvadorianische „Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMNL) erstmals direkte Kontakte aufgenommen haben. „Das Eis ist gebrochen", sagte der als Vermittler tätige kolumbianische Präsident Belisarv Betancur. Es bestehe jetzt Aussicht auf unmittelbare Verhandlungen zwischen der Regierung El Salvadors und der linksgerichteten Guerrilla.

US-Präsident Reagan hatte seinen Sonderbeauftragten Richard Stone ermächtigt, mit der salvadorianischen Opposition über deren Teilnahme an den geplanten Wahlen zu sprechen, die einen Schlußstrich unter den Bürgerkrieg ziehen sollen, in dem bislang schätzungsweise 42 000 Menschen ums Leben gekommen sind. Daraufhin traf Stone jetzt in Bogotá zu einem zweistündigen Gespräch mit dem FMNL-Spitzenfunktionär Ruben Zamora zusammen. Dieser sagte anschließend, auch er sei nun „entschieden hoffnungsvoller", daß eine Einigung möglich sei.

Stone machte anschließend einen Blitzbesuch in El Salvador, wo er mit hohen Regierungsvertretern konferierte. Gestern abend wurde er in Nicaragua erwartet, dem die USA vorwerfen, Transitland für Waffenlieferungen aus kommunistischen Staaten an die salvadorianische Guerrilla zu sein.

Nicaraguas Außenminister d'Escoto erklärte, Stone komme nach Managua, „um zuzuhören und zu lernen". Regionale Vereinbarungen in Zentralamerika sei kaum möglich, solange man keine Vereinbarung mit den USA erzielt habe.

Daß Nicaragua mittlerweile zu einer regionalen Regelung des Konflikts bereit ist, wurde von der US-Regierung als ermutigendes Zeichen gewertet. UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick sagte, die Aussichten auf eine Verhandlungslösung seien noch „sehr lebendig". Sie wisse allerdings nicht, ob Nicaraguas Gesprächsbereitschaft auch ein Gradmesser für die Bereitschaft sei, die Unterstützung für die Guerrilla in El Salvador einzustellen. Die USA dürften den Druck auf Nicaragua nicht vermindern. Es sei sehr wichtig, „Nicaragua durch alle geeigneten Mittel zu motivieren, seine Aggression gegen die Nachbarstaaten einzustellen", sagte sie im US-Fernsehen.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Autofahrer ist der Sündenbock

Sehr geehrte Herren,

Minister Zimmermann scheint sich an die Spitze einer Kampagne zu setzen, die das Auto zum Sündenbock für die Umweltverschmutzung und das Waldsterben macht. Der Verkehr nimmt in der Statistik der Luftverschmutzung zwar die Spitzenstellung ein, aber weder Kohlenmonoxid (in hohen Konzentrationen giftig) noch unverbrannte Benzinanteile (machen den Geruch des Abgases aus) sind an der Entstehung des sauren Regens beteiligt. Das für den Wald so schädliche Schwefeldioxid kommt im Autoabgas gar nicht vor.

Ich verstehe, daß die Regierung Industrie und Kraftwerke nicht mit Kosten für Umweltschutz belasten will. Der Aufschwung stand im Wahlkampf nun einmal ganz oben. Ob aber Ablenkungsmanöver auf einem Nebenkriegsschauplatz dem Wald helfen können?

Die Vorschriften, Katalysatoren zur Nachverbrennung der Schadstoffe einzuführen, erhöht nicht nur den Kaufpreis neuer Autos (der Schaden für die Volkswirtschaft dürfte erheblich sein), sondern auch den Benzinverbrauch. Audi spricht da von 30 Prozent (Leistungsverlust wohl einkalkuliert) – ein Schlag ins Gesicht für Hersteller und Autofahrer, die sich seit Jahren um Energieeinsparung bemühen. Das Energiesparen muß auch heute wichtiges Prinzip des Umweltschutzes sein! Es klingt mir noch in den Ohren: „Höhere Mineralölsteuer, um weniger zu verbrauchen ..."

Zimmermann behauptet, gern würden die Autofahrer vierstellige Beträge für den Umweltschutz ausgeben. Ich behaupte, daß viele nicht einmal können. Dann werden weniger neue Autos gekauft. Das bedeutet Verlust von Arbeitsplätzen, mehr Benzinverbrauch und – mehr Abgasschadstoffe!

Rainald March,
Bad Bramstedt

Kasse und Hoffnung

Sehr geehrte Herren,

die heftige, öffentlich geäußerte Kritik des Bundeswirtschaftsministers an dem bayerischen Ministerpräsidenten und seiner Mitwirkung am Milliardenkredit für die DDR löst bei mir die Frage aus: Gehört Graf Lambsdorff denn nun der Bundesregierung an oder nicht? Hat er im Kabinett der Absicherung des Geschäfts (durch Forderungsabtretung oder Bürgschaft, wie auch immer) und damit seiner Ermöglichung durch die Bundesregierung etwa nicht zugestimmt? Bisher war immer nur von einer einstimmigen Kabinettsentscheidung die Rede.

Eine weitere Frage drängt sich auf, wenn Graf Lambsdorff - gar nicht zu Unrecht - von einem Geschäft „Kasse gegen Hoffnung" spricht: Hat er nicht vor einem Jahr noch einer Regierung angehört, bei der dieses Prinzip Grundlage der Deutschlandpolitik war? Wieviele Milliarden sind – ganz ohne Gegenleistung – unter der damaligen Regierung an die DDR geflossen?

Man mag den Milliardenkredit an Ost-Berlin und die neue Deutschlandpolitik der good-will-Reisen des bayerischen Ministerpräsidenten beurteilen wie man will; einem Minister der früheren Bundesregierung aus SPD und FDP steht das Recht zu einer Kritik daran allenfalls in dem Maße zu, wie einem Wüstling das Recht zusteht, den ersten Seitensprung eines bis dato braven Ehemannes zu tadeln.

Claus Jäger, MdB, CDU,
Bonn / Wangen im Allgäu

Angst vor Schmäh

Sehr geehrte Damen und Herren,

die kürzlich veröffentlichten Thesen von Heimo George sind leider viel zu schnell wieder aus der Diskussion verschwunden, obgleich ihre ausführliche Erörterung und Berücksichtigung in der Sozial- und Arbeitspolitik wohl die einzige Möglichkeit ergeben würde, unseren Staat langfristig wieder auf eine gesunde Basis, zum Wohle der Bevölkerung, zu stellen.

In seiner eigenen Partei wird dagegen Stellung genommen, weil man offensichtlich Angst vor den Drohgebärden der Gewerkschaftsführer hat und sich nicht traut, die Wahlversprechungen in die Tat umzusetzen, obgleich dafür ein ausreichendes plebiszitäres Mandat besteht. Sozialisten und Funktionäre der DGB-Führung lehnen derartige „unsoziale" Maßnahmen natürlich ab, weil auch damit keine Aussicht besteht, im Laufe weniger Monate die von ihnen in 13jähriger Mißwirtschaft erzeugten Probleme zu lösen. Auf die Idee, daß sie durch ihre Maßnahmen zur Förderung und Ausbreitung der Arbeitslosigkeit die wirklich „Unsozialen" waren, kommen sie sicher nicht.

Herr Loderer hat sich ja inzwischen zu den absolut unzureichenden Maßnahmen geäußert, die die Regierung vorsieht, um die mit Hilfe der Gewerkschaften von der SPD-Regierung ruinierten Finanzen in Ordnung zu bringen. Als Maßnahmen zur Rettung des im vergangenen Jahrzehnts total korrumpierten sozialen Systems, schlägt er alles vor, was diese Krise erst hervorgerufen hat. Er möchte eine Pestepidemie offenbar dadurch bekämpfen, daß er auch die noch nicht infizierten mit virulenten Pestbazillen impft.

Mit seinen Drohungen an die Regierung dokumentiert er auch, daß es ihn überhaupt nicht interessiert, daß diese Regierung wegen ihrer Aussagen und des Versagens der vorherigen durch eine demokratische Wahl an die Macht kam! Sie wurde nicht gewählt, um die katastrophale Politik ihrer Vorgängerin fortzuführen. Für Herrn Loderer ist es „das demokratische Recht der Minderheit, der Mehrheit ihren Willen mit Gewalt auszuzwingen". Die Äußerungen von Herrn Loderer zeigen doch nur, daß er, wie augenscheinlich viele seiner Genossen, demokratische Mehrheitsentscheidungen nur anerkennt, wenn sie seiner Meinung entsprechen.

Seine Unfähigkeit, wirtschaftliche Zusammenhänge und allgemeine menschliche Verhaltensweisen zu übersehen und zu verstehen (wahrscheinlich typisch für Sozialisten) wird nur durch seine Anmaßung, Überheblichkeit und Arroganz übertroffen. Statt wie ein Stier auf ein rotes Tuch zu reagieren, sollte er einmal über die Thesen von Herrn George nachdenken. Oder gilt für ihn das Mephisto-Wort: „Bist du beschränkt, daß neues Wort dich stört? Willst du nur hören, was du stets gehört?"

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Erich Zieler,
Hamburg 60

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

»Autorität und Freiheit sind keineswegs Gegensätze, und einem Autoritätsverlust entspricht kein automatischer Freiheitsgewinn. Vielmehr leben wir bereits seit geraumer Zeit in einer Welt, in welcher dem fortschreitenden Autoritätsverlust eine ebenso evidente fortschreitende Freiheitsbedrohung entspricht.«

Hannah Arendt, amerik. Autorin (1906–1975)

Personalien

VERANSTALTUNG

Dr. **Wolfgang von Geldern**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Landwirtschaftsministerium, setzt die derzeitige „offizielle Regierungsreisewelle" fort und fliegt am 4. August nach Grönland. Der Staatssekretär macht sich um die deutschen Fischereirechte Sorgen, nachdem die Grönländer angekündigt haben, daß sie aus der Europäischen Gemeinschaft austreten wollen. Die Sommerflaute in Bonn nutzten auch andere Politiker zu Weltreisen: Nach Wirtschaftsminister **Otto Graf Lambsdorff**, der Japan, Australien, Neuseeland besucht hat, und nach Staatssekretär **Jürgen Möllemann**, der am Wochenende in vier afrikanische Staaten aufbrach, flog gestern Entwicklungshilfeminister **Jürgen Warncke** nach Zimbabwe und Mali.



W. von Geldern
FOTO: WEREK

PRÄSIDIALAMT

Bundespräsident **Karl Carstens**, der sich zur Zeit zu einem Segelurlaub im Gebiet der Ostsee aufhält, ist mit seiner Yacht „Aeolus" auf den Schären in Stensholmen gelandet, um am Grabe von **Gorch Fock** einen Kranz niederzulegen. Gorch Fock, der eigentlich **Hans Kinau** hieß, fiel als Kriegsfreiwilliger 1916 in der Skagerrak-Schlacht. Zu seinen Büchern gehören „Schulengrieper und Tungenknieper", „Hein Godenwind" und „Seefahrt ist not". Zu seinem Andenken trägt das einzige Segelschulschiff der deutschen Bundesmarine den Namen „Gorch Fock".

ERNENNUNG

Diplomingenieur **Johann Peter Blank**, Präsident des Bundesbahn-Zentralamtes Minden, wurde für vier weitere Jahre die Leitung des Forschungs- und Versuchsamtes der Eisenbahnen übertragen, einer internationalen Einrichtung, die ihren Sitz in Utrecht hat. Dem Amt sind 43 Eisenbahnverwaltungen angeschlossen.

Nun aber bleibt Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei, aber die Liebe ist die größte unter jenen.
1. Kor. 13,13

Nach einem erfüllten und erfolgreichen Leben nehmen wir Abschied von meinem geliebten Ehemann, unserem liebevollen Vater, Großvater, Bruder, Schwager, Schwiegersohn und Onkel

Dipl.-Ing.

Dietrich Rische

Oberbaurat a. D.

* 7. 5. 1902 † 27. 7. 1983

Elly Thidea Rische geb. Hoffmann
Uwe W. Rische und Ingrid
Christiane Rische
Bolko Bartsch Rische
Theda Borgstädt geb. Bartsch Rische
Rainer Borgstädt
Barbara Rische geb. Zeyns
Ilse Rische
Ruth Rische geb. Kiehn
Vizeadmiral a. D. Caesar Hoffmann
Michael Ender
Enkelkinder Christoph, Kai, Catharina und Meike
und alle Angehörigen

Adickesstraße 20
2000 Hamburg 52

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 5. August 1983, um 10 Uhr in der Christuskirche, Hamburg-Othmarschen, Roosens Weg, statt. Anschließend Beisetzung auf dem Friedhof Hamburg-Groß Flottbek, Stiller Weg.

Anstelle zugedachter Kranz- und Blumenspenden bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende zugunsten der von Bodelschwinghschen Anstalten, Sparkasse Bielefeld, Konto-Nr. 6 420 103 (BLZ 480 501 61), oder Behindertenkonto der Christuskirche Othmarschen, Hamburger Sparkasse, Konto-Nr. 1256/457 241 (BLZ 200 505 50).

Nach einem arbeitsreichen und erfüllten Leben ist unser Senior und väterlicher Freund

Dipl.-Ing.

Dietrich Rische

Oberbaurat a. D.

* 7. Mai 1902 † 27. Juli 1983

für immer von uns gegangen.

Wir müssen Abschied nehmen nicht nur von einer vorbildlichen Unternehmerpersönlichkeit, sondern vielmehr noch von einem warmherzigen und gütigen Menschen, der in stiller unnachahmlicher Weise jedem von uns zur Seite stand, der seines Beistands bedurfte.

Sein Lebenswerk in seinem Sinn fortzuführen ist uns Verpflichtung. Wir versprechen, unser Bestes zu tun.

Hamburg 50, Juli 1983

Gesellschafter, Geschäftsführung und Mitarbeiter
RISCHE & HERFURTH GMBH
Karl-Heinz Krogmann

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 5. August 1983, um 10 Uhr in der Christuskirche, Hamburg-Othmarschen, Roosens Weg, statt. Anschließend Beisetzung auf dem Friedhof Hamburg-Groß Flottbek, Stiller Weg.

Anstelle zugedachter Kranz- und Blumenspenden bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende zugunsten der von Bodelschwinghschen Anstalten, Sparkasse Bielefeld, Konto-Nr. 6 420 103 (BLZ 480 501 61), oder Behindertenkonto der Christuskirche Othmarschen, Hamburger Sparkasse, Konto-Nr. 1256/457 241 (BLZ 200 505 50).

POLEN-SCHULDEN / Kompromiß der Gläubigerländer

Gespräche im September

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Regierungsvertreter der 16 westlichen Gläubigerländer Polens haben sich jetzt grundsätzlich bereit erklärt, die vor eineinhalb Jahren unterbrochenen Umschuldungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Die damit zusammenhängenden „technischen Probleme" sollen im September in Paris mit den Vertretern Warschaus erörtert werden, verlautet nach dem hier am Wochenende durchgeführten Gläubigertreffen.

Der Verhandlungsstopp war als Sanktion gegen die Verhängung des Kriegsrechts in Polen beschlossen worden. Nach dessen formeller Aufhebung wollte die amerikanische Regierung aber weiter hart bleiben. Insbesondere forderte sie, daß die „überwältigende Mehrheit" der politischen Gefangenen von General Jaruzelski freigelassen wird.

Dagegen kündigten die „neutralen" Gläubigerländer (Schweiz und Österreich) an, daß sie bei Fortsetzung des Boykotts mit den Polen über *bilaterale Umschuldungen* verhandeln würden. Der daraufhin in Paris gefundene Kompromiß erlaubt zunächst die technische Behandlung der Schuldenfrage. Jedoch nimmt man an, daß die USA ihr *Veto bis zu den eigentlichen* Verhandlungen zurückziehen.

Polens westliche Auslandsschuld beläuft sich gegenwärtig auf 25 Milliarden Dollar. Davon entfallen 17,5 Milliarden Dollar auf Verbindlichkeiten gegenüber Regierungen. Die 1983 fällig gewordenen und noch fällig werdenden Schulden Polens betragen 2,6 Milliarden Dollar einschließlich 1,1 *Milliarden Dollar Zinsen.*

Die Verhandlungspositionen gegenüber den privaten Gläubigern gehen noch sehr weit auseinander. So verlangt Warschau für die diesjährigen Schulden einen 20jährigen Zahlungsaufschub. Die rund 500 Banken dagegen wollen nicht über zehn Jahre hinausgehen und die Stundung auf 95 Prozent der Hauptforderung und 60 Prozent der Zinsforderung begrenzen.

FRANKREICH / Pkw-Neuzulassungen bisher auf Vorjahresniveau – Export floriert

Abnahme beim Inlandsabsatz erwartet

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nach den recht guten Verkaufsergebnissen, welche die französische Automobilindustrie in der ersten Hälfte dieses Jahres vor allem im Ausland verbucht hatte, erwar*tet sie für das zweite Halbjahr* einen fühlbaren Rückgang ihres Inlandsabsatzes. Die optimistischsten Zulassungsschätzungen aus Herstellerkreisen lauten auf minus 10 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr. Dabei wird eine Wiederzunahme des Anteils ausländischer Wagen nicht ausgeschlossen.

Der Produzentenverband selbst, der meist mit betont zuversichtlichen Prognosen aufwartet, schreibt diesmal in seiner jüngsten *Konjunkturmitteilung, daß* es erstaunlich wäre, wenn sich der französische Automobilmarkt als so brillant erweisen würde wie im zweiten Halbjahr 1982. Damals war die Autonachfrage in Frankreich weit stärker als in allen anderen westlichen Industriestaaten gestiegen.

Seitdem hielten sich die Pkw-Zulassungen trotz der verschärften Austerity-Politik in etwa auf dem Vorjahresniveau, wobei der ausländische Marktanteil von 34 Prozent (Januar) auf unter 30 Prozent zurückgedrängt wurde. Offensichtlich hatten die Importeure in den letzten Monaten unter der Franc-Abwertung von Ende März zu lei*den.*

Umgekehrt nahmen die französischen Pkw-Exporte aus diesem Grund und wohl auch wegen der neu herausgebrachten Modelle gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 um 9,3 Prozent auf 0,83 Millionen Einheiten zu, womit sie die Hälfte der Produktion von 1,62 Millionen Einheiten erreichten. Demgegenüber stabilisierte sich der Inlandsmarkt auf 1,06 Millionen Pkw.

Diese Gegenüberstellung deutet darauf *hin,* daß die französische Automobilindustrie verstärkt auf Vorrat produziert hat – allerdings nachdem ihre Lagerbestände in den ersten Monaten dieses Jahres aus streikbedingten Gründen stark zusammengeschrumpft waren. Hinzu kommt, daß die Produktion in ausländischen Werken, die bei französischen Zulieferungen von mehr als 15 Prozent der Inlandsproduktion (und dem Export) hinzugerechnet werden, stark gesteigert wurde, insbesondere die des Renaults „Alliance" in den USA.

Renault wartet im Halbjahresvergleich mit einem außergewöhnlich starken Zuwachs seiner Pkw-Produktion um 21,3 Prozent und *seines Pkw-Exports um 29,6* Prozent auf. Demgegenüber mußte die Peugeot-Gruppe bei einem Produktionsplus von 6 Prozent einen Exportrückgang von 10,2 Prozent in Kauf nehmen, wobei sich die Marke Citroën noch verhältnismäßig gut behauptete, während Peugeot- und Talbotwagen ins Minus gerieten (Talbot auch bei der Produktion).

Inzwischen haben diese beiden Gesellschaften der Peugeot-Gruppe über 7371 *Entlassungen* (etwa *10* Prozent der Belegschaft) angekündigt. Renault will Ende September rund 20 000 Mitarbeiter vier Tage lang gegen 70prozentige Entschädigung nicht arbeiten lassen, „um die Produktion der Nachfrage anzupassen". Nach Gewerkschaftsangaben werden 1983 mehr als 20 000 Arbeitnehmer von der französischen Automobilindustrie (einschließlich Nutzfahrzeugsektor) entlassen.

ZENTRALAMERIKA / Krise gefährdet Exporte

Kaffeeproduktion gehalten

dpa/VWD, Hamburg

Die Krisenregion Zentralamerika mit den Brennpunkten Nicaragua, Honduras und El Salvador ist ein Schwerpunkt für die Versorgung der Weltkaffeewirtschaft. Bisher sind jedoch die politischen *Auseinandersetzungen in diesem* Raum für die Kaffeeproduktion sowie den Export so gut wie ohne Auswirkungen geblieben, oder wie in der Vergangenheit in Nicaragua, rasch überwunden worden. Im jüngsten Marktbericht der Hamburger Rohkaffeefirma Bernhard Rothfos wird darauf hingewiesen, daß unter Einschluß der Karibik rund 15 bis 17 Millionen Sack (zu je 60 Kilogramm) und damit etwa 15 bis 20 Prozent der Weltkaffeeproduktion in Zentralamerika geerntet werden, überwiegend Other Milds von mindestens guter bis sehr guter Qualität.

Guatemala hat, wie Rothfos berichtet, seine Kaffeeproduktion, die in den 60er und 70er Jahren meistens bei etwas unter zwei Millionen Sack lag, seit Beginn der 80er Jahre auf etwa 2,4 bis 2,7 Millionen Sack pro Jahr gesteigert. Für 1983/84 sind bisher 2,6 Millionen Sack geschätzt worden. Die Kaffee-Gesamtexporte waren jedoch rückläufig.

El Salvador, das in der Vergangenheit jährlich etwa zwei Millionen Sack produzierte, hatte Anfang der 80er Jahre eine Produktionshöhe von über 3,3 Millionen Sack erreicht, wird aber 1983/84 nur *rund 2,8 Millionen* Sack erzeugen. Die Kaffee-Gesamtausfuhr hat nach einem Stand von rund zwei Millionen Sack in früheren Jahren sehr deutlich auf rund 1,35 Millionen Sack im laufenden Kaffeejahr 1982/83 abgenommen.

In Honduras schlage sich die relativ stabile innenpolitische Lage auch in der stetigen Produktionszunahme nieder. Für 1983/84 wird eine Ernte von 1,35 Millionen Sack erwartet. Anfang der 80er Jahre war eine Million erst knapp überschritten. In den Jahrzehnten vorher lagen die Ernten bei 400 000 bis 600 000 Sack. Nicaragua habe bei seiner Kaffeeproduktion den Bereich von rund einer Million Sack *pro Jahr trotz* der Revolution halten können und sogar noch etwas ausgebaut. Für 1983/84 werden 1,1 Millionen erwartet, in den 60er Jahren lagen die Ernten bei etwa 500 000 Sack. Auch die Exporte hätten sich wieder erholt. In Nicaragua liegen einige der wichtigen Anbaugebiete im Grenzbereich zu Honduras und damit zum Teil auch in Kampfzonen mit entsprechenden Folgen nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Infrastruktur.

Costa Rica gilt weiterhin als innenpolitisch stabil. Mit Schwankungen lag die Produktionshöhe in den letzten Jahren um die zwei Millionen Sack. Diese Höhe wird auch für 1982/83 erwartet.

SYRIEN / Belastungen durch hohe Militärausgaben

Ausfuhren stark gesunken

rtr, *Damaskus*

Unter den enormen Militärlasten gerät die nach sowjetischem Muster geführte syrische Wirtschaft in Bedrängnis. Die jährliche Inflationsrate ist inzwischen auf über 25 Prozent geklettert. Die Ausfuhren sind stark zurückgegangen, und Syrien ist auf dem besten Wege, in wenigen Jahren mehr Öl einführen zu müssen, als es ausführt. Die Bevölkerung von derzeit rund zehn Millionen wächst jährlich um 3,5 Prozent. Die landwirtschaftliche Produktion erreicht dagegen nur Wachstumsraten von 1,5 Prozent.

Als größte Belastung erwiesen sich die enormen Militärausgaben, die fast 60 Prozent der laufenden Haushaltsausgaben verschlingen, wie Wirtschaftsexperten erklärten. Der für dieses Jahr vorgelegte Haushalt hat ein Volumen von 37,2 Milliarden syrischen Pfund (rund 23,4 Milliarden Mark), das in etwa zu gleichen Teilen in laufende und investive Ausgaben aufgeteilt ist. Die Investitionsziele werden nach Einschätzung der Experten jedoch nur selten erreicht. Für den Verteidigungsetat wurden in diesem Jahr im laufenden Haushalt offiziell 10,7 Milliarden Pfund ausgewiesen.

Nach den letzten vorliegenden *offiziellen Angaben fielen die Devisenreserven* von 927 Millionen Dollar im Juni 1981 auf 41 Millionen Dollar im April 1982. Sie stiegen bis Juni 1982 jedoch wieder auf 115 Millionen Dollar an. Die Wirtschaftsexperten glauben jedoch nicht, daß sich die Situation seitdem gebessert hat. Belastungen ergaben sich auch durch sinkende Exporterlöse, da die Weltmarktpreise für die wichtigsten Exportgüter – Öl, Phosphat und Textilien – fielen. Während im ersten Halbjahr 1981 noch für 4,5 Milliarden Pfund Waren exportiert wurden, waren es bis Ende Juni 1982 nur noch 2,9 Milliarden Pfund.

Zur gleichen Zeit schnellten die Lebensmittel- und Öleinfuhren in *die Höhe.* Syriens *Handelsbilanz*defizit lag im ersten Halbjahr 1982 bei 5,4 Milliarden nach 4,6 Milliarden syrischen Pfund im ersten Halbjahr 1981. Trotz dieser ungünstigen Entwicklungen steht die syrische Wirtschaft nach Einschätzung der Experten keineswegs vor dem Zusammenbruch. Syrien bekomme jährlich von den arabischen Staaten, insbesondere von Saudi-Arabien, Wirtschaftshilfen von bis zu zwei Milliarden Dollar.

Weniger Arbeitszeit – höhere Kosten

CHRISTIAN SCHÜTTE, Bonn

Nach Darstellung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall in der neuesten Ausgabe „Metall im Trend" entspricht die 35-Stunden-Woche mindestens einer 18prozentigen Lohnerhöhung. Dies ergab sich aus einer Modellrechnung, die den steigenden Ecklohn von derzeit 10,55 DM auf 12,06 DM und die entstehenden Folgekosten berücksichtigt. Die „billigste" Lösung, nämlich entsprechend der Arbeitszeitverkürzung neue Mitarbeiter einzustellen, würde Mehrkosten von 14,8 Prozent verursachen. Diese Form sei jedoch selten praktikabel.

Bei einem Ausgleich durch Überstunden entstünden durch Zuschläge Mehrkosten von 18,6 Prozent, und bei einem hingenommenen Produktionsausfall wären Gesamtkostensteigerungen von 18,8 Prozent zu erwarten. Würden die Unternehmen hingegen Neueinstellungen vornehmen, bedeute dieses eine Erhöhung der Kosten um 19,3 Pro*zent. Die höchste Steigerung von* 21,7 Prozent entstünde, glichen die Unternehmen den Produktionsausfall durch Rationalisierungen aus. Dies wäre jedoch wegen der steigenden Produktivität die beste Lösung.

Mauroy verteidigt Austerity-Politik

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nicht die wirtschaftspolitischen Fehler der sozialistisch-kommunistischen Regierung, sondern die „Rechtspolitik der Rechtsregierungen" außerhalb Frankreichs machte Premierminister Mauroy in einem Interview mit dem „Quotidien de Paris" für seine vor einem Jahr eingeleitete und inzwischen verschärfte Austerity-Politik verantwortlich. Aber dank der schnellen Erfüllung der sozialen Wahlversprechen habe die französische Linksregierung bei der Masse der Bevölkerung das nötige Vertrauen erlangt, um ihre „Politik der Strenge" zu Erfolgen führen zu können.

Wenn er nochmals beginnen müßte, würde er genau das gleiche tun, erklärte Mauroy, ohne allerdings die konkrete Frage nach einer Wie*derholung der massiven Konsum*belebungspolitik genau zu beantworten. Er wolle wieder auf Expansionskurs gehen, um das Arbeitslosenproblem zu lösen. Bis dahin soll die Arbeitslosigkeit besonders durch die in einigen Berufsgruppen weitere Herabsetzung der Pensionierungsgrenze auf 55 Jahre bekämpft werden. „Wir wollen nicht, wie in der Bundesrepublik oder in Großbritannien, die Arbeitslosen einfach laufen lassen."

Rohstoffpreise wieder gestiegen

AP, Washington

Die Weltmarktpreise für die 30 wichtigsten Rohstoffe sind im zweiten Quartal dieses Jahres um 6,4 Prozent gestiegen und lagen damit 5,4 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Dies geht aus einem Bericht des Internationalen Währungsfonds *(IWF) hervor, der in Washington* veröffentlicht wurde. Wesentliche Ursache für die Entwicklung war die anspringende Konjunktur in den USA, die zu steigender Nachfrage auf dem amerikanischen Markt führte.

Mit dem Anfang des Jahres einsetzenden Anstieg der Rohstoffpreise wurde der zweijährige Trend zum Preisverfall, der die Wirtschaft vieler Entwicklungsländer empfindlich getroffen hatte, umgekehrt. Der *Rückgang der Verbraucherpreise in* den Industriestaaten hielt jedoch weiter an. Von Mai bis April ging die Inflationsrate in den Industriestaaten durchschnittlich von 5,4 auf 5,1 Prozent zurück und erreichte damit den niedrigsten Wert seit zehn Jahren. Am deutlichsten war die Preisstabilisierung in der Schweiz, Österreich, Kanada und den USA. Höhere Inflationsraten gab es in Japan, Schweden und Norwegen.

EG-WEINMARKT / Pro-Kopf-Verbrauch gesunken

Die Überschüsse bleiben

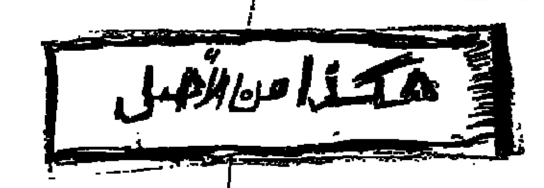
WILHELM HADLER, Brüssel

Wenig Hoffnung auf eine Beseitigung der strukturellen Überschüsse eröffnet der Jahresbericht der EG-Kommission über die Lage auf dem europäischen Weinmarkt: Zwar kann damit gerechnet werden, daß sich die Rebflächen in der Gemeinschaft mittelfristig den Marktbedingungen anpassen, doch dürften Ertragszuwächse und Verbrauchsrückgänge in den wichtigsten Erzeugerländern weiterhin für erhebliche Überschüsse sorgen.

Die Gesamtrebfläche für Keltertrauben ist in der EG von 2,66 Millionen Hektar 1976/77 auf 2,495 Millionen Hektar im Wirtschaftsjahr 1981 zurückgegangen. Auch 1981/82 nahm sie erneut um 32 000 *Hektar ab, dem steht jedoch ein* langfristiger Produktionsanstieg aufgrund zunehmender Erträge gegenüber.

Die Erzeugung in Frankreich lag z. B. trotz der im Vergleich zum Rekordjahr 1979/80 zurückgegangenen Ernten in den nächsten beiden Jahren weiterhin in der Nähe der Produktion von 1977/78, obwohl der Rückgang der Anbauflächen rechnerisch zu einer Produktionsverminderung um 2,5 Millionen Hektoliter geführt haben müßte. Zugleich ging der Pro-Kopf-Verbrauch in Frankreich von 97 Litern im Jahre 1976 auf 89 Liter (in Italien von 89 auf 84 Liter) zurück. Diese Entwicklung konnte durch Verbrauchszunahmen in den nördlichen EG-Ländern nur teilweise ausgeglichen werden.

Der Rückgriff auf Interventionsmaßnahmen bringt für die Brüsseler Agrarkasse ständig höhere Belastungen. So kletterten die Ausgaben von 273,1 *Millionen Ecu (1 Ecu = 2,27 Mark)* im Jahre 1980 auf 538,7 Millionen 1982. Die für das laufende Jahr vorgesehenen Haushaltsmittel betragen bereits 610 Millionen Ecu.



Mauroys Logik

J. Sch. (Paris) – Selbsterkenntnis ist der erste Weg zur Besserung. Dieses Sprichwort scheint Pierre Mauroy nicht zu kennen. Erklärte er doch ausdrücklich, daß er genau das gleiche tun würde, wenn er noch einmal am Anfang seines Mandats als französischer Premierminister stünde. Dies war insbesondere die bis Mitte 1982 von der neuen sozialistischen Regierung verfolgte Konsumbelebungspolitik. Sie hat sich inzwischen zumindest insofern als falsch erwiesen, als dadurch die Importnachfrage gewaltig angeheizt wurde, während der französische Export trotz der Franc-Abwertung wegen der schwachen Auslandsnachfrage zurückging. Im Ausland standen damals alle Zeichen auf Stabilisierung und Sanierung.

Dafür, daß Frankreich gegen den internationalen Strom geschwommen ist, muß es heute mit einer rigorosen Austerity-Kur büßen. Dies ist allerdings keineswegs Mauroys Ansicht. Seine jüngste „Politik der Strenge" sei ihm nämlich von der „Rechtspolitik der Rechtsregierungen" außerhalb Frankreichs aufgezwungen.

Aber abgesehen davon, so erklärte Mauroy in seinem jüngsten Zeitungsinterview, sei die Politik *der ersten Phase seiner Amtszeit* auch deshalb sehr wichtig gewesen, um die sozialistische Regierung bei der Masse der Bevölkerung „glaubwürdig" zu machen. Deshalb könne diese Regierung heute bei der Überwindung der Krise mit allgemeinem Beistand rechnen.

Ob sich diese Hoffnung erfüllt, bleibt abzuwarten. Das Brot der Volksbeglückungspolitik ist längst gegessen. Die Franzosen stellen heute fest, daß es in den meisten anderen Ländern, insbesondere den rechtsregierten, mit der Wirtschaft wieder bergauf, in ihrem eigenen Land aber bergab geht.

Bitter

Wb. – „Kürzlich hat eine Stahlbau-Tochter der Arbed uns mit einem völlig unauskömmlichen Preis einen größeren Auftrag weggenommen, der die Verluste der Arbed weiter erhöhen wird", berichtet die Geschäftsleitung eines Mittelstandsunternehmens ihrer Belegschaft am schwarzen Brett. Ob Arbed oder AEG – die Reaktion der „kleineren" Konkurrenten, die für ihr Überleben selbst verantwortlich sind, auf die riesenhaften Subventionen und noch mehr aufs Marktverhalten der Subventionierten ist immer die gleiche. Mit Bitterkeit wird registriert, daß Unternehmen, die – auf eigene Füße gestellt – eigentlich schon pleite wären, nicht nur mit Steuermitteln künstlich am Leben erhalten werden, sondern dann auch noch am Markt irrational agieren. Aufträge um jeden Preis „einkaufen". Daß ein Mittelständler in einer ähnlichen Gefahrensituation in gleicher Weise Kre*dite bekäme, wird wohl zu Recht* bezweifelt. Die Konsequenz ist freilich auch den Großen zur Nachahmung empfohlen: „Da müssen wir uns halt durch überdurchschnittliche Leistung selbst helfen!"

EINKOMMENSTEUER / Verwaltungsanweisung zur Behandlung von Personenwagen

Steuerpflichtiger soll Anteil der beruflichen Nutzung selbst nachweisen

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Kritik des Bundesrechnungshofes hat Wirkung gezeigt! Bund und Länder haben sich darauf geeinigt, wie der private Nutzungsanteil betrieblich genutzter Pkw einkommensteuerrechtlich zu behandeln ist. Die Kritik des Rechnungshofes hatte nicht nur an der unterschiedlichen Behandlung angesetzt. Er erhob auch den Vorwurf, daß die Finanzämter die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes und der Einkommensteuerrichtlinien vielfach „falsch anwenden".

Betriebliche Personenwagen werden oft in nicht unerheblichem Umfang auch privat genutzt. Der Steuerpflichtige muß zur Abgrenzung den Umfang der betrieblichen Nutzung nachweisen. Aus Vereinfachungsgründen wird der private Nutzungsanteil ohne besonderen Nachweis in der Mehrzahl der Fälle mit 20 bis 25 Prozent der Gesamtnutzung angesetzt.

Noch Ende des Jahres war es in dieser Frage zu einhelliger Kritik des Parlaments an der Bundesregierung gekommen. Der Haushaltsausschuß und der Bundestag insgesamt hatten beschlossen, daß der Nutzungsanteil auf 40 Prozent erhöht werden solle. Die Bundesregierung hielt dem jedoch entgegen, daß eine entsprechende Änderung der Einkommensteuerrichtlinien (EStR) nicht durchsetzbar sei. Sie bedarf der Zustimmung des Bundesrates, und damit war nicht zu rechnen.

In Verhandlungen zwischen den Finanzministerien von Bund und Ländern hat man sich kürzlich auf eine vereinheitlichte Verwaltungsanweisung geeinigt, die jetzt bundesweit angewandt wird. Damit wird der Kritik vor allem des Bundesrechnungshofs entsprochen.

Wird ein Personenwagen sowohl für betriebliche/berufliche als auch für private Zwecke genutzt, so sind die Gesamtaufwendungen im entsprechenden Verhältnis aufzuteilen. Der Steuerpflichtige soll den Anteil der beruflichen Nutzung zum Beispiel durch Fahrtenbuch nachweisen. „Soweit die Nutzungsverhältnisse beim Steuerpflichtigen keinen großen Schwankungen unterliegen, ist es jedoch nicht zu beanstanden, wenn der Nachweis nur für einen repräsentativen Zeitraum (regelmäßig ein Jahr) geführt wird", heißt es. Die so glaubhaft gemachten Nutzungsanteile könnten bis zu einer „wesentlichen Änderung der Verhältnisse" auch der Kostenaufteilung späterer Jahre zugrunde gelegt werden.

Erbringt der Steuerpflichtige diesen Nachweis nicht, so sind nach Abschnitt 118 EStR für einen Pkw mindestens 20 bis 25 Prozent der Gesamtaufwendungen als privater Nutzungsanteil anzusetzen. „Der Ansatz ist nicht schematisch, sondern je nach den tatsächlichen Verhältnissen des Einzelfalles vorzunehmen", heißt es. Ein höherer privater Nutzungsanteil als 20 bis 25 Prozent sei dann anzunehmen, wenn dies nach den privaten Lebensverhältnissen geboten erscheine (etwa bei Vorhandensein einer Zweitwohnung oder eines Ferienhauses oder bei Gebrauch des Pkw auch durch Familienmitglieder).

Auch bei Berufsgruppen wie Friseure, Apotheker, Optiker, Fach- und Zahnärzte, deren Berufsausübung im allgemeinen keine nennenswerte Reisetätigkeit erfordert, ist ebenfalls ein höherer, wirklichkeitsgerechter privater Nutzungsanteil anzunehmen. Wird die betriebliche Nutzung mehrerer Pkw geltend gemacht, müssen die Anteile für jeden gesondert ausgewiesen werden. Dabei ist die Anerkennung unter anderem von der Art des Berufs, der Größe des Betriebs oder den privaten Lebensverhältnissen des Steuerpflichtigen abhängig.

Wegen des Widerstands der Länder wurde der Pauschalsatz nicht über 20 bis 25 Prozent erhöht. Die Länder verwalten die Einkommensteuer in eigener Zuständigkeit und bestreiten die Befugnisse des Bundes zum Erlaß allgemeiner, über den Einzelfall hinausgehender Weisungen. Die Mehrheit der Länder lehnt es ab, für bestimmte, nach äußeren Merkmalen beschriebene Berufsgruppen einen typisierten höheren privaten Nutzungsanteil von z. B. 80 Prozent vorzusehen. Sie berücksichtige nicht die Umstände des Einzelfalles. Die Entscheidung über die Anwendung eines höheren privaten Nutzungsanteils obliege dem Veranlagungsbeamten. Die Länder befürchten, daß „gut beratene Steuerpflichtige" sonst versuchen würden, solche schematischen Schätzungsgrundlagen zu Fall zu bringen.

EG-GESELLSCHAFTSRECHT

Kommission spricht sich für flexiblere Regelungen aus

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Stark revidiert hat die Brüsseler Kommission ihre bisherigen Vorschläge zur Angleichung des Gesellschaftsrechts (5. Richtlinie). Nachdem sich das Europäische Parlament mit klarer Mehrheit für flexiblere Regelungen ausgesprochen hatte, sah die EG-Behörde offenbar keine Chance mehr, ihren ursprünglichen Entwurf im Ministerrat durchzusetzen.

Die Vorschläge, deren erste Version bereits auf das Jahr 1972 zurückgeht, betreffen vor allem die Struktur der Aktiengesellschaft. Sowohl in bezug auf die Zahl ihrer Organe (monistisches oder dualistisches Prinzip) wie deren Zusammensetzung und Funktionsweise (Mitbestimmung der Arbeitnehmer) hat sich die Kommission jetzt die Anregungen des Parlaments voll zu eigen gemacht.

Zwar hält die EG-Behörde an dem Grundgedanken fest, wonach für die Verwaltung der Gesellschaft eindeutig zwischen Geschäftsführung und Aufsichtsrat zu entscheiden sei. Wegen der „außerordentlichen Vielfalt der derzeit geltenden Regelungen" will sie jedoch nunmehr den Mitgliedsstaaten die Wahl lassen, entweder die dualistische Struktur *mit einem* Leitungs- und einem Aufsichtsorgan vorzuschreiben oder den Gesellschaften zu gestatten, zwischen einer solchen Struktur oder einer monistischen mit einem einzigen Verwaltungsorgan zu wählen.

Für den Fall, daß die Entscheidung zugunsten eines einzigen Organs fällt, muß nach dem neuen Entwurf zwischen geschäftsführenden Mitgliedern und der nichtgeschäftsführenden Mehrheit im Verwaltungsorgan unterschieden werden. Der ursprüngliche Entwurf sah nach einer fünfjährigen Übergangsfrist die obligatorische Einführung eines dualistischen Systems vor.

Für die Beteiligung der Arbeitnehmer am Entscheidungsprozeß im Unternehmen – dem hauptsächlichen Streitpunkt der Richtlinie – will die Kommission künftig vier als gleichwertig betrachtete Modelle nebeneinander bestehenlassen:

- das deutsche Mitbestimmungsmodell mit Arbeitnehmern im Aufsichtsrat, wobei deren Zahl auf mindestens ein Drittel und höchstens die Hälfte der Sitze beschränkt werden und den Arbeitnehmern im Falle einer Patt-Situation kein letztes Entscheidungsrecht zustehen soll.
- die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Bestellung von Mitgliedern des Aufsichtsrates durch Kooptierung.
- Mitbestimmung durch ein besonderes Organ, dem nur Vertreter der Arbeitnehmer angehören und dessen Zuständigkeiten sich auf die Unterrichtung und Anhörung beschränken sollen sowie
- eine Regelung auf der Grundlage *der Tarifverträge, wobei der* Umfang der Mitbestimmung jedoch im Ergebnis dem der vorgenannten Modelle gleichkommen muß.

Die Vorschriften über die Arbeitnehmerbeteiligung sollen nach dem Entwurf für alle Aktiengesellschaften mit mindestens 1000 Beschäftigten gelten. Insgesamt betrifft die Richtlinie etwa 400 000 Gesellschaften in der EG.

Gefährdete Liberalisierung

Von EVANGELOS ANTONAROS, Ankara

Zum erstenmal seit den kritischen Jahren 1979/80 hat ein Konsortium von westlichen und arabischen Banken der Türkei einen Kredit über 200 Millionen Dollar zu günstigen Bedingungen gewährt. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) hat mit der türkischen Regierung unlängst ein neues einjähriges Beistandsabkommen abgeschlossen, das ein Hilfepaket von 240 Millionen Dollar vorsieht. Schließlich hat auch die Weltbank projektgebundene Kredithilfen in der Höhe von 463,8 Millionen Dollar für Ankara freigegeben.

Die Tatsache, daß diese Gelder und vor allem der kommerzielle Bankkredit problemlos abgewickelt worden sind, zeigt, daß die Türkei langsam das Vertrauen des Westens zurückgewinnt. Die akute Wirtschaftskrise ist vorüber, nicht zuletzt dank der rigorosen Sanierungsmaßnahmen, die unter der Bezeichnung „Programm vom 24. Januar 1980" bekannt sind. Damals *hatte die noch parlamentarisch* gewählte Regierung Demirel ein Stabilisierungsprogramm eingeleitet, das auch von den acht Monate später an die Macht gekommenen Generälen übernommen wurde.

Heute gibt es in der Türkei weder die noch vor drei Jahren üblichen Versorgungsengpässe noch horrende Inflationssprünge. Die Jahresinflation wird mit rund 30 Prozent (1980: über 100 Prozent) angegeben, der Schuldendienst (Stand Ende 1982: knapp 17 Milliarden Dollar) wird pünktlich abgewickelt, die Exportwirtschaft hat Antrieb erhalten, das Devisenproblem ist nicht mehr so akut, das Loch in der Leistungsbilanz ist von einer vertretbaren Größenordnung. Das schärfste Problem ist die Arbeitslosigkeit, die in ihrer versteckten Form 20 Prozent beträgt.

Besonders beeindruckend ist die Gestaltung des Exportgeschäfts seit Anfang der 80er Jahre: Das Exportvolumen verdoppelte sich von 2,9 Milliarden Dollar 1980 auf 5,7 Milliarden 1982; in diesem Jahr wird sogar mit knapp sechs Milliarden gerechnet. Nach Angaben von westlichen Experten wäre ein noch größerer Sprung möglich gewesen, hätte es nicht einige ungünstige Faktoren gegeben. Dazu zählen etwa die Zahlungsschwierigkeiten der ölproduzierenden Nahostländer oder die Importbarrieren für türkische Textilien im EG-Raum.

Darüber hinaus hat es in den ersten Monaten 1983 eine interessante Entwicklung im türkischen Exportgeschäft gegeben: Der Anteil der Nahostländer fiel von 46 auf 42 Prozent zurück, während der Westen mit 50 Prozent des gesamten Exportvolumens zum wichtigsten Abnehmer der türkischen Exportprodukte wurde.

Hinzu kommt, daß Ankara zur Verbesserung der türkischen Devisenlage ein ehrgeiziges touristisches Entwicklungsprogramm ausgearbeitet hat, das bereits erste Erfolge zeigt, obwohl es sich nur in den Ansätzen befindet. Der Tourismus-Boom soll teilweise die Lücke füllen, die durch den Rückgang der Gastarbeiterüberweisungen entstanden ist. Von 579 Millionen Dollar in den ersten vier Monaten 1982 sind sie 1983 auf 466 Millionen Dollar zurückgefallen.

Daß die Türkei den Ausfall von solchen Beträgen nicht verkraften kann, zeigt allerdings, daß alle Krisensymptome keineswegs beseitigt worden sind. Turgut Oezal, einstiger Architekt des Stabilisierungsprogramms und jetziger Chef der konservativen „Mutterlandspartei", hatte bereits während seiner Amtszeit gesagt, daß die Stabilisierungsmaßnahmen „noch ein paar Jahre" in Kraft bleiben müßten, um den Aufschwung sicherzustellen.

Ihre relative Stabilisierung hat die türkische Wirtschaft den marktwirtschaftlichen Grundsätzen Oezals zu verdanken. Daher ist es von besonderer Bedeutung, welche Wirtschaftspolitik Ankara nach der Parlamentswahl am 6. November erhalten wird. Oezal warnt auf Schritt und Tritt vor „einem Rückfall in den Etatismus".

Alle wichtigen türkischen Parteien haben sich bisher zwar, in mehr oder weniger klarer Form, zur Notwendigkeit des Stabilisierungsprogramms bekannt. Trotzdem gibt es Abweichungen. Anders als der Liberale Oezal will die Lieblingspartei der Generäle, die „Nationalistische Demokratie-Partei", dem Etatismus-Prinzip nicht ganz abschwören.

Eine Fülle von regulierend-dirigistischen Maßnahmen könnte die Folge eines sehr wahrscheinlichen Wahlsiegs der „Nationalisten" sein. Mit einem Widerstand der Generäle brauchen sie nicht zu rechnen, weil auch das Militärregime gegen Oezals hundertprozentiges Liberalisierungsprogramm einige Vorbehalte zu haben scheint. Vor diesem Hintergrund ist Oezals Behauptung, nur er und seine Partei könnten „die türkische Wirtschaft auf Dauer stabilisieren", kein hohler Wahlslogan.

AUF EIN WORT



„Es ist nicht Sinn der staatlich geförderten Vermögensbildung, daß vor allem jüngere und weniger betuchte Sparer ihre oft erstmalige Erfahrung im regelmäßigen Sparen auf Beteiligungen an risikobehaftetem Produktivvermögen lenken."

Johannes Fröhlings, Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes FOTO: DIE WELT

Verbraucher gegen Agrar-Vorschläge

dpa, **Bonn**

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) übte gestern heftige Kritik an den Vorschlägen der EG-Kommission zur Agrarpolitik. Damit würden die bisherigen Fehler festgeschrieben. Zum Vorschlag, den Import durch Einführung neuer Zölle zu begrenzen, stellte die AgV fest, der allseits beklagte Protektionismus werde weiter verschärft. Das Brüsseler Papier sei nicht mehr als „ein Notprogramm zur Abwendung des Offenbarungseides". Vernichtungssubventionen blieben unangetastet. Trotz der hohen Überschüsse werde es keine Preissenkungen für die Verbraucher geben. Auch künftig müsse jeder Erwerbstätige in der EG fast 1000 DM jährlich an das Finanzamt abführen.

INDUSTRIEPRODUKTION

Die Belebung hat sich im Juni weiter fortgesetzt

dpa/VWD, **Bonn**

Die Industrieproduktion in der Bundesrepublik ist im Juni um zwei Prozent gegenüber dem Vormonat gestiegen. Damit hat sich die Belebung, die zur Jahreswende 1982/83 begonnen hat, weiter fortgesetzt. Wie das Bundeswirtschaftsministerium gestern nach ersten Berechnungen mitteilte, war der Hauptgrund für den um zwei Indexpunkte auf 106 gestiegenen Ausstoß des produzierenden Gewerbes – gegenüber dem nachträglich um einen Indexpunkt nach oben korrigierten Mai-Ergebnis von 104 – vor allem die Produktionssteigerung im Bauhauptgewerbe (plus sechs Prozent).

Aber auch im verarbeitenden Gewerbe wurde die Erzeugung – ge*genüber dem um ebenfalls einen* Punkt nach oben korrigierten Stand des Vormonats – um ein Prozent ausgeweitet. Erstmals übertraf die Produktion im Juni seit mehr als einem Jahr wieder ihren Vorjahresstand.

Der Zweimonatsvergleich (Mai/Juni gegenüber März/April) bestätigt die aufwärtsgerichtete konjunkturelle Grundtendenz der Produktionsentwicklung. Er weist für das verarbeitende Gewerbe eine Ausweitung der Erzeugung um 1,5 Prozent aus. Die höchste Zuwachsrate verzeichnete dabei das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (plus zwei Prozent).

Auch die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (plus 1,5 Prozent) sowie das Investitionsgütergewerbe (plus 1,5 Prozent) steigerten ihren Ausstoß. Dagegen blieb die Fertigung des Verbrauchsgütergewerbes unverändert. Im Bauhauptgewerbe scheint *nunmehr – über ein Jahr nach der* Wende der Nachfrageentwicklung – die Produktion zügiger ausgeweitet zu werden. Sie stieg um sieben Prozent.

GROSSHANDEL

Ifo: Investitionstätigkeit hat sich deutlich verbessert

DANKWARD SEITZ, **München**

Die Investitionstätigkeit im Großhandel wird sich im Jahr 1983 deutlich beleben. Nach Feststellungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, kann mit einem nominalen Zuwachs der Bruttoanlageinvestitionen von rund neun Prozent gerechnet werden, so daß real immer noch ein Plus von gut sechs Prozent verbleibt. 1982 hatte der Großhandel mit 6,2 Milliarden knapp 1,5 (real 4,5) Prozent weniger für Neuanschaffungen ausgegeben als im Jahr zuvor. Die Branche liegt damit deutlich über dem Durchschnitt aller volkswirtschaftlichen Sektoren (plus 4,5 Prozent) und wird nur von den Planungen des Baugewerbes (plus 15 Prozent) übertroffen. Im Einzelhandel ist die Investitionsneigung mit minus zwei Prozent deutlich schwächer.

Bei den für 1983 vorgesehenen Investitionen des Großhandels dürfte es sich, so das Ifo, teilweise um Anlagen handeln, die bereits 1982 bestellt wurden, um in den Genuß der ausgelaufenen Investitionszulage zu kommen. Sie werden hauptsächlich Rationalisierungsmaßnahmen dienen, da die Unternehmen im laufenden Jahr mit einem weiteren Beschäftigtenabbau in der Größenordnung von zwei Prozent rechnen.

Für 1983 sind die Pläne des einzelwirtschaftlichen Großhandels (rund plus zehn Prozent) etwas optimistischer als die der Genossenschaften und Einkaufsvereinigungen (plus sieben Prozent). Nur noch 16 (29) Prozent aller Firmen berichten von eingeplanten, aber zurückgestellten Projekten.

In den ersten fünf Monaten 1983 setzte der Großhandel nominal etwa ein Prozent weniger um als in der Vorjahreszeit – wegen nachgebender Preise dürften es real nur minus 0,2 Prozent gewesen sein.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Ifo empfiehlt Senkung der Unternehmenssteuern

München (AP) – Investitionsförderung durch Abschreibungen und Steuersenkungen führen nach Meinung des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung nicht „auf Knopfdruck" zu mehr Investitionen der Unternehmen. Das Institut veröffentlichte am Dienstag eine im Auftrag des bayerischen Finanzministeriums gefertigte Studie, in der es die Investitionsförderung und deren Auswirkung auf das Investitionsklima in sieben ausgewählten Industrieländern untersucht hat. Die Studie bringt nach Aussage des Instituts zutage, daß die Bundesrepublik zu den „Hochsteuerländern" zu rechnen ist. Die staatliche Investitionsförderung zeige jedoch in den untersuchten Ländern unterschiedliche Wirkungen. Die Investitionsförderung sei nur einer von mehreren Einflußfaktoren. Für die Bundesrepublik sei eine Senkung der Unternehmenssteuern zur Belebung der Investitionstätigkeit zu befürworten.

Talfahrt der Bahn
Anteil an der Verkehrsleistung in der Bundesrepublik in %

1950 1960 1970 1983

GÜTERVERKEHR: 56% – 37 – 33 – 24%

PERSONENVERKEHR: 38% – 16 – 8 – 6%

Der Anteil der Bundesbahn am Personenverkehr und am Güterverkehr geht weiter zurück. Die Talfahrt der Bahn führt zu immer größeren Defiziten. Obwohl die Bundesbahn am „Tropf" des Bundes hängt und im laufenden Jahr über 13 Milliarden Mark Ausgleichszahlungen aus der Bundeskasse erhält, ist mit einem Verlust von etwa 4,7 Milliarden Mark zu rechnen. QUELLE: GLOBUS

Keine Steuerermäßigung

Bonn (HH) – „Die Bundesregierung kann nicht jede Verbesserung der Umweltverhältnisse mit steuerpolitischen Mitteln fördern." Mit dieser Erklärung hat Finanzstaatssekretär Voss (CSU) auf eine Frage der „Auto-Zeitung" die ablehnende Haltung Bonns gegenüber steuerlichen Erleichterungen bei der beschlossenen Einführung bleifreien Benzins verdeutlicht. Die Bundesregierung werde aber erst im September zu dem hessischen Antrag auf Senkung der Mineralölsteuer um 5 Pfennig je Liter bleifreien Benzins Stellung nehmen. Zu dem Vorschlag der Automobilindustrie (Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer ab 1986, wenn mit bleifreiem Benzin gefahren wird), meinte Voss, der Anteil der Kraftfahrzeugsteuer liege bei nur zwei Prozent der Autokosten.

Shell erhöht den Benzinpreis

Hamburg (dpa/VWD) – Die Deutsche Shell AG, Hamburg, hat gestern bundesweit die Kraftstoffpreise um zwei Pfennig je Liter erhöht. Die Verteuerung für Normal, Super und Diesel wurde von Shell mit dem „rasant gestiegenen Dollarkurs", der Verrechnungswährung für das Ölgeschäft sowie mit den festen Preisen am freien Ölmarkt in Rotterdam begründet. Vor etwa 14 Tagen hatten die großen Markengesellschaften bereits zwei Pfennig bei Diesel und drei Pfennig bei Benzin aufgeschlagen.

Schwarzarbeit schadet

Bonn (HH) – Handwerksunternehmen müssen sich gerade in der Anlauf- und Stabilisierungsphase mit ihrer „schwarzen" Konkurrenz auseinandersetzen. Nach einer Analyse der Handwerkskammer Koblenz sehen sich fast 56 Prozent aller vor fünf bis sieben Jahren gegründeten Unternehmen durch die Schwarzarbeit in ihren wirtschaftlichen Aktivitäten eingeschränkt. Nach Berechnungen der Kammer überleben nur 72 Prozent aller fünf- bis siebenjährigen Handwerksunternehmen. Mit jeder nachhaltigen Existenzgründung im Handwerk seien neun Arbeitsplätze verbunden. Ohne Schwarzarbeit könnten die wirtschaftlichen Aktivitäten der jungen Unternehmen um über 30 Prozent höher liegen. Vor diesem Hintergrund werde auch die Diskussion um Arbeitszeitverkürzung zur Verringerung der Arbeitslosigkeit fragwürdig.

Verstärkter Druck auf die Aktien

Auf ermäßigter Kursbasis aber wachsende Anlagebereitschaft

DW. – Der Kursrückgang an der Wall Street am Wochenende und die wachsende Furcht vor steigenden Zinsen in den USA bestimmen am Wochenendbeginn zunächst die Tendenz am deutschen Aktienmarkt. Der weiter feste Dollar wurde mit einem lachenden und einem weinenden Auge betrachtet, weil einerseits die Bundesbank immer mehr in Zugzwang gerät, das deutsche Zinsniveau dem internationalen anzugleichen, aber andererseits zahlreiche deutsche Unternehmen aus dem festen Dollar einen nicht unbeträchtlichen Gewinn ziehen.

Wie stark die in der zweiten Börsenstunde aufgekommenen Rückkäufe das Kursbild veränderten, läßt sich am besten bei den Autoaktien ablesen. So verbesserten sich BMW im Verlaufe um 5 DM und schlossen mit 385 DM nur noch um 2 DM unter dem Freitagsstand. VW stiegen im Verlaufe um 2,50 DM auf 207 DM und lagen damit fast behauptet. Von den auflebenden Meinungskäufen profitierten auch wieder die meisten Einzelhandelsaktien, von denen Karstadt um 2 DM und Kaufhof um 1 DM höher als am Freitag schlossen. Kaum aufholen konnten dagegen Siemens-Aktien, wo eine Tageseinbuße von 4,50 DM übrig blieb.

Düsseldorf: Stolberger Zink schlossen mit einem Minus von 20 DM auf 1080 DM. Kuppersbusch verminderten sich um 5 DM auf 250 DM. Concordia sanken ebenfalls um 5 DM auf 340 DM. Gerresheimer Glas gaben um 2,50 DM auf 124 DM nach. Thüringer Gas konnten sich um 5 DM auf 400 DM verbessern, und Edel Witten zogen um 5 DM auf 190 DM an.

Frankfurt: Die meisten Standardwerte schlossen bis zu 3 DM niedriger, vereinzelt gab es Tagesverluste bis zu 5 DM, im Verlauf genügten allerdings leichte Käufe, um das Kursniveau wieder nach oben zu treiben. Von Spezialaktien wurden Rütgers um 7 DM auf 367 DM zurückgenommen. Linde konnten sich um 7,50 DM auf 399,50 DM verbessern. Dresdner Bank Restquoten stiegen bei Doppelplus um 2 DM auf Taxe 7,50 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi gaben um 3 DM auf 135 DM nach. HEW blieben bei 101,50 DM unverändert, und NWK-Vz. lagen bei 162,50 DM minus 0,50 DM knapp gehalten. Bremer Wolle gingen zu 120,50 DM minus 1,50 DM aus dem Markt. Flensburger Schiffbau verminderten sich um 1,90 DM auf 126,10 DM, und Bremer Vulkan fielen um 0,50 DM auf 45 DM.

München: Audi NSU verminderten sich um 3 DM auf 270 DM. Dywidag gaben um 4 DM auf 295 DM nach. NAK Stoffe sanken um 6 DM auf 62 DM und Wanderer Werke fielen um 2 DM auf 260 DM. Augsburger Kammgarn konnten sich um 2,50 DM auf 103 DM verbessern.

Berlin: Herlitz Stämme wurden um 7 DM heraufgesetzt und Berliner Kindl konnten sich um 2,50 DM verbessern. Concordia Chemie ermäßigten sich um 5 DM, Berthold und DeTeWe um 3 DM und Bekula sowie DUB-Schultheiss um 2 DM. Herlitz Vorzüge bröckelten um 1 DM ab.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart.

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Mailand

Zürich

Madrid

Paris

Hongkong

Sydney

Wien

	1. 8.	29. 7.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	212	212
Gösser-Brauerei	–	327
Länderbank Vz.	211	210
Österr. Brau AG	285	280
Perlmooser	355	358
Reininghaus	363	363
Schwechater Br.	180	175
Semperit	107	–
Steyr-Daimler-P.	159	157
Universale Hoch Tief	–	232
Veitscher Magnesit	215	215
Index	55,48	55,33

Kopenhagen

	1. 8.	29. 7.
Den Danske Bank	277,75	277,25
Jyske Bank	500	514,75
Kopenh. Handelsbk.	254,75	255,25
Novo Industri	2740	2750
Privatbanken	256	258,75
Ostasiat. Komp.	128,25	129,75
Dan. Sukkerfabr.	584	584
For. Bryggerier St.	970	980
Kgl. Porc. Fabr.	335	335

Brüssel

	1. 8.	29. 7.
Arbed	1230	1240
Brux. Lambert	2390	2490
Cockerill Ougrée	176	185
Ebes	2495	2475
Gevaert	2400	2405
Kreditbank	6520	6490
Petrofina	5910	5900
Soc. Gén. d. Belg.	2050	2015
Sofina	5000	4950
Solvay	3025	3005
UCB	3980	3940
Index	134,43	134,4

Singapur

	1. 8.	29. 7.
Cycle – Car.	5,85	5,90
Cold Storage	5,00	5,00
Dev. Bk. of Sing	9,50	9,50
Fraser - Neave	8,75	8,80
Kl. Kepong	2,59	2,57
Mal. Banking	9,00	9,00
Nat. Iron	7,35	7,35
OCBC	10,50	10,70
Sime Darby	2,76	2,77
Singapur Land	6,60	6,50
Un. Overs. Bank	5,45	5,45

Optionshandel vom 1. 8.

Kaufoptionen: AEG 10-75/3, 1-75/6,60, 4-80/8,40, 4-80/5,80, Siemens 10-270/11, 1-350/13,30, 4-400/10, 4-410/10, Veba 1-150/8,30, 1-200/6, 4-160/25, BASF 10-160/1,30, 1-170/2, 4-170/9,30, 4-180/4,10, Bayer 10-150/3, 10-160/4,50, 1-150/13,40, 1-160/8,40, 1-170/4,50, 1-180/4,50, Hoechst 1-160/11,70, 1-170/6,40, 4-170/7, BMW 1-420/15, VW 10-180/25, 10-190/13,60, 10-200/15,40, 10-210/9,40, 10-220/6,10, 1-170/35, 1-190/22, 1-200/18,40, 1-210/15,40, 1-220/11,40, 1-230/8, 1-240/5, 4-220/15,40, 4-240/8,60, Conti 10-110/5, 1-95/19, 1-110/10, 1-120/5,90, 4-110/15, 4-120/7,40, 4-130/6,75, Lufthansa 10-130/3,50, Commerzbank 10-170/16, 10-180/8,90, 10-190/3,40, 10-200/2, 1-150/17, 1-190/12,40, 1-210/7,40, 4-180/24,50, Deutsche Bank 4-360/20, Dresdner Bak 1-190/10,90, 1-210/6, Hoesch 10-4,85, 1-50/7, 4-55/6,50, 4-60/5,60, Mannesmann 1-150/9, 1-170/3,40, 4-150/14,40, 4-160/12,40, 4-180/4,90, Preussag 10-260/18, Thyssen 10-70/1, 1-75/6,90, 4-85/6, 4-90/3,20, Agiv 1-330/20, BBC 10-180/28,80, Deutsche Babcock 1-180/12,85, 4-180/16,90, Degussa 10-400/16, 1-400/20,20, 1-410/19,40, 4-400/20, Kali + Salz 10-190/3, Kaufhof 10-270/12, RWE 4-180/10,50, RWE Vorz. 10-170/10, VEW 1-130/6,50, Chrysler 10-75/9, 10-80/8, 1-80/10,85, 1-90/4,50, Philips 1-45/6,50, 1-50/3,80, 4-45/10,50, Royal Dutch 1-130/11,50, 1-140/5,50, 4-130/12,50, ELF 10-55/6, 1-50/10,10, 4-60/5,50. **Verkaufsoptionen:** Siemens 10-350/5, 10-340/2,50, 1-340/4, Veba 10-170/2,10, BASF 10-150/2,20, Bayer 10-150/1,50, VW 10-200/5, 1-200/6,90, 4-190/6,30, Conti 1-110/4,50, Deutsche Bank 10-330/5, 1-340/12,90, Hoesch 4-55/6,40, Mannesmann 10-150/10, Preussag 1-280/22, 4-280/15,20, Deutsche Babcock Vorz. 4-180/10, Chrysler 10-85/10, 4-90/17, General Motors 10-190/9,10, IBM 1-320/19,95, Philips 10-45/2,40.

474 Optionen 25 000 (35 950) Aktien, davon 67 Verkaufsoptionen = 3750 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 1. 8.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅞–10⅛	4⅞–5⅛	4¾–5
3 Monate	10¼–10⅝	5 –5⅛	4⅞–5⅛
6 Monate	10¾–11	5⅛–5⅜	4⅞–5¼
12 Monate	10⅞–11⅛	5 –5¼	4⅞–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 1. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1525,00	1863,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1223,00	1437,01
5 US-Dollar (Liberty)	533,00	661,26
1 £ Sovereign alt	254,00	312,36
1 £ Sovereign Elizabeth II	249,00	306,66
20 belgische Franken	191,00	251,94
10 Rubel Tscherwonez	266,00	331,74
2 südafrikanische Rand	251,00	308,94
Krüger Rand, neu	1115,00	1316,70
Maple Leaf	1115,00	1316,70
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	249,00	318,06
20 schweiz. Franken „Vreneli"	214,00	272,46
20 franz. Franken „Napoléon"	211,00	269,04
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1035,00	1248,13
20 österr. Kronen (Neuprägung)	209,00	261,06
10 österr. Kronen (Neuprägung)	110,00	142,50
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	480,00	582,10
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	113,00	151,62

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

1. 8. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Ankfk.-Kurse⁴)	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York³)	2,6635	2,6715	2,6327	2,61	2,70
London¹)	4,029	4,043	3,988	3,97	4,12
Dublin¹)	3,152	3,166	3,090	3,11	3,25
Montreal³)	2,1595	2,1675	2,1400	2,11	2,20
Amsterd.	89,425	89,645	89,425	88,50	90,50
Zürich	124,070	124,270	124,17	122,75	125,50
Brüssel	4,989	5,009	4,950	4,88	5,10
Paris	33,170	33,330	32,50	32,25	34,25
Kopenh.	27,755	27,875	27,56	26,75	28,75
Oslo	35,720	35,840	35,075	35,00	36,75
Stockh.**)	34,180	34,290	33,705	33,25	35,00
Mailand²) **)	1,686	1,698	1,642	1,65	1,75
Wien	14,211	14,251	14,213	14,14	14,37
Madrid**)	1,764	1,774	1,862	1,71	1,83
Lissabon**)	2,190	2,210	2,097	1,84	2,75
Tokio	1,0850	1,0880	—	1,05	1,11
Helsinki	46,900	47,100	46,00	46,00	47,75
Buen. Air.	-	—	—	—	29,00
Rio	-	—	—	0,10	0,75
Athen*) **)	3,1115	3,1856	—	2,50	3,30
Frankf.	-	—	—	—	—
Sydney*)	2,3380	2,3570	—	2,24	2,37
Johannesbg.*)	2,4190	2,4390	—	2,00	2,25

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der niedriger als erwartete Fehlbetrag der amerikanischen Handelsbilanz mit einem Minus von 4,96 Milliarden Dollar und ein neuerlicher Anstieg der Geldmenge und führten am 1. August zu einer Fortführung der Dollar-Hausse. Der Dollarkurs eröffnete mit 2,6525 und zog bei lebhaften Umsätzen in der Spitze bis 2,6710 an. Zum amtlichen Mittelkurs von 2,6675 glich die Bundesbank die Nachfrage mit einem Verkauf von 29,2 Mio. Dollar aus. Gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen kam es zu keiner einheitlichen Tendenz für die D-Mark. Das Britische Pfund und der Japanische Yen befestigen sich auf 4,036 bzw. 1,0965, dagegen schwächte sich der Schweizer Franken um 6 Pf auf 124,17 ab. US-Dollar in: Amsterdam 2,9825; Brüssel 53,3925; Paris 8,0240; Mailand 1578,55; Wien 1873,20; Zürich 2,1483; Irischer Pfund/DM 3,159; Pfund/Dollar 1,5130.

Ostmarkkurs am 1. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Depots wurden am 1. August erneut höher gehandelt, da es zu einer weiteren Steigerung der Dollar-Zinssätze nach der neuesten Geldmengen-Ausweitung kam.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,30/1,20	3,52/3,42	[illegible]
Pfund/Dollar	0,06 / 0,03	0,19 / 0,23	[illegible]
Pfund/DM	2,40/1,00	5,40/4,00	9,60/5,40
FF/DM	31/15	82/66	167/152

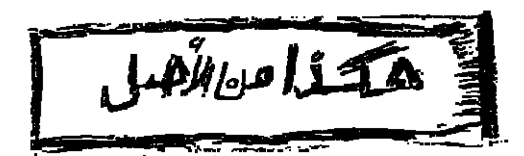
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 1. 8.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,3–5,4 Prozent; Dreimonatsgeld 5,5–5,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 1. 8.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 1. 8.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 20. Juli 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/10 (Typ A) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,35) – 8,25 (6,25) – 9,00 (6,87) – 9,25 (7,27) – 9,75 (7,61). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,37) – 8,25 (6,33) – 9,00 (6,96) – 9,25 (7,43) – 9,75 (7,82) – 9,75 (8,09). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,80, 2 Jahre 7,09. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,60, Rendite 7,85



GILDEMEISTER / Umsatzeinbruch vor allem im Inland

Verluste vermindern sich

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Die noch vor Jahresfrist von der Gildemeister AG, Bielefeld, geäußerte Hoffnung, 1982 mit einer relativ geringen Umsatzeinbuße abschließen zu können, hat sich nicht verwirklicht. Der Umsatz des Werkzeugmaschinenherstellers ging um 21,6 Prozent auf 265,0 (338,1) Mill. DM zurück. Der Rohüberschuß verzeichnete sogar ein Minus von 24,3 Prozent, ein Indiz für den starken Druck auf die Preise.

Der Umsatzeinbruch ist in erster Linie eine Folge der negativen Entwicklung des Inlandmarktes, die sich auch in der Konzernbilanz niederschlägt. Hier sanken die Erlöse um 14,7 Prozent auf 428,2 (501,7) Mill. DM. Einen Lichtblick bot lediglich die erfreuliche Entwicklung der Gildemeister Projecta GmbH, deren beachtliche Umsatzsteigerung den Rückgang der Auslandserlöse auf 2,8 Mill. DM beschränkte, während das Minus im Inlandgeschäft 70,7 Mill. DM betrug. Der Exportanteil im Gesamtunternehmen stieg damit auf 63 (54) Prozent.

Diese Umsatzentwicklung, die einer Kapazitätsauslastung von rund 75 Prozent entspricht, bereitete erhebliche Probleme. Es wurde versucht, mit Einsparungen auf der Kostenseite – weiterer Abbau der Mitarbeiterzahl um 325 auf 2715, Reduzierung der Investitionen auf 7,8 (17,6) Mill. DM gegenzusteuern. Belastungen aus dem Sozialplan und 15,8 Mill. DM Aufwendungen der Muttergesellschaft aus Verlustübernahmen, zu denen die Tochtergesellschaft Heidenreich & Harbeck Werkzeugmaschinen GmbH, Hamburg, den Löwenanteil beitrug, führten jedoch dazu, daß der Bilanzausgleich nur durch einen Kraftakt erreicht werden konnte: Forderungsverzicht der WestLB in Höhe von 10 Mill. DM und Entnahmen von 4,6 Mill. DM aus den gesetzlichen Rücklagen. Die Konzernbilanz weist dennoch einen Verlust von 1,1 (i. V. + 0,2) Mill. DM aus.

Unter diesen Voraussetzungen ist mit einer lebhaften Hauptversammlung am 29. 8. 83 zu rechnen, zumal Kleinaktionärskreise bereits erhebliche Kritik an der Unternehmensleitung angekündigt haben. Da jedoch jeweils 25,3 Prozent des 40 Mill. DM-Grundkapitals von den beiden Großaktionären WestLB und Sauer Getriebe KG, Neumünster, gehalten werden, ist mit einer Entlastung der Führungsgremien zu rechnen. Die Umsatzentwicklung 1983 wurde zu Jahresbeginn durch steigende Inlandsaufträge infolge der Investitionszulage positiv beeinflußt, eine Entwicklung, die jedoch nicht anhielt. Insgesamt rechnet Gildemeister mit Erlösen in Vorjahreshöhe und vorerst mit weiteren, allerdings erheblich reduzierten Verlusten. Zum Abbau der Belastungen trägt sicher auch die zum 1. 1. 83 rückwirkend erfolgte Ausgliederung der Problemtochter Heidenreich & Harbeck (Umsatz 1982: ca. 52 Mill. DM) aus dem Konzernbereich bei, nachdem der japanische Partner Makino Milling Machine Co., Tokio, seine Anteile von 25,1 auf 50 Prozent aufstockte, um in diesem Unternehmen die Lizenzproduktion zu erweitern.

KARMANN / Optimistisch trotz geringer Auslastung

Marktbelebung in Sicht

dpa/VWD, Hannover

Die Wilhelm Karmann GmbH in Osnabrück, eine der führenden Karrosseriebauer in der Bundesrepublik, sieht trotz der bisher in 1983 unbefriedigenden Auslastung eine Wende zum Besseren. Die im Geschäftsjahr 1982 angegebene Begründung: Der Absatz in den USA und auf dem deutschen Markt belebt sich wieder. Die ersten fünf Monate 1983 lassen den Lichtblick allerdings höchstens erahnen. Karmann produzierte mit 22 000 Fahrzeugen 41,2 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Im 1. Quartal mußte das Familienunternehmen, das unter anderem das Scirocco-Coupé und das Golf-Cabriolet für das Volkswagenwerk baut, 52 Kurzarbeitsschichten einlegen. Die für das 2. Halbjahr zunächst geplante Kurzarbeit wurde inzwischen jedoch aufgehoben.

1982 blieb die Fahrzeugproduktion weit hinter den Erwartungen zurück. Mit 66 067 Fahrzeugen unterschritt sie die bereits auf sehr niedrigem Produktionsniveau liegende Vorjahresfertigung nochmals um 3,3 Prozent. Der Werkzeugbau war 1982 gut beschäftigt und die Umsätze der technischen Entwicklung/Konstruktion erreichten ein erheblich größeres Volumen als im Vorjahr. Der gesamte Umsatz ging um 3 Prozent auf 569,7 Mill. DM zurück. Als Jahresüberschuß wurde 3,3 (1981: Verlust 14,2) Mill. DM ausgewiesen.

DEUTSCHER LLOYD / Harte Konsolidierungskur soll Lebensversicherung wieder auf Wachstumskurs bringen

Im Neugeschäft zeigen sich erste Erfolge

DANKWARD SEITZ, München

Eine harte Konsolidierungskur ist der Deutschen Lloyd Lebensversicherung AG, München, jetzt von ihrem seit Anfang 1981 amtierenden Vorstandsvorsitzenden Harold Kluge verordnet worden. Anlaß dafür ist weniger das Jahr für Jahr etwas geringere Bestandsplus und das weit unter dem Branchendurchschnitt liegende Beitragswachstum, sondern die schon fast chronisch hohe Stornoquote.

Zu viele Außendienstmitarbeiter haben, so Kluge, in den letzten Jahren Verträge nur der Provision wegen abgeschlossen und die Kunden dabei auf vorzeitige Kündigungsmöglichkeiten hingewiesen. Weil „hohe Abschlußkosten süchtig machen", will Kluge hier mit der Therapie beginnen. Als erster Schritt wurde Anfang des Jahres für alle 1850 Außendienstler eine zweijährige Stornohaftzeit und ein Qualitätsbonus von 4 Promille auf das nach zwei Jahren noch geltende Geschäft eingeführt. Kluge: „Wir brauchen ‚Gärtner', die unseren Bestand pflegen, und keine ‚Jäger', die nur auf schnelle Beute aus sind." Ziel ist es, den Direktverkauf von derzeit 60 Prozent Anteil auf unter 50 Prozent zu drücken.

Vorstand und Aufsichtsrat sind sich bewußt, so Kluge, daß dies nicht ohne Reibungsverluste geschehen kann. Für die nächsten vier Jahre hat man sich auf ein stagnierendes Neugeschäft und geringes Bestandswachstum eingestellt. Bereits das erste Halbjahr 1983 brachte einen 3 bis 3,5 Prozent geringeren Zuwachs. Pro Monat wurde nach Angaben von Kluge auf „einige Millionen" verzichtet. Er schätzt, daß infolge dessen der Marktanteil der Deutschen Lloyd Leben – in der Spitze waren es 1979 rund 1,5 Prozent – 1983 auf 1,15 Prozent und 1984 weiter absinken wird.

Deut. Lloyd Sach.	1982	+/–%
Bruttoprämie (Mill. DM)	271,8	+ 19,3
Nettoprämie[1]	166,3	+ 11,8
Aufw. f. Vers.-Fälle	115,5	+ 16,2
Vers.-techn. Ergebnis[2]	+ 3,2	(– 1,8)
Kapitalanlagen[3]	239,3	+ 24,8
Kapitalerträge	18,2	+ 89,6
Durchschnitts-rendite (%)	8,1	(7,4)
in % d. verd. Beiträge	**1982**	**1981**
Selbstbeh.-Quote	61,2	65,3
Schadenquote	70,1	68,7
Verw.-Kostenquote	31,7	31,5
Rückstellg.-Quote[4]	117,6	111,1
Eigenkapitalquote	21,4	23,3

[1] Brutto- minus Rückversicherungsbeiträge; [2] nach Zuführung (Entnahme) von + 7,9 (– 0,5) Mill. DM zur (aus) Schwankungsrückstellung; [3] ohne Depotforderungen; [4] vers.-techn. Rückstellungen.

Die Stornoquote wird allerdings durch das langsamere Wachstum 1983 auf rund 8,7 Prozent steigen; Ende Juni betrug sie 7,7 Prozent. Das wertet Kluge aber schon als Erfolg, denn Anfang 1983 hatte man sich auf einen Wert von über 9 Prozent eingestellt. Vorteile verspricht sich Kluge, wenn ab Anfang 1984 auch der Deutsche Lloyd wie schon branchenüblich nach der neuen Sterbetafel arbeiten wird und dadurch bessere Preise als bisher am Markt anbieten kann.

Den Jahresabschluß 1982 der Deutschen Lloyd Versicherungs AG bezeichnete Kluge als recht akzeptabel. Durch die Übernahme der Deutsche Elementar Versicherungs-AG, Hamburg, mit Ausnahme des Transportversicherungszweiges, sei man „praktisch über Nacht sprunghaft gewachsen" und ein Vergleich mit 1981 nur sehr schwer möglich. Ohne die Elementar hätte das Wachstum des Neugeschäfts dennoch den Angaben zufolge rund 9 Prozent betragen. Erheblich belastet worden sei die Bilanz durch das von der Elementar betriebene Rückversicherungsgeschäft.

Deut. Lloyd Leben	1982	+/–%
Versicherungsbest. (Mill. DM)	11 129,5	+ 3,7
Eingel. Neugeschäfte	1 454,8	– 3,0
Beitragseinnahmen	413,6	+ 3,3
Aufw. f. Vers.-Fälle	124,7	+ 27,5
Kapitalanlagen[1]	3 014,5	+ 9,0
Kapitalerträge	201,4	+ 20,6
Durchschnitts-rendite (%)	7,1	(6,7)
Aufwendungen für Beitr.-Rückerst.	133,1	+ 23,6
Rückstellungen für Beitr.-Rückerst.	300,7	+ 13,8
	1982	**1981**
Stornoquote[2]	8,5	7,0
Verw.-Kostenquote[3]	6,0	6,1
Abschl.-Kostenquote[4]	49,8	49,4
Überschußquote[5]	32,8	27,8

[1] ohne Depotforderungen; [2] Rückkauf, Umwandlg. in beitr.-freie Versich. und sonst. vorzeitiger Abgang in % d. Anfangsbestands; [3] sonst. Aufw. d. Vers.-Beiträge in % d. Beiträge; [4] in Promille d. eingel. Neugeschäfts; [5] Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

SCHWEIZ / Großbanken demonstrieren ihre Stärke

Kundeneinlagen steigen

IRENE ZÜCKER, Genf

„Gut", „erfreulich", „ausgezeichnet", mit diesen Prädikaten charakterisieren die Schweizer Großbanken ihre Ertragssituation im ersten Halbjahr 1983. Nach Rekorderträgen im letzten Jahr sind die Betriebsergebnisse nochmals gestiegen und auch die Aussichten für die nächsten sechs Monate seien positiv.

Mit dieser offenen Darstellung wollen die Banken vor dem Hintergrund des internationalen Schuldenberges und der prekären finanziellen Situation einiger Schweizer Unternehmen offensichtlich ihre Stärke demonstrieren. Nicht zuletzt um an der Börse ihre Bankwerte zu stützen.

Die Bilanzsummen werden per Ende Juni wie folgt angegeben: Spitzenreiter ist mit 141 Mrd. DM (plus sechs Prozent) die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG), gefolgt vom Schweizerischen Bankverein (SBV) mit 132 Mrd. DM (plus neun Prozent) und der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) mit 95 Mrd. DM (plus drei Prozent). Erstmals hat auch die Bank Leu mit 12,6 Mrd. DM (plus 7,5 Prozent) die 10-Milliarden-Schwelle deutlich überschritten. Doch die Bilanzen werden durch den höheren Dollar wie auch die festen Edelmetall-Notierungen verzerrt. Zu den Ertragsbringern zählen der Wertschriften- und Emissionshandel, das Zinsgeschäft sowie der Handel mit Devisen und Edelmetallen. Einen nennenswerten Zufluß gegenüber dem Vorjahr registrieren die Geldinstitute bei den Kundengeldern. Dagegen stand das Kreditgeschäft unter gegensätzlichen Einflüssen: Während die kommerziellen Kontokorrente wesentlich mehr als 1982 beansprucht werden – erste Anzeichen des kommenden Aufschwungs – sind die anderen Vorschußnachfragen zurückgegangen. Damit stehen einem stagnierenden Kreditgeschäft anhaltende Zuflüsse von Spargeldern gegenüber, die relativ hoch verzinst werden.

Trotz Aussichten auf eine gute Ertragsentwicklung für das zweite Halbjahr, stehen Dividendenerhöhungen der Banken weiter in den Sternen.

BADISCHE STAHLWERKE / Nachfrage belebt

Erste Rate für Gläubiger

dpa/VWD, Kehl

Die ehemalige Korf-Tochter Badische Stahlwerke AG (BSW), Kehl, will die erste Vergleichsrate von 10 Prozent nicht im Oktober, sondern bereits in den ersten Septembertagen 1983 an die Gläubiger zahlen. Bei der Rate handelt es sich, wie der Vergleichsverwalter Hans Ringwald erklärte, um eine Summe von 9 Mill. DM, die nicht durch Bankkredite finanziert wurde. Das Aktienkapital der BSW von 30 Mill. DM wurde zu 90 Prozent von der in der Insolvenz befindlichen Korf Stahl AG (Baden-Baden) gehalten. Diese Aktien sind jetzt an Banken verpfändet, die darüber nur mit Zustimmung des Landes Baden-Württemberg verfügen dürfen.

Wie es im gleichzeitig veröffentlichten Geschäftsbericht 1982 heißt, ist der Vorstand zuversichtlich, daß im Rahmen einer Neuordnung der deutschen Stahlindustrie BSW seine Stellung als Spezialist für Betonstahl und Walzdraht halten und möglicherweise noch ausbauen wird. Die Nachfragebelebung im 1. Halbjahr 1983 sowie inzwischen eingetretene Erlösverbesserungen haben zu einem „auskömmlichen" Preisniveau für BSW geführt. Derzeit konzentriert sich der BSW-Vorstand darauf, bei der Landesregierung, der Bundesregierung und bei der EG-Kommission die notwendigen Zustimmungen für die Eigenversorgung der weiterverarbeitenden Betriebe zu erreichen. Damit will BSW aus der EG-Stahlquotenregelung herauskommen. 1982 war der BSW-Umsatz um 2,2 Prozent auf rund 303 (Vorjahr: 310) Mill. DM zurückgegangen.

BSW hat 1982 einen Betriebsverlust von 8,8 Mill. DM erzielt. Da das Unternehmen jedoch Wechselverpflichtungen aus Forderungen gegenüber den in Konkurs geratenen Korf-Obergesellschaften von insgesamt 65,7 Mill. DM durchführen mußte, entstand 1982 insgesamt ein Verlust von 74,5 Mill. DM. BSW wies erneut darauf hin, daß die Insolvenz indirekt durch den nur 150 Kilometer entfernt liegenden Konkurrenten Arbed-Saarstahl verursacht wurde, der mit umfangreicher Bundeshilfe subventioniert wird.

RUHRGEBIET

Forschungsanlage gefordert

HANS BAUMANN, Essen

Schärferen politischen Einsatz für den Standort Dortmund der geplanten Großforschungsanlage „Synchrotron" fordert die Ruhrstruktur, Gesellschaft für Strukturpolitik im Ruhrgebiet, der Wirtschaft, Vereinigungen und auch Zivilpersonen angehören. Das europäische Projekt „Synchrotron" könnte dem Standort Dortmund 400 neue Arbeitsplätze bringen und dem Revier ein Investitionsvolumen von rund 500 Mill. DM zuführen.

Ruhrstruktur fordert den Zuschlag für Dortmund, weil die Stahl- und Kohlekrise dringend eine Umstrukturierung des Landes erforderlich macht, weil hier die Zahl der Arbeitslosen besonders groß ist und weil – in europäischer Sicht – Dortmund der einzige deutsche Bewerber unter den EG-Ländern ist. Nach Meinung des Vorsitzenden des Vorstandes von Ruhrstruktur, Ludwig Gerstein, Sprecher der CDU/CSU-Fraktion für Energiefragen, eignet sich der Standort Dortmund nicht nur von der wissenschaftlichen Kapazität der Stadt, sondern auch von seinem breiten industriellen Umfeld.

„Synchrotron" soll Grundlagenforschung betreiben in der Molekül- und Festkörperphysik, in der Mikroelektronik und Werkstoffwissenschaft, in der Molekularbiologie, in der chemischen Konstitutions- und Strukturforschung und in der Strukturforschung bei Metallen und Kristallen.

Ruhrstruktur warnt vor unüberlegten Maßnahmen der zum 29. September einberufenen „Kohlerunde". Denkbare Anpassungsmaßnahmen der Förderung müßten auf alle Vor- und Nachteile abgeklopft werden.

NAMEN

Peter Friederichs (42), wurde zum 1. Juli 1983 zum Geschäftsführer der F+M Personal + Management Beratung Wolfram Hatesau GmbH, Bonn, berufen.

Helmut H. Detken (43) übernahm am 1. August 1983 die Geschäftsführung der Bremischen Hafenvertretung e. V.. Er löst **Dieter Engels** (66) ab.

Direktor **Dr. Siegfried Schmidt**, Vorstandsmitglied der Mannheimer Versicherung AG und der Mannheimer Lebensversicherung AG, Mannheim, sowie Aufsichtsratsmitglied der Neue Rechtsschutz-Versicherungsgesellschaft AG, wird am 3. August 60 Jahre.

SKF KUGELLAGERFABRIKEN / Der Silberstreif ist unverkennbar

Auftragseingang wieder lebhafter

DANKWARD SEITZ, München

Einen kleinen Silberstreif am Konjunkturhimmel des Inlandsmarktes sieht die SKF Kugellagerfabriken GmbH, Schweinfurt. Doch nachdem sich alle Prognosen 1982 auf ein besseres zweites Halbjahr als verfehlt erwiesen haben, will sich Hans Westphal, Vorsitzender der Geschäftsführung, auf Konkreteres nicht festlegen lassen. Nur: „Es wird nicht so rasant nach oben gehen, wie die Wende es am Anfang erhoffen ließ."

Zu groß ist noch die Sorge, daß sich ähnliches wie im vergangenen Jahr wiederholen könnte. Nach relativ gutem Start wurde man bei SKF – wie die gesamte Branche – jäh aus allen Träumen herausgerissen, als nach dem drastischen Einbruch im Auslandsgeschäft ab dem zweiten Quartal, verbunden mit einem starken Preisverfall („zum ersten Mal seit zig Jahren"), auch die wichtigsten Inlandskunden ab dem Sommer in den Rückwärtsgang schalteten.

Insgesamt mußte SKF dann bei einem um 13 Prozent geringeren Auftragseingang (Ausland minus 17 Prozent) erstmals seit 1972 wieder ein Umsatzminus von 6,3 Prozent auf 1,31 Mrd. DM hinnehmen. Auf Wälzlager entfielen davon 1,21 Mrd. DM, 4,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Umsatz mit Textilmaschinenkomponenten ging sogar um 25 Prozent auf 79 Mill. DM zurück. Der Export sackte um 15,7 Prozent auf 0,52 Mrd. DM ab und die Exportquote von 44 auf unter 40 Prozent.

Im Interesse einer wirtschaftlichen Fertigung, so Westphal, wurden im Wälzlagerbereich ab Mitte 1982 lediglich die Überstunden eingestellt und ein Aufbau der Fertigwarenbestände um rund 40 Mill. DM hingenommen. Diese Entwicklung und hohe Kostensteigerungen im Materialbereich hinterließen denn auch im Ergebnis deutliche Spuren. Der Jahresüberschuß sank um 57,1 Prozent auf 3,84 Mill. DM. Nach einer Vorabausschüttung von 3,8 Mill. DM an die schwedische Muttergesellschaft SKF AB, Göteborg, verbleibt nur ein Bilanzgewinn von 0,15 (9,11) Mill. DM. Das Brutto-Ergebnis (nach DVFA) verschlechterte sich um 61,8 Prozent auf 35,6 Mill. DM und der Cash-flow um 36,8 Prozent auf 87,5 Mill. DM.

Trotz dieser Lage wurden nach Angaben von Westphal alle gegebenen Bewertungsspielräume zur Reservebildung genutzt – allein in die Sonderposten mit Rücklagenanteil gingen 23,9 Mill. DM. Investiert wurden 45 Mill. DM (plus 10 Prozent) bei Abschreibungen von 48 (46) Mill. DM. Die Zahl der Mitarbeiter sank nur geringfügig um 230 auf 10 097 Beschäftigte.

Aus steuerlichen Gründen wurde das Stammkapital von 423 Mill. auf 200 Mill. DM herabgesetzt. Da 200 Mill. DM im Unternehmen als Gesellschafterdarlehen – davon 100 Mill. DM kurzfristig – blieben, erhöhten sich die Verbindlichkeiten auf 341,6 (136,4) Mill. DM. Die 100 Mill. DM sollen bis Ende Juni 1984 „ohne zusätzliche Bankschulden" zurückgezahlt werden.

Bei aller Zurückhaltung von Westphal gegenüber Prognosen angesichts des Jahres 1982, zu großem Pessimismus für 1983 besteht derzeit jedenfalls kein Anlaß. Seit März läuft der Auftragseingang – auch aus dem Ausland – selbst im Textilbereich „sehr erfreulich". Die Anfang des Jahres eingeführte Kurzarbeit bei Wälzlagern konnte inzwischen wieder ausgesetzt werden. Im Umsatz kommt dies allerdings noch nicht ganz zum Ausdruck. Per Ende Juni lag er mit 648 Mill. DM noch um 9 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Wenn nichts Überraschendes passiert, hofft man bei SKF mit einem „blauen Auge" davonzukommen.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marla Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weerts; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 736

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

MOTORRAD / In Silverstone kamen Peter Huber und Norman Brown nach schwerem Sturz ums Leben

Die Fahrer fuhren an die Boxen und wunderten sich, daß das Rennen so spät gestoppt wurde

sid/SAD, Silverstone

Der Tragödie folgte helle Empörung: „Der Rennleiter hat viel zu lange gezögert, bis er das Rennen abbrach", sagte der Amerikaner Randy Mamola und sprach für viele seiner Kollegen. „Da lag jemand im Sterben, man hätte viel früher etwas tun müssen." Er reagierte damit auf die tödlichen Unfälle des Schweizers Peter Huber und des Iren Norman Brown, die beim Großen Motorrad-Preis von England am Sonntag in Silverstone in der dritten Runde des 500-ccm-Rennens kollidiert waren. Erst in der sechsten Runde hatte Rennleiter Vernon Cooper den Wettbewerb gestoppt.

Geschockt von einem Bild des Schreckens, das sich an der Unfallstelle bot, hatten zu diesem Zeitpunkt die meisten Fahrer bereits freiwillig die Boxen angesteuert. „Als wir sahen, was passiert war, haben wir aufgehört", sagte der Amerikaner *Freddie Spencer*, der mit Mamola und dem späteren Sieger Kenny Roberts (USA) vom Start weg in einen dramatischen Kampf verwickelt war. „Ich sah die gekreuzten gelben Flaggen der Streckenposten und hielt an", sagte der englische Ex-Weltmeister Barry Sheene. Zusammen mit Weltmeister Anton Mang, der ebenfalls vor dem Abbruch an die Boxen gefahren war, machte er die Funktionäre nachdrücklich auf die Schwere des Unglücks aufmerksam.

Passiert war folgendes: Brown hatte ausgangs des winkligen Rechtsknick „Stow Corner" die Beherrschung über seine Maschine verloren und war gestürzt. Huber konnte nicht mehr ausweichen und stürzte über den Iren. Die Fahrer lagen regungslos auf der Strekke, *drum herum verstreut* Wrackteile ihrer Motorräder. Brown starb nach Angaben der Rennleitung bereits an der Unfallstelle, Huber kurz nach seiner Einlieferung in das John Radcliffe Hospital in Oxford.

Augenzeugen sahen den Unfall von Silverstone so, zum Beispiel der Schwede Peter Sjoestroem, der unmittelbar hinter Huber fuhr: „Peter Huber hatte immer noch voll aufgedreht, das Kinn auf den Tank gepreßt, als er auf Browns Maschine auffuhr. Er wurde hoch in die Luft geschleudert. Sein Sturzhelm flog davon. Huber schlug mit dem Kopf zuerst auf der Piste auf. Er blieb regungslos liegen, und mir war sofort klar, daß er sehr schwer verletzt sein mußte. Seine Maschine schlitterte die Piste hinunter, und immer mehr Teile wurden abgerissen."

Das Unglück ereignete sich vor den Augen des Zuschauers Chris Willows: „Ein Fahrer wurde von seiner Maschine begraben. Es war schrecklich. Überall flogen Motorradteile herum. Ärzte erreichten die beiden Opfer ziemlich schnell, aber man konnte sehen, daß es sehr schlecht um beide Fahrer stand."

Die Rundfunkstation BBC schaltete sofort auf eine Leichtathletik-Übertragung um. „Wir hatten den Unfall in der Kamera, trafen aber eine Blitzentscheidung, das Unglück wegen der Tageszeit nicht zu zeigen. Wir mußten davon ausgehen, daß zu der Zeit viele Kinder und Jugendliche vor dem Fernseher saßen, und der Anblick war grauenhaft."

„Es gab keine Erklärung, warum das Rennen danach noch zwei *Runden dauerte", merkte gestern* die Times an. „In einem solchen Moment ist der Rennleiter der einsamste Mensch der Welt", sagt dazu der Düsseldorfer Kurt Bosch, Vize-Präsident des internationalen Motorradsportverbandes (FIM) *und Rennleiter so bedeutender* Veranstaltungen wie des deutschen Motorrad-Grand-Prix auf dem Nürburgring oder dem Formel-2-Eifelrennen. „Der Rennleiter kann ein Rennen nicht bei jeder Unfall-Meldung abbrechen, dazu braucht man erst eingehende Informationen", erklärt Bosch und nimmt seinen englischen Kollegen in Schutz. „Cooper ist ein umsichtiger Mann, außerdem gehört die Organisation zu den besten der Welt."

Die verstorbenen Fahrer, Huber und Brown, gehörten zu den Außenseitern. Internationale Erfahrungen hatten die beiden noch nicht gesammelt.

Liste der Todesopfer

Die Serie der Todesstürze im internationalen Motorradsport reißt nicht ab. In Silverstone gab es das neunte und zehnte Todesopfer.

Bisher sind in dieser Saison tödlich verunglückt: 29. März: Iwao Ishikawa (Japan) beim inoffiziellen Training zum Großen Preis von Frankreich in Le Mans. – 3. April: *Michel Frutschi (Schweiz) beim* Rennen in Le Mans. – 10. April: Guido Paci (Italien) bei einem internationalen Rennen in Imola (Italien). – 16. April: Roland Hagenmaier (Achstetten) beim Training zum Lauf der Deutschen Meisterschaft in Speyer. – 18. April: Bernhard Bürkle (Kehl) nach dem DM-Lauf in Speyer. – 30. April: Pieter Blauboer (Holland) beim 1000-km-Rennen in Zandvoort. – 13. Juni: Rolf Ruettimann (Schweiz) beim Großen Preis von Jugoslawien in Rijeka. – 30. Juli: Kunio Katsumata (*Japan*) beim Vier-Stunden-Rennen von Suzuka. – 31. Juli: Peter Huber (Schweiz) und Norman Brown (Irland) beim Großen Preis von England in Silverstone.



Der Todessturz von Silverstone: Im Vordergrund Teile der Maschine des Iren Norman Brown. Im Hintergrund der Schweizer Peter Huber und dessen Motorrad. Links fliegt der Helm des Schweizers. FOTO: AP

Frankfurt sucht Stürmer

Frankfurt (sid) – Wegen der Ausfälle von Bodo Mattern (Kniebeschwerden) und Uwe Müller (Mittelfußbruch) will der Fußball-Bundesligaklub Eintracht Frankfurt zwei Wochen vor dem Saisonstart noch einen Stürmer verpflichten. Aus finanziellen Gründen können die Frankfurter allerdings nur einen Spieler ausleihen.

Sieg für *Ungesetzten*

South Orange (dpa) – Als erster ungesetzter Spieler gewann der Australier Brad Drewett (4:6, 6:4, 7:6) über John Alexander (Australien) das Herren-Einzel beim Tennis-Turnier in South Orange (US-*Bundesstaat New Jersey*). *Im Da*men-Finale siegte die Ungarin Andrea Temesvari über Pam Casals (USA) mit 6:3, 6:1.

Kanu: Trainer entmachtet

München (sid) – Wegen des schlechten Abschneidens der deutschen Kanuten bei den Wildwasser-Weltmeisterschaften im Juni in Meran hat der Deutsche Kanu-Verband (DKV) die Kompetenzen von Cheftrainer Günter Brümmer beschnitten. Zukünftig ist Brümmer nur noch für den Bereich der Einer-Canadier verantwortlich. Die anderen Männer-Disziplinen übernehmen Jürgen Gerlach (Kajak) und Hans-Peter Köpping (Zweier-Canadier).

Medaillen für Behinderte

***Stoke Mandeville** (dpa) – Die* deutschen Teilnehmer stellten bei den 32. Internationalen Weltspielen der Rollstuhlsportler in Stoke Mandeville (England) das erfolreichste Team. Das deutsche Aufgebot gewann 37 Gold-, 49 Silber- und 27 Bronzemedaillen.

Coe erneut besiegt

Gateshead (dpa) – Bei einem Leichtathletik-Sportfest in Gateshead (England) mußte sich der englische Weltrekordler und Olympiasieger Sebastian Coe über 800 Meter erneut geschlagen geben. In 1:45,31 hatte Coe auf den siegreichen Steve Cram (England) einen Rückstand von 28 Hundertstelsekunden.



BASKETBALL

***Weltmeisterschaft der Damen in São* Paulo/Brasilien**, vierter Endrunden-Spieltag: UdSSR – Bulgarien 94:63 (44:35). China – Jugoslawien 76:58 (32:34), Südkorea – Brasilien 80:79 (45:45). – Die Tabellenspitze: 1. UdSSR 249:19½ Punkte, 2. USA 277:225/5, 3. China 239:230/5, 4. Südkorea 150:14¼.

REITEN

17. Europameisterschaft in Hickstead. Einzelklassement: 1. Schockemöhle (Deutschland) mit Deister 2,49 Punkte, 2. Whitacker (England) mit Ryan's Son 9,27, 3. Cottier (Frankreich) mit Flambeau 13,18, 4. Gabathuler (Schweiz) mit Beethoven 16,00, 5. Simon (Österreich) mit Gladstone 16,28, ... 15. Rüping (Deutschland) mit Caletto 33,25.

VOLLEYBALL

Länderspiel der Damen in Vilsbiburg: Deutschland – Japan 0:3.

WASSERBALL

Junioren-WM in Barcelona: Deutschland – Australien 16:7, damit Deutschland in der Endrunde.

FUSSBALL

Turnier in Dormagen, Spiel um Platz 3: Fort. Köln – Dormagen 7:0. – Finale: Aachen – Viersen 4:1.

Turnier in Freiburg. Endspiel: SC Freiburg – Bochum 3:0. – 3. Platz: Freiburger FC – Basel 8:7 nach Elfmeterschießen.

Freundschaftsspiele: Stockach – Stuttgart 0:17, Mainz – Frankfurt 2:3, Meppen – Arsenal London 1:4, FC Zürich – Nürnberg 3:5, Schalke – Dukla Prag 1:2, Trier – Offenbach 0:3, Reilingen – Mannheim 1:8, Eschollbrücken – Darmstadt 0:14, Kaiserslautern – Cel*tic Glasgow 1:0.*

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 11, 12, 13, 22, 35, 45, Zusatzspiel: 10.

(Ohne Gewähr)

SPRINGREITEN / Sorgen um Gerd Wiltfang

Schockemöhle: „Keine Bange vor Olympia"

K. MORGENSTERN, Hickstead

Der Europameister ist der größte Optimist: „Wir brauchen im Hinblick auf die Olympischen Spiele nicht pessimistisch zu sein. Es sieht so aus, als ob wir für die Mannschaft wieder einen fünften oder sechsten Mann haben." Paul Schockemöhle setzt auf Dr. Michael Rüping (Itzehoe) und Achaz von Buchwaldt (Hamburg), die bei den Europameisterschaften in Hickstead gute Leistungen gebracht, aber *mangels Erfahrungen* noch nicht geglänzt haben. Dazu ist er der Überzeugung: „Peter Luthers Livius und Norbert Koofs Fire können wir weiterhin einkalkulieren. Beide Pferde sind verletzt, aber beide kommen wieder. Eine deutsche Equipe mit Livius und Fire in Los Angeles wäre sehr, sehr gut."

Illusionen aber gibt sich der Europameister nach dem dritten Platz der Mannschaft in Hickstead nicht hin. „Die sportliche Decke ist dünner geworden."

Zum Problem in der deutschen Equipe ist inzwischen ein Mann geworden: Gerd Wiltfang, der sich einst rühmte, allein eine ganze Nationalmannschaft mit guten Pferden ausrüsten zu können, hat selber keine überragenden Pferde mehr. Hickstead war der Beweis: Der Glanz von Roman und Goldika ist verblaßt. Dennoch meint Schockemöhle: „Auf den Reiter Gerd Wiltfang möchte ich nicht gern verzichten."

Bundestrainer Hermann Schridde, schon von Berufs wegen ein *grenzenloser Optimist, meint zu* Los Angeles: „Es sieht im Augenblick zwar alles nicht so rosig aus, aber 1984 werden wir wieder eine gute Equipe haben." Schridde weiß, daß Rüpings achtjähriger Hengst Caletto zwar kein Deister, aber in dessen Schatten das deutsche Pferd der Zukunft ist.

Aber es gibt keine Zweifel: Die deutsche Springreiterei ist an einem Kreuzweg angelangt. Ohne Paul Schockemöhle hat die Equipe kein Rückgrat. Mit dem zweimaligen Europameister und seinem Ausnahmepferd Deister, das er 1978 aus dem Stall des tödlich verunglückten Weltmeisters Hartwig Steenken übernahm, steht und fällt jeder größere internationale Erfolg. Die deutsche Equipe ist zwar nicht in gleichem Maße überaltert wie das britische Team, aber es mangelt den deutschen Reitern doch an guten Nachwuchspferden in größerer Zahl.

Wenn selbst Deutschlands größter privater Pferdezüchter, Paul Schockemöhle, einräumt, im Zweifelsfalle lieber gutes Geld mit jungen Pferden im Export zu verdienen, statt diese Pferde dem deutschen Turniersport zu erhalten, dann ist das symptomatisch *genug: Der Springsport ist längst* zum Geschäft umfunktioniert worden. Siege sind gut für die Pferdehändler, Pferdezüchter, Auktionatoren und privaten Turfmakler.

Der vom sportlichen Ehrgeiz geprägte Millionär Schockemöhle und der Arzt Rüping mögen sich im sportlichen Sinne noch als Amateure ansehen dürfen, die meist besseren europäischen Springreiter sind offiziell Profis oder wenigstens Pferdestallbesitzer und Reitlehrer. Diese aber sind die potentiellen Olympiakandida*ten. Peter Luther, Achaz von Buch*waldt, Gerd Wiltfang und Ulrich Meyer zu Bexten gehören dazu. Sie leben mit Pferden für Pferde und pflegen mit Pferden ihr eigenes Wohl und Image.

STAND PUNKT / *Sinnvoll*

Die deutsche Nationalmannschaft für die ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften in der nächsten Woche in Helsinki steht: 39 Männer und 24 Frauen wurden endgültig nominiert. Neu hinzu kamen Stabhochsprung-Rekordhalter Jürgen Winkler, Marathon-Läuferin Christa Vahlensieck und 3000-m-Spezialistin Vera Michallek.

Ein Team mit 63 Teilnehmern. Das veranlaßte Sportwart Otto Klappert zu dem Resümee: „Ich bin sicher, daß Athleten im Team stehen, die keine Endkampf-Chance haben." Was sicher stimmt. Der strenggenommene Maßstab „Endkampf-Chance" würde die Mannschaft um 15 Teilnehmer reduzieren. Wurde also leichtfertig ein zu großes – also auch zu teures – Team aufgestellt? Wohl nicht. Denn es gibt keine Nominierung, die sich nicht vernünftig rechtfertigen läßt.

Die 4x100-m-Frauenstaffel, arg langsam, muß in London beim Europacup-Finale, einem Mannschaftswettbewerb, dabei sein. Also braucht sie internationale Wettkämpfe, und die bietet Helsinki. Dem 1500-m-Läufer Uwe Becker das Ticket zu geben, scheint angesichts seiner zuletzt schwachen Rennen auf den ersten Blick unangebracht. Doch ohne 1500-m-Läufer nach Helsinki zu fahren, könnte der gesamten Gruppe um Becker die Motivation rauben.

Das sind nur zwei Beispiele. Aber eine Nationalmannschaft lebt nicht nur von ihren aktuellen Spitzenkönnern, sie entwickelt sich auch für die Zukunft.

KLAUS BLUME

MOTORSPORT

Unfall von Stefan Bellof

dpa, Pergusa

Dem Engländer Jonathan Palmer (Ralt-Honda) ist die Europameisterschaft in der Formel 2 kaum noch zu nehmen. Nach Pal*mers Sieg beim zehnten Lauf in* Pergusa (Italien) fehlen dem Kinderarzt aus London nur noch zwei Punkte.

Palmer profitierte bei seinem vierten Saisonsieg allerdings vom Pech des Stefan Bellof (Maurer-BMW). *In der zweiten* von 45 Runden hatte Bellof die Führung übernommen und beherrschte das Feld. Dann aber geriet der Gießener in der zehnten Runde auf einem Ölfleck ins Schleudern, prallte gegen die Leitplanke und fiel aus.

SEGELN

Erst Erfolge, dann Flaute

sid, Long Beach

Nach den guten Resultaten des ersten Tages verlief die zweite Wettfahrt bei den vorolympischen Segel-Wettbewerben für die deut*schen Teilnehmer enttäuschend.* Weder Wolfgang Gerz (München) im Finn-Dinghy noch Joachim Greese/Michael Marcour (Hamburg/Möhnesee) im Starboot konnten ihre Siege wiederholen.

Teamchef Hans Sendes zog bereits ein erstes Fazit: „Wir haben heute gelernt, wie man es im nächsten Jahr nicht machen darf." Damit sich die Segler 1984 besser auf die schwierigen Windverhältnisse des Olympia-Reviers einstellen können, wollen sie bereits drei Wochen vor den Rennen anreisen.

Karlheinz Böhm zu Gast bei Fuchsberger

Mit Feuer unter der Haut

„Er gehört nur sich selber", sagt die Helene in der Hofmannsthalschen Charakterkomödie „Der Schwierige" über Hans Karl Graf Bühl. Dieser Satz ist zugleich auch eine Aussage über den Schauspieler Karlheinz Böhm (55), der den Bühl derzeit noch für die Bregenzer Festspiele probt: Premiere am 15. August. Möglicherweise wird es sein letzter Auftritt sein, denn er will künftig nur noch als Entwicklungshelfer arbeiten. Böhm: „Ich weiß nicht, ob ich meinen Beruf noch mal ausüben werde. Ich weiß nur eins, diese humanitäre Aufgabe werde ich erfüllen, solange ich lebe."

Das Ausscheren aus vorgezeichneten Bahnen, Karlheinz Böhms Hilfsaktion für Flüchtlinge und Dürreopfer in Äthiopien, ruft im-

Heut' abend – ARD, 23.00 Uhr

mer noch Verwunderung und Zweifel in seiner Umwelt wach, die dann in Lapidar-Überschriften wie „Seine beste Rolle" münden.

Der Weg, den Böhm bis heute zurückgelegt hat, war stets kurvenreich; immer wieder schlug er Volten. 1928 in Darmstadt als Sohn des bekannten Dirigenten Karl Böhm geboren, studierte er zeitweilig Philosophie und Kunstgeschichte. Doch die Neigung zum Schauspiel trieb ihn nach Wien, wo er beim Burgschauspieler Albin Skoda Unterricht nahm.

Sehr bald schon erhielt er sein erstes Engagement an der Burg, später am Theater in der Josefstadt. Gleichzeitig trat er in ersten kleinen Filmrollen auf. In Rabenalts „Alraune" (1952) wurde Böhm neben der Knef und Erich von Stroheim erstmals einem großen Publikum bekannt. Fortan war er in zahlreichen Filmrollen zu sehen, wurde besonders der Mütter-Schwarm aus der Zuckerguß-Ära des deutschen Films.

Einen Ausbruch aus dem „Sissy-Image" versuchte er 1960 mit Michael Powells eigenwilligem Horrorfilm „Peeping Tom", der jedoch von der Kritik auf Anhieb verrissen und erst Ende der 70er Jahre als cineastische Entdeckung plötzlich gelobt wurde. Gleichzeitig reüssierte Böhm weiterhin auf der Bühne und glänzte mit Regie-Debüts. Auch seine Opern-Regie der „Elektra" fiel in diese Zeit. Doch dann brach seine Karriere plötzlich ab. Es folgte eine lange Zwangspause bis 1972, Jahre, die Karlheinz Böhm im Tessin verbrachte. Damals hatte er die Hoffnung auf Anschluß bereits aufgegeben. Sein Comeback verdankte er dann Rainer Werner Fassbinder, der ihm zu eindrucksvollen Charakterdarstellung in den Filmen „Effi Briest" (74), „Faustrecht der Freiheit" (74) und „Mutter Küsters Fahrt zum Himmel" (75) verhalf.

Doch die Erfolge im Theater- und Filmbetrieb schienen ihm zu vordergründig; Karlheinz Böhm ist zwar ein ruhiger Mann, doch mit Feuer unter der Haut. Es muß lange in ihm geschwelt haben. Spürbarer war es geworden nach einem Besuch in Äthiopien, als er sah, welches Elend, welche Not dort herrschten, und er zu helfen beschloß. Ausgebrochen ist es dann *bei der Fernsehsendung im Mai* 1981, als Böhm in Elstners „Wetten, daß ...?" die Probe auf die



Fühlt sich so wohl wie noch nie: Karlheinz Böhm FOTO: HIPP

Hilfsbereitschaft der Mitmenschen machte. „Ich wette", sagte er damals, „daß nicht einmal ein Drittel der Zuschauer, die uns jetzt in Österreich, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland zusehen, bereit ist, nur eine Mark für die hungernden Menschen in der Sahel-Zone zu spenden ... Die Wette möchte ich gern verlieren."

Mehr als 2,5 Millionen Mark kamen zusammen, spontanen Beistand gab's vom Bonner Außenministerium, spontanen Dank von der äthiopischen Botschaft. Ein sensationeller Erfolg für eine Aktion, die mit großer Blauäugigkeit in Angriff genommen worden war. Längst ist die Böhmsche Stiftung in sogenannte ordentliche Bahnen gelenkt; sie heißt „Menschen helfen Menschen".

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KRITIK

Steine, die zum Stolpern einladen

Die dramatische Schicksalsträchtigkeit in Shakespeares ***„Romeo und Julia"** hat* schon so manchem Komponisten als Vorlage zur Vertonung gedient. Bellini, Berlioz, Tschaikowsky, Delius, bis hin zu Leonard Bernstein mit seinem Erfolgsmusical Westside Story haben versucht, dem Leiden der beiden Liebenden mit mehr oder weniger Griffigkeit Ausdruck zu verleihen. Charles Gounod, bei uns eigentlich nur bekannt durch seine auf Goethes „Faust" beruhende Oper „Margarethe", tat es auf seine, dem französischen Geschmack der Weltausstellungszeit angepaßte Weise. Aus der bewegten Tragödie der Liebenden von Verona machte er eine Folge von lebenden lyrischen Bildern, die uns das ZDF in einer Aufzeichnung aus der Pari*ser Oper präsentierte.*

Trotz der Tatsache, daß Gounod weder Sinn für die Unerbittlichkeit des Schicksals noch für die Atmosphäre der italienischen Renaissance zeigte, gehört dieses Werk zu den Delikatessen der französischen Opernliteratur: Sein melodischer Reichtum, seine deklamatorische Vielfalt, seine beglückende Sentimentalität sind in ihrer Simplizität unübertrefflich. Sie sind aber auch zu gleicher Zeit die Steine, über die eine Aufführung nur allzuleicht stolpern kann.

Der uns vorgeführten Produktion gelang dies jedenfalls großartig. Auf einer einfallslos entrümpelten Bühne präsentierte eine of*fensichtlich mißmutige Regie* (Georges Lavaudant), begleitet von einer überaus konventionellen Kameraführung eine musikalische Hausmannskost ohne Salz und Pfeffer. Romeo (Neil Shicoff) und Julia (Barbara Hendricks) sangen sich in diesen zweifellos anspruchsvollen Partien die Kehle aus, doch unten am Pult stand ein Dirigent (Alain Lombard), der Leidenschaft und Schicksalsfügung den Schriftzug einer monotonen Kantate verlieh. Eine dem Gounodschen Werk unwürdige Aufführung.

ALPHONS SILBERMANN



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Vom Webstuhl zur Weltmacht
11.05 Einander verstehen
11.10 Was diese Frau so alles treibt
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

ARD-Ferienprogramm für Kinder
15.25 Unsere kleine Farm
Die Erbschaft
16.10 Tagesschau
16.15 Berlin zwischen Feierabend und Tagesschau
Film von Michael Strauven
Ein Film über Berlin in der „Blauen Stunde" zwischen Tag und Nacht, zwischen Pflicht und Erholung. Das ist die Zeit der ersten Beschaulichkeit beim Bier an der Ecke, die Zeit der letzten Hektik mit Besorgungen und Plänen für den Abend.
17.00 Das Raubtier (1)
Spielfilm für Kinder
Von Rosel Klein und Walter Beck
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Heute: Marilyn Monroe
21.00 Panorama
Berichte – Analysen – Meinungen
Themen: Lehrstellenlücke / Arbed: Faß ohne Boden / Neonazis als Wachmänner bei der US-Armee
Moderator: Peter Gatter
21.45 Quincy
Sechs neue Folgen
Ring frei für den Tod
Dr. Quincy, dargestellt von Jack Klugman, ist ein unorthodoxer Gerichtsmediziner. Er lebt auf einem Segelboot und läßt sich durch seine besonderen fachlichen Fähigkeiten gern zur Arbeit als Detektiv verlocken, wenn Indizien der medizinischen Untersuchung auf ein Verbrechen hindeuten.
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut' abend
Zu Gast bei Joachim Fuchsberger ist diesmal Karlheinz Böhm
23.45 Tagesschau

ZDF

15.17 heute
ZDF-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Pinocchio
Wie Pinocchio den Schuster reich macht
15.45 Till, der Junge von nebenan
Krause ist krank
16.20 Ferienkalender
16.45 Die Schlümpfe
Schlumpfonie in C-Dur
17.00 Mosaik
Für die ältere Generation
Heilende Wärme?
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Gitarren-Duo Lorenzen-Nagel
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rate mal mit Rosenthal
Heiteres Spiel
19.00 heute
19.30 Wir machen Musik
Dt. Spielfilm, 1942
Mit Ilse Werner, Victor de Kowa
Regie: Helmut Käutner
21.00 heute-journal
21.20 Kann man denn in Beirut leben?
Eindrücke – ein Jahr nach dem Krieg von Gerd Helbig. Nachrichten aus Beirut – das bedeutet Krieg, Bomben, Terror. Kein Wunder, daß jedem, der in Libanons Hauptstadt wohnt, die entsetzte Frage gestellt wird: Kann man denn in Beirut leben? Ein Jahr nach dem Sommerkrieg möchte das Team des ZDF-Nahost-Studios, das selber seit Jahren mit seinen Familien in Beirut lebt, darauf eine Antwort geben.
22.05 Unser Kosmos
Reise durch das Weltall mit Carl Sagan
8. Reisen durch Raum und Zeit
22.45 Das kleine Fernsehspiel
Tagebuch einer Landschaft
USA 1982
00.00 heute

Ilse Werner (r.) mit ihrem Partner Georg Thomalla in dem deutschen Spielfilm „Wir machen Musik", um 19.30 im ZDF FOTO: TELEFUNK

III.

WEST

18.00 Marco (4)
Ich bin kein Feigling
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

18.00 Emm wie Meikel
18.30 Spaß im III.
Mit Bills Klamottenkiste
19.00 Roseggers Erzähler
Ein Buchdrucker auf der Walz
19.30 Das Jahr im Garten:
August

WEST/NORD/HESSEN

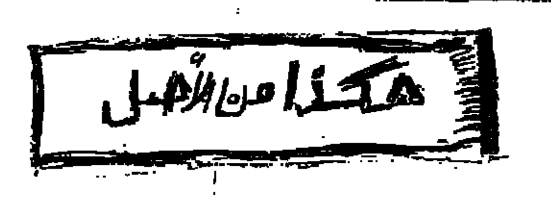
20.00 Tagesschau
20.15 Bilder deutscher Städte
Chemnitz gestern – Karl-Marx-Stadt heute
Film von *Peter F. Leopold und Jürgen Engert*
Chemnitz, seit 1953 in Karl-Marx-Stadt umbenannt, gehört nicht zu den Kleinodien der Architektur in Deutschland. „Ruß"-Chemnitz ist seit je ein Platz der Betriebsamkeit. Handel und Industrie prägen das *Profil dieser Stadt*. Chemnitz war das bedeutendste Zentrum der deutschen Maschinenbauindustrie,
21.00 Formel Eins
21.45 Design
Plakat – Jean Michel Folon
Film von Jean Antoine
22.35 Vor vierzig Jahren
Sowj. Wochenschau, August '43
23.00 40th juke box samplers:
Duke Ellington: bli blip
23.05 Letzte Nachrichten
Nur für West
23.10 Soap oder Trautes Heim
Nur für Nord und Hessen
23.10 Dallas
Gefühle einer Mutter

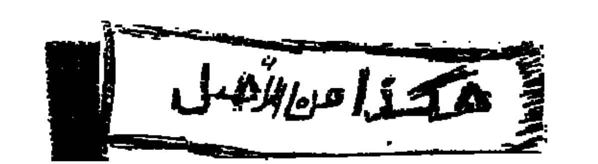
SÜDWEST

15.00 Meine Tochter lebt in Wien
Österr. Spielfilm, 1940
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
Chronische Darmentzündung
20.15 Kolonie Elsaß?
Eine Region kämpft um ihre Sprache
Film von Hans Jörg Weyhmüller
21.00 Mitchell-Leisen-Komödien
Liebling zum Diktat
Amerik. Spielfilm, 1942
Regie: Mitchell Leisen
22.50 Dallas für Nachzügler
Die Tote im Swimmingpool

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Die Gleichnisse Jesu –
Ein Bilderbuch Gottes für die Christen
19.30 Formel Eins
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
Chronische Darmentzündung
21.45 Z. E. N.
21.50 Im Gespräch
22.35 Dallas
Alte Liebe, *neue Liebe*
23.20 Rundschau





Renten deutlich abwärts

Der Rentenmarkt stand im Zeichen der in den USA steigenden Renditen. Da weitere Zinssteigerungen dort nicht ausgeschlossen werden, hat sich die Abgabebereitschaft bei den öffentlichen Anleihen verstärkt. In den Emissionen mit längeren Laufzeiten betrugen die Abschläge teilweise mehr als einen halben Punkt, während sich kürzere Titel als stabiler erwiesen. Wie unter diesen Umständen die für diese Woche angekündigte Bundesanleihe ausgestattet werden muß, ist in Kreisen der Rentenhändler eine noch offene Frage. DM-Auslandsanleihen jüngeren Datums gaben ebenfalls deutlich nach.

	1. 8.	29. 7.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	90G	90G
6 dgl. Pf 20	81G	87G
6¾ dgl. Pf. 2	94bG	94bG
7 dgl. Pf 3	94G	94G
7 dgl. Pf 27	–	–
6½ dgl. KS 14	94,25G	94,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	121,5G	120,5G
5½ dgl. Pf 11	129,5G	129,5G

	1. 8.	29. 7.
Br 6½ dgl. Pf 77	93G	92,5G
6 dgl. Pf 42	99,65G	99,65G
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 66	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	78,5G	78,5G
6 dgl. Pf 130	90,6G	90,6G
6½ dgl. Pf 133	88G	86G
10 dgl. Pf 168	100,5	100,5

	1. 8.	29. 7.
H 8 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	100,7G	100,7G
M 8 Südboden Pf 41	88GTG	88GTG
5½ dgl. Pf 57	78G	76G
6½ dgl. Pf 143	93G	93G
7 dgl. Pf 87	93,5G	93,5bG
7½ dgl. Pf 104	96bG	96bG
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G

Bankschuldverschreib.

	1. 8.	29. 7.
F 5 Allg. Hypo Pf 1	82G	82G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	96,1	99,1
F 7½ Salvia Pf 104	99,95	99,8G
9 dgl. Pf 105	102,9G	102,9G
10 dgl. Pf 109	107,85G	107,85G
7 dgl. KS 132	94G	94G
8 dgl. KS 155	98,25G	98,25G
9 dgl. KS 159	102,3G	102,3G

Optionsscheine

	1. 8.	29. 7.
F 11 BASF 82	42,8	44,1
7¼ Bayer Fin. 79	38,5	40
10½ Bayer Fin. 82	48	51
6¾ Ciba-Geigy 75	910	910
3½ Commerzbk. 78	47	45,6
4½ Dt. Bk. Comp. 77	132,5	136,2
10 Hoechst 75	215	215
6¾ dgl. 79	49	49,6
8 Hoechst 83	64,8	64,8
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1270	1315
Mitsui 82	290	290
7¾ Siemens 83	153	155
6½ Wells F. 73	281	281

Optionsanleihen

	1. 8.	29. 7.
F 8½ BASF 74 m O	142	142
8½ BASF 74 oO	101,5	101,6
M 3½ Stumpf 88 mO	196	196G
M 3½ Stumpf oO	79G	79G

Währungsanleihen

	1. 8.	29. 7.
F 8 Brasilien 72	99,5G	99,5G
6¼ Kopenhagen 72	94,75T	94,6G
9½ dgl. 79	99,8G	99,8G

Optionsanleihen

	1. 8.	29. 7.
F 3½ ComBk. Int 78 mO DM	108T	111,5
F 3½ dgl. 78 oO DM	86,5	87T
4½ C F DT Bk. 77 mO $	123	128,1G
4½ dgl 77 oO $	79,25	80
7½ Jap. Synth. 82	150G	150G
7½ dgl. 82 oO	97,5	98bG
F 6½ Wells F 73 mO DM	124	124T
6½ dgl 73 oO DM	96,5	96,5G

Optionsscheine

	1. 8.	29. 7.
F 8½ BASF 74	58,2	60,5
Stumpf 78	122bG	120bG

Wandelanleihen

	1. 8.	29. 7.
F 5 Bayer 69	101,15T	101,1bG
5 Bay Wa 75	119B	119B
H 8 Beiersdorf 82	171G	171G
F 4½ Commerzbk. 78	99,4G	99,4bG
D 9 Girmes 74	315G	315
6½ KSB 83	130bG	129bG

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	1. 8.	29. 7.
F 6 AKZO 84	98G	98G
6½ dgl. 86	98/99	98/99
7¾ Arbed 83	97,5T	97,5T
7½ dgl. 86	97,25G	97,25G
9 dgl. 87	92,75T	92,75T
F 6¾ Ardal 89	94,7/5,7	94,7/5,7
10 dgl. 88	103/3,75	103/3,75
8 Austr. 87	101,2	101,2
8¼ dgl. 87	102,5	102,5
F 7½ BEC 83	100G	100G

Ausländische Aktien

F L'Air Liquide · D Akzo · F Alcan · F Alcoa · F Alg. Bk. Nederl. · F All Nippon Air · F Amax · F Am. Cyanamid · D American Expr. · D Am. Motors · F Am. T & T · F Amro Bank · M Anglo Am. Gold · F Anglo Am. m O · F dgl. o.O. · F Arbed · F Asahi Chem. · M Atl. Richfield · H Atlas Copco · M Avon · F Ball Canada · F Banco Central · F Banco de Bilbao · F Banco de Santander · F Banco de Vizcaya · F Banco Hisp. Americ. · D Beatrice Foods · D Bell Canada · F Black & Decker · F Boeing · F Bowater · D BP · M Broken Hill · F Bull · F Can. Pacific · F Canon · F Casio Comp. · F Caterpillar · D Ch. Manhattan · F Chrysler · M Citicorp · F City Investing · F Coca-Cola · D Colgate · F Cons. Gold F · D Cont. Group · F Control Data · M CRA · M CSR · F Dart & Kraft · M De Beers Cons. · F Deere Comp. · F Dome Sheraton · M Digital Equipm. · M Disney Prod. · M Dome Petroleum · D Dow Chemical · D Dresser · D DuPont · M East Drief. Gold · D East Air Lines · F Eastman Kodak · F Elf Aquitaine · F Emhart · D Ericsson · D Esmark · D Exxon · D Fiat St. · D dgl. Vz · F Firestone · D Fisons · M Fluor · D Ford · F Foseco Minsep · F Fujitsu · F General Electric

Warenpreise – Termine

Mit deutlichen Verlusten schlossen die Goldnotierungen am Freitag an der New Yorker Comex. Bis zum Teil um das Limit niedriger ging Silber aus dem Markt. Erhebliche Einbußen verzeichnete Kupfer. Schwächer notierte Kaffee. Höher in den nahen Sichten und unverändert in den entfernteren Kontrakten wurde Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Kakao	29. 7.	28. 7.
New York (S/t)		
Terminkontrakt Juli	2307	2303
Sept.	2375	2345
Dez.	2365	2339
Umsatz	–	4318

Kautschuk	29. 7.	28. 7.
London (p/kg)		
Nr. 1 RSS loco	80,50–81,50	81,00–82,50
Sept.	81,30–81,40	81,30–81,40
Okt.	80,50–81,00	81,10–81,40
Dez.	80,20–80,50	81,10–81,30
Tendenz: ruhig		

Kokosöl	29. 7.	28. 7.
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1010,0	970,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	250,50	251,50

Schweinebäuche Chicago (c/lb)	29. 7.	28. 7.
Aug.	57,50	58,40
Febr.	60,90	62,80
März	60,52	62,40

Messingnotierungen

	1. 8.	29. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	372–395	372–394
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	418–425	418–430
MS 63	431–435	428–432

Palermo oder Die Todesangst der Jäger

450 Polizisten und Richter wurden seit 1979 ermordet

KLAUS RÜHLE, Rom

Rocco Chinnici, vorläufig der letzte Untersuchungsrichter, den die sizilianische Mafia aus dem Weg räumte, verließ seit Jahren seine Wohnung nie allein und das nicht aus Feigheit, sondern weil er die Recherchen seiner getöteten Vorgänger fortsetzen und seine Mission zu Ende bringen wollte. Es gelang ihm nicht. Die sieben Carabinieri, die ihn beschützen sollten, waren machtlos gegen die neue Mafia-Mordtechnik, die libanesischer Herkunft zu sein scheint. Die Attentate gegen die USA-Botschaft in Beirut und gegen den Bruder des Staatschefs Gemayel gleichen tatsächlich wie aufs Haar dem Anschlag auf Chinnici. Hier wie dort wurde ein mit Sprengstoff vollgepackter Pkw in Nähe des Angriffsziels postiert und ferngelenkt zur Explosion gebracht. Zum ersten Mal wurden Schußwaffen durch Zeitzünder ersetzt. Freilich bleibt rätselhaft, wieso das Auto mit der Sprengladung in der Nacht vor dem Attentat unbemerkt vor der richterlichen Wohnung parkiert werden konnte.

Chinnici ist der siebente Richter, der von Mafia-Killern beseitigt wurde. Das erste Opfer war Pietro Scaglione im Mai 1971. Vier Jahre später mußte Francesco Ferlaino daran glauben. Im September 1979 wurde Cesare Terranova umgebracht, der als Abgeordneter dem Anti-Mafia-Ausschuß des Parlaments angehört und wesentlich zur Enthüllung von Namen und Daten beigetragen hatte. Im August 1980 brach Gaetano Costa unter den Schüssen eines Killers zusammen. Der nächste hohe Justizbeamte, den die Mafia liquidierte, war Anfang dieses Jahres Giangiacomo Ciaccio. Ende Juni starb der Oberstaatsanwalt von Turin, Bruno Caccia. Das Verbrechen wurde den Roten Brigaden in die Schuhe geschoben, scheint aber einwandfrei auf das Konto der Mafia zu kommen. In keinem Falle konnten die Täter bisher überführt werden. Jetzt ist Chinnici ermordet worden. Sechs von den sieben Richtern sind in Palermo oder anderen Orten Siziliens den Killern zum Opfer gefallen. Einzige Ausnahme bildet Caccia, der bei Turiner Banken Recherchen über Mafia-Gelder angestellt hatte und dort erschossen wurde.

Die Strafen der Mafia

Zur Liste der Richter, die der Mafia unbequem geworden waren und deshalb ins Jenseits befördert wurden, kommt eine noch längere von Staatsdienern der Verwaltung, der Polizei, der Carabinieri und von Zufallsopfern, die bei „Strafaktionen" der Mafia auf der Strekke blieben. Dazu gehören vor allem der einstige Präsident der sizilianischen Landesregierung, Piersanti Mattarella, der kommunistische Parteisekretär von Palermo, Pio La Torre, und der vormalige Präfekt und Sonderkommissar Carabinieri-General Carlo Alberto Dalla Chiesa. Dazu gehören weitere 30 Carabinieri-Offiziere und Soldaten. Insgesamt hat die sizilianische Mafia seit 1979 450 Menschen auf dem Gewissen. Handelte es sich anfangs vorwiegend um Racheakte innerhalb des Mafia-Milieus, betraf die Mordserie in den vergangenen beiden Jahren immer mehr Hüter der staatlichen Ordnung und Untersuchungsrichter.

Und die nächsten Opfer?

Diese beiden Berufsgruppen erfüllen ihren Dienst tatsächlich mit bewundernswertem Mut. Ihr Einsatz in Palermo und auf sizilianischem Boden überhaupt gleicht einem Himmelfahrtskommando. Auf einer Pressekonferenz der italienischen Richtervereinigung nach dem Staatsbegräbnis für Chinnici und die anderen drei Opfer wurde festgestellt, daß die Untersuchungsrichter von Sizilien mit unzulänglichen Instrumenten einen heroischen Kampf bestehen. Man beklagte, daß die Regierung in Rom die Richter in diesem Kampf allein lasse; es fehlten 600 zusätzliche Richter auf dem Mafia-Sektor, während 2000 Kollegen „unwichtigen Kram" erledigten. Fragt sich nur, ob sich 600 Richter bereit finden, in die Anti-Mafia-Phalanx einzutreten ...

Rocco Chinnici ist getötet worden, weil er die ihm gewährten gesetzlichen Vollmachten voll ausnutzte, um Licht in das Dunkel der Mafia-Finanzen zu bringen. Er nahm Bankkonten und Bankinstitute unter die Lupe, machte vor keinem noch so prominenten Namen halt und bemühte sich bisher vergebens um die Auslieferung italo-amerikanischer Mafia-Persönlichkeiten aus den USA. Chinnici war das Hauptziel der nervös gewordenen Drahtzieher der mächtigen Mafia-Organisation. Seine Beseitigung konnte nicht länger hinausgeschoben werden. Zusammen mit seinen beiden engsten Mitarbeitern Giovanni Falcone und Paolo Borsellino (sind sie die nächsten Opfer?) war er dabei, eine Mappe der Mafia-Dachorganisation zusammenzustellen. Er wollte endlich dahinterkommen, wer eigentlich an der Spitze dieser Organisation steht. Er wußte, daß ein entscheidender Unterschied zwischen politischem Terrorismus und Mafia besteht, weil die Roten und Schwarzen Brigaden das bestehende Gesellschaftssystem beseitigen wollen, während die Mafia im Rahmen und unter Mißbrauch dieses Systems ihren verbrecherischen Geschäften nachgeht. In seinem letzten Fernsehinterview hatte Chinnici erklärt, er kenne nur einen Weg, um die Mafia unschädlich zu machen: die Verhaftung der Verbrecher. Es sollte ihn teuer zu stehen kommen.

Straßenschlacht in Osnabrück

dpa, Osnabrück

Bei Zusammenstößen zwischen „Punkern" und der Polizei sind in der Nacht zu gestern in Osnabrück 37 Beamte zum Teil schwer verletzt worden. Ob auch „Punker" verletzt wurden, ist nicht bekannt. Die Polizei hat acht Jugendliche festgenommen. Ausgangspunkt der Krawalle war ein Treffen in einem Rock-Lokal, das „wegen wiederholter Störung der öffentlichen Ordnung" gestern geschlossen wurde. Offenbar aus Protest gegen diese Entscheidung hatten sich weit mehr als 1000 Jugendliche aus verschiedenen Städten zum Abschiedskonzert eingefunden. „Punker und andere Chaoten" hatten nach Meinung der Polizei schließlich zu randalieren begonnen, Autoreifen vor dem Lokal mit Benzin übergossen und angezündet und mit Steinen auf Polizeibeamte und Feuerwehrmänner geworfen. Rund 300 Beamte versuchten mehrfach unter Einsatz von Tränengas das Lokal zu räumen. „Punker"-Krawalle noch größeren Ausmaßes hatte es in Niedersachsen vor wenigen Wochen am Rande des hannoverschen Schützenfestes gegeben.

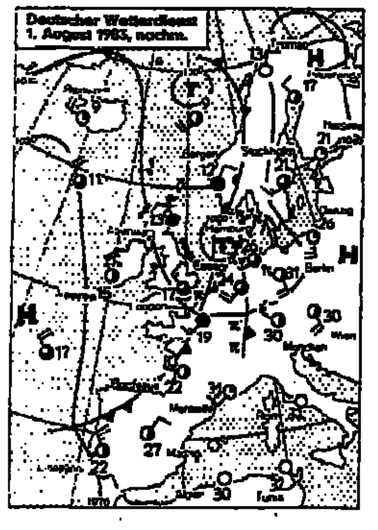
Zum dritten Mal Schüsse auf Kinder

dpa, Paris

Die sozialen Konflikte und die Hitzewelle lassen in den überfüllten Wohnblocks in den großen Vorstädten immer mehr Franzosen „durchdrehen". Erneut schoß am Sonntag ein Mann in Saint Denis, einem Vorort bei Paris, auf spielende Kinder und verletzte sie schwer. Der arbeitslose Mann fühlte sich durch den Lärm der Kinder gestört und feuerte deshalb mit einer Schrotflinte auf sie. Ein zehnjähriges Mädchen und ein neunjähriger Junge brachen blutüberströmt zusammen. Sie wurden durch mehrere Schrotkugeln an Stirn, Hals, Beinen und Armen lebensgefährlich getroffen. Der Schütze, der als Choleriker bekannt ist, wurde verhaftet. Die Polizei fand bei ihm neben der Schrotflinte noch vier Revolver. Es war der dritte Vorfall, der bisher in diesem besonders heißen Monat bekannt wurde. Dabei wurden zwei Kinder erschossen und sechs schwer verletzt. Innenminister Gaston Defferre kündigte am Wochenende strengere Bestimmungen für den bisher freien Verkauf von Faustfeuerwaffen an.

WETTER: Kühler

Wetterlage: Auf der Rückseite einer Kaltfront fließt vorübergehend kühlere Meeresluft nach Deutschland.



Vorhersage für Dienstag:

Für die gesamte Bundesrepublik: Rasch wechselnde Bewölkung und einzelne Schauer, örtlich auch Gewitter. Deutlich kühler als bisher. Tageshöchsttemperaturen nur noch 18 Grad an der See und um 22 Grad im Binnenland. In Süddeutschland um 24 Grad, in den Alpen in 2000 m Höhe auf 10 Grad zurückgehend.

Weitere Aussichten:

Nur im Küstenbereich anfangs noch einzelne Schauer, sonst heiter bis wolkig und trocken und wieder ansteigende Temperaturen.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	31°	Kairo	36°
Bonn	27°	Kopenh.	23°
Dresden	31°	Las Palmas	24°
Essen	24°	London	17°
Frankfurt	28°	Madrid	27°
Hamburg	26°	Mailand	29°
List/Sylt	20°	Mallorca	32°
München	30°	Moskau	30°
Stuttgart	27°	Nizza	30°
Algier	30°	Oslo	16°
Amsterdam	18°	Paris	19°
Athen	32°	Prag	29°
Barcelona	29°	Rom	32°
Brüssel	19°	Stockholm	21°
Budapest	28°	Tel Aviv	31°
Bukarest	26°	Tunis	32°
Helsinki	21°	Wien	30°
Istanbul	27°	Zürich	28°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch:** 5.48 Uhr, Untergang: 21.08 Uhr, **Mondaufgang:** 1.00 Uhr, Untergang: 16.02 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Tropenspaziergänge in deutschen Großstädten wie auf dem Foto in Bonn sind der große Renner. Blumen in Reih und Glied ziehen nicht mehr. Ganze Landschaften müssen es schon sein. FOTO: WERNER SCHUSING

Frankfurt holt sich die Tropen in die Stadt

dpa, Frankfurt

„Tropische Spaziergänge", wie man sie jetzt schon in Karlsruhe und vor allem bei Planten und Blomen in Hamburg tun kann, sind von 1984 an auch mitten in Frankfurt möglich: In neuen Schauhäusern des Palmengartens richtet Direktor Gustav Schoser „tropische Pflanzenwelt in kleinen Abschnitten" ein. Die vier ersten Häuser mit Monsun-, Nebel- und Regenwaldlandschaften sowie Mangrovenwald in Salzwasserbecken werden im kommenden Jahr eröffnet. Zwei Jahre später sollen drei Häuser mit Pflanzen aus trockeneren Gebieten wie Halbwüste, Dornbusch und Savanne folgen. Zu den Pflanzen – ein Teil gewöhnt sich bereits in Frankfurt ein – gesellen sich „als Abrundung des Bildes" auch Vögel und Kleintiere dieser Lebensräume.

In Reih und Glied ausgestellte Pflanzen sind nach den Worten Schosers nicht mehr zeitgemäß – ganze Landschaften sollen es heute sein, um „Wiedererkennungserlebnisse" aus dem letzten Urlaub zu ermöglichen oder eine Reise in ferne Länder „botanisch vorzubereiten". Nicht nur seltene Einzelstücke sollen dem Besucher gezeigt werden, sondern typische weitverbreitete Arten, die in ihrer Heimat an jeder Straßenecke stehen. Auch Obstbäume und andere Nutzpflanzen soll der Besucher aus der Nähe kennenlernen. Um die Bedeutung des Wassers für die verschiedenen Lebensräume zu zeigen, werden trockene und feuchte Zonen auf engem Raum, nur von schmalen „Klimaschranken" getrennt, nebeneinander angeordnet.

Die neuen, von dem Konstanzer Architekten Hermann Blomeier entworfenen Schauhäuser sind nur ein Teil der Verjüngungskur, die der 115 Jahre alte Frankfurter Palmengarten gegenwärtig erfährt: Von den renovierungsbedürftigen alten Schauhäusern bleibt nur ein Rest stehen. Dort zieht die „Grüne Schule" ein, in der Schülern und Erwachsenengruppen in Vorträgen, Lehrgängen und praktischer Arbeit unter fachkundiger Anleitung die „Schätze des Palmengartens zugänglich gemacht werden sollen". Außerdem entstehen ein Rosengarten, eine Teichanlage, Japan-, Stein- und Heidegärten.

Die Erneuerung ist der Stadt als Eigentümerin des Gartens viel wert: Von den rund 50 Millionen Mark, die das Projekt bis 1986 kosten soll, sind nach Auskunft aus dem Römer bereits 24,2 Millionen Mark bewilligt. Schoser rechnet damit, daß die Stadtverordneten auch den Rest bereitstellen. Nach seiner Überzeugung hat sich die Aufgabe des Palmengartens von der reinen Schausammlung inzwischen zur „Erhaltungssammlung" gewandelt. So werden in einem eigens eingerichteten Labor gezielt vom Aussterben bedrohte Orchideenarten vermehrt. Die nachgezüchteten Pflanzen werden nicht nur mit anderen Botanischen Gärten ausgetauscht, sondern auch in ihrer Heimat wieder angesiedelt. Die Frankfurter Orchideensammlung – mit mehr als 5000 Arten und Sorten bereits die größte Europas – wird kontinuierlich erweitert.

Schwierigkeiten macht seit Beginn der Planungen 1978 ein Tennisclub, der seit fast 70 Jahren mitten im Palmengarten angesiedelt ist. Seine – meist einflußreichen – Mitglieder haben es trotz Magistratsbeschlusses bisher verstanden, sich gegen eine „Ausweisung" aus dem Garten in eine weniger attraktive Umgebung zu wehren. Der Plan sieht vor, an Stelle der Tennisplätze einen „Duft- und Tastgarten" für Blinde einzurichten.

SABINE SCHÄFER

Brandstiftung in Bonner Beethovenhalle?

EVI KEIL, Bonn

Entsetzen bei Bonns Stadtdirektor Fritz Brüse. Ein noch unbekannter Zündeler hat in der Bonner Beethovenhalle vorsätzlich Brände gelegt. In Mitleidenschaft gezogen wurden vor allem Bühne und Großer Festsaal. Der Schaden beläuft sich auf mindestens zwei Millionen Mark.

Der Brandstifter ist Sonntag abend nach 21 Uhr über den Bereich der Restaurationsbetriebe in die Beethovenhalle gelangt. Die Bonner Staatsanwaltschaft erklärte gestern, der Täter müsse „intime Kenntnisse" vom Restaurant und von der Beethovenhalle gehabt haben. Er suchte sich im Restaurant Berge von Kerzen zusammen, die er an 18 verschiedenen Stellen der Beethovenhalle ansteckte. Die diversen Brandnester, die auch zu starker Rauchentwicklung führten, machten es 40 Bonner Berufsfeuerwehrmännern und 110 Männern der Freiwilligen Feuerwehr zunächst sehr schwer, an die Brandherde heranzukommen. Trotz der Qualmentwicklung kamen aber Menschen nicht zu Schaden.

Stark in Mitleidenschaft gezogen wurde die erst vor zwei Jahren erneuerte gelbe Kassettendecke. Im Bereich der Bühne sind wichtige Installationen verbrannt. Die Reinigung der verrußten Kassetten stellt die Stadt vor große Probleme, so gestern der Stadtdirektor. „Aus der schönen gelben Farbe ist ein unansehnliches Schwarz geworden", beklagte er. Die Aufhängekonstruktion muß völlig überprüft werden. Zerstört ist auch die gesamte Bühnenbeleuchtung, ebenso die Orchesterbestuhlung.

Zur Spurensicherung sind inzwischen Beamte des Bundeskriminalamtes eingesetzt worden. Stadtdirektor Brüse: „Das nächste Bonner Beethovenfest soll jedoch, wie geplant, am 11. September über die Bühne gehen", es sei denn, es bestehe aus statischen Gründen Gefahr. Der für die kulturellen Veranstaltungen zuständige Stadtdirektor will dabei auf „Schönheitsprobleme" keine Rücksicht nehmen. „Die Wiedereröffnung geht vor."

In der Beethovenhalle sollte Anfang November auch der Nachrüstungsparteitag der SPD stattfinden. Und am 4. November lädt wie alle Jahre die Bonner Pressekonferenz hier zum Bundespresseball. Die Beethovenhalle ist auch der Platz, in der im Frühsommer nächsten Jahres die Bundesversammlung zusammentreten soll, um den nächsten Bundespräsidenten zu wählen. Die Beethovenhalle wurde 1959 erbaut. Gilt sie auch nicht als übertrieben schön, so doch als vielseitig verwendbar.

Mit Argusaugen verfolgen Militärs die neuen „Ozeandampfer der Lüfte"

Sparsam, sicher und vielfältig zu verwenden / Zeppeline erleben Renaissance

AFP, Paris

Bourget, Farnborough, USA – so lauten die drei erfolgreichen Etappen eines neuartigen Zeppelins, der in diesem Jahr in Europa wie in Übersee eine äußerst erfolgreiche zweite Karriere zu starten scheint.

Ernsthaft begonnen hat die Renaissance des Luftgefährts, das man seit dem Absturz der „Hindenburg" im amerikanischen Lakehurst 1937 zum Museumsstück erklärt hatte, zu Beginn dieses Sommers. Auf den internationalen Luftfahrtschauen von Frankreich und Großbritannien ließen sich Vertreter der amerikanischen und kanadischen Marine, der britischen Royal Air Force und verschiedene zivile Interessenten die britisch-französisch-kanadische Neuentwicklung „Skyship 500" (Himmelsschiff) präsentieren.

Niemand, der die eindrucksvollen Wochenschaubilder von der „Hindenburg"-Katastrophe gesehen hat, wird die Aufnahmen des explodierenden und in einem Feuerinferno verbrennenden Zeppelins vergessen können. Das 247 Meter lange Luftschiff war damals mit 190 000 Kubikmeter explosivem Wasserstoff gefüllt. Heute könnte sich eine solche Katastrophe nicht mehr ereignen – die modernen Zeppeline benutzen das nichtbrennbare Helium.

Das „Skyship 500" existiert bisher in zwei Exemplaren. Eins wird zur Zeit von der kanadischen Marine erprobt, das andere befindet sich auf einer Tournee durch Europa. Zwölf Passagiere oder zwei Tonnen Nutzfracht können von diesem Modell befördert werden. Das „Himmelsschiff" mit 5130 Kubikmetern Inhalt wird über zwei Propeller von zwei Porsche-Motoren des Typs 911 SC auf eine Geschwindigkeit von 60 Knoten, rund 112 Kilometern pro Stunde, gebracht. Verbrauch: 34 Liter pro Stunde.

Die Eindrücke eines Passagiers an Bord dieses ungewöhnlichen und genügsamen Gefährts sind mit denen im Flugzeug nicht vergleichbar. Allein der Start ist fast handwerklich zu nennen: Vier Männer halten mit Hilfe von Nylontauen das Luftschiff am Boden fest. Einmal losgelassen, gewinnt es schnell an Höhe und fliegt dann mit der Geschwindigkeit eines Kleinwagens – wenn's sein muß 24 Stunden lang.

Dieser im Vergleich zu Flugzeugen riesige Aktionsradius und die geringe Sichtbarkeit der Zeppelin-Konstruktion für Infrarot- und Radargeräte machen das Gefährt für militärische Zwecke hochinteressant. Die Küstenwacht ist ebenso begeistert von den Möglichkeiten des Lenkballons wie die Marine, die ihn für die U-Boot-Jagd, die Minensuche und die Luftüberwachung einsetzen will.

Schon gibt es ein Nachfolgemodell, zwei Exemplare des „Skyship 600", die noch in diesem Sommer ihren Jungfernflug absolvieren werden. Diese neue Modellvariante wird neun Meter länger, 140 PS stärker und auch ein wenig schneller sein. Der größte Trumpf allerdings: Bei konstant 75 Kilometern pro Stunde kann das „Skyship" 40 Stunden ununterbrochen in der Luft bleiben. Es trägt eine Tonne mehr Last oder bietet 24 Passagieren Platz. Ein Touristenunternehmen hat bereits drei Exemplare bestellt und wird sie für Flüge zwischen den griechischen Inseln im Ionischen Meer einsetzen.

Noch zwei Jahre soll die Entwicklung des „Super-Zeppelins" Skyship 5000 dauern – eines 125 Meter langen „Ozeandampfers der Lüfte". 200 Passagiere sollen in einem Doppelrumpf unter dem enormen Gasreservoir mit Geschwindigkeiten bis zu 175 Kilometern pro Stunde transportiert werden können. Auf Sparflamme fliegend, wird er sieben Tage in der Luft bleiben können.

Erinnerungen an die glorreiche Ära der Luftschiffe kommen bei diesen Zahlen auf. Die ersten regelmäßigen Flugverbindungen per Luftschiff waren am 1. Oktober 1928 zwischen Deutschland und New York beziehungsweise Pernambuco und Rio de Janeiro in Brasilien und Buenos Aires in Argentinien aufgenommen worden. Ein Jahr später bewies der „Graf Zeppelin" auf seiner ersten Reise um die Welt in 21 Tagen, 7 Stunden und 22 Minuten seine absolute Zuverlässigkeit. Es folgten zwischen 1928 und 1935 144 Überquerungen des Nord- und Südatlantiks mit 13 110 Passagieren – ohne einen einzigen Unfall.

Heute ist der Zeppelin im Zeitalter der Jumbo-Jets, in das er hineinfliegt, sicher keine Konkurrenz auf der von vielen Fluggesellschaften umkämpften Transatlantik-Route. Wer's eilig hat, wird immer das schnellere Flugzeug vorziehen. Aber auf anderen Gebieten – im Tourismus und in Transporten auf kurzer und mittlerer Distanz – hat das Luftschiff sicher eine große Zukunft vor sich.

BERTRAND BELLAIGUE

Das Ende der „Hindenburg" war zugleich das Ende der Zeppelin-Ära. Heute wäre eine solche Katastrophe nicht mehr möglich. FOTO: AP

Der Hitzewelle soll Phase der Abkühlung folgen

AP, Frankfurt

Nach einer neuen Hitzewelle mit Temperaturen in Rekordnähe kündigten sich gestern in der Bundesrepublik Deutschland eine „merkliche Abkühlung" und gewittrige Regenfälle an. Doch diese Niederschläge stellten nach amtlichen Angaben nur eine Art Tropfen auf den heißen Stein dar. Im Pflanzenwachstum wird eine kritische Lage erreicht: Am vorläufigen Ende der schlimmsten Hitzewelle seit rund 30 Jahren wurde eine traurige Zahl aus dem Südwesten gemeldet: Mindestens 20 Menschen sind dort ertrunken. Am Sonntag wurde die höchste Temperatur in Karlsruhe gemessen: 38,5 Grad. In weiten Teilen der Bundesrepublik lagen die Werte zwischen 30 und 37 Grad. Allerdings wurde der Rekord vom 2. Juli 1952 noch nicht gebrochen, als in Neustadt an der Weinstraße 39,6 Grad registriert wurden. Gestern rückte dann eine Kaltfront von Westen nach Osten über Deutschland vor. Doch es blieb schwül-warm mit Temperaturen zwischen 25 und 30 Grad. Die Abkühlung soll vor allem heute eintreten. Die Temperaturen pendeln sich bei 19 Grad im Norden und 25 Grad im Süden ein. Für morgen werden wieder steigende Temperaturen prophezeit.

Taifun über China

AFP, Peking

Der Taifun, der vergangene Woche über die Südostküsten Chinas hinwegfegte, hat allein in der Provinz Guangdong 103 Tote und 440 Verletzte gefordert. Wie gestern in Peking bekannt wurde, verwüstete der Wirbelwind „Nummer vier" im Zentrum von Guangdong Staudämme, Straßen und Fernmeldeanlagen. 13 500 Personen wurden obdachlos.

Deserteur gefaßt

dpa, Clermont-Ferrand

Der desertierte französische Fremdenlegionär Pascal Blanc hat gestern vier Morde gestanden. Der 23jährige, der als „Mörder des Ardeche" einer der am meisten gefürchteten Verbrecher Frankreichs ist, wurde in der Nacht davor nach einjähriger Fahndung südlich von Clermont-Ferrand gefaßt. Der Exlegionär gestand, im Juli 1982 zuerst die Leiterin eines Erziehungsheimes ermordet zu haben, in dem er rund zehn Jahre seines Lebens verbracht hatte. Danach tötete er ein aus Lothringen stammendes Pärchen, das in Südfrankreich Höhlen erforschte. Das vierte Mordopfer soll ein Arbeiter gewesen sein.

Rocky darf leben

rtr, Seattle

Der wegen Raubes zum Tode verurteilte Hund Rocky ist aus seiner Zwingerhaft entlassen, darf allerdings Seattle (US-Bundesstaat Washington) nie mehr betreten. Der auf Kampf gedrillte Bullterrier war beschädigt worden, auf Befehl eines 18jährigen Tellerwäschers einen Mann bei einem Banküberfall angegriffen zu haben. Der Kellner kam ins Gefängnis, Rocky sollte hingerichtet werden.

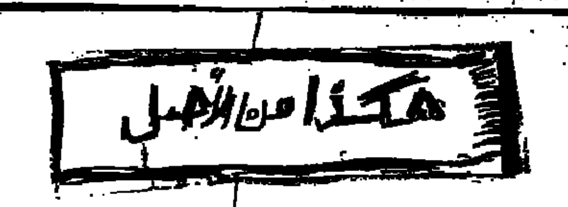
Vier Tote auf Autobahn

dpa, Freising

Durch einen Frontalzusammenstoß, der in der Nacht zu gestern von einer Geisterfahrerin verursacht wurde, kamen auf der Autobahn Nürnberg–München vier Menschen ums Leben. Eine 32jährige Münchnerin fuhr zwischen Allershausen und dem Autobahnkreuz Neufahrn Richtung Nürnberg auf der Überholspur in die falsche Richtung und prallte dabei auf einen entgegenkommenden Personenwagen. Die Geisterfahrerin, zwei Erwachsene und ein Kind aus dem anderen Wagen waren sofort tot.

ZU GUTER LETZT

„Jeder hat mal einen schlechten Tag." Mit diesen nachsichtigen Worten kommentierte Ed Weaver aus Union City (US-Bundesstaat Pennsylvania) eine Fehlleistung der Freiwilligen Feuerwehr, nachdem sie seine neue Scheune eingeäschert hatte.



Hoch lebe die Krise!

Bgn. – Es tut immer gut, klare Worte über unklare Zustände zu vernehmen; hierzulande wird ja in Plauderauftritten (zu deutsch: Talkshows) und Interviews so viel diffuses Zeug geredet, daß es richtig erfrischend ist, deutliche Sätze an die richtige Adresse gerichtet zu hören oder zu lesen. Zum Beispiel diese: „Die heutige Situation des Theaters kann man nicht anders als kritisch bezeichnen. Man erkennt, daß das Theater sich in katastrophaler Weise vom Leben entfernt hat ... Man erkennt, daß es keine zufälligen Fehlschläge waren, durch die man das Publikum langsam aus dem Theater hinausgegrault hat, sondern daß Elemente das Theater zu beherrschen begannen, die von ihm wegführten." Gut gebrüllt, Löwe!

Ein anderer warnender Löwe bringt die Lage auf diese griffigen Formeln: „Halt- und standpunktlose Leute haben das Theater dem eigentlichen Leben immer mehr entfremdet und es zu einem Tummelplatz diktatorischer Einzelbegabungen gemacht ... Da bei ist keinem dieser ‚Diktatoren' wohl in seiner Haut ... Es ist sicher kein Zufall, daß immer mehr Regisseure ... Theater übernehmen."

Das hat er sehr deutlich gesagt, der mutige Rufer; man möchte ja manchmal wirklich die Wende hochgehen, wenn man sieht, was die Heymes und die Peymanns und die Neuenfels sich so alles herausnehmen. Doch in fünfzig Jahren ist alles vorbei; aber mit eben dieser populären Coupletzeile irrte Otto Reutter, jedenfalls in unserem Fall. Beide Zitate sind nämlich 51 (in Worten: einundfünfzig) Jahre alt.

Das erste stammt von dem Schauspieler Oskar Homolka, der kurz darauf in der US-Emigration ein noch berühmterer Filmdarsteller wurde, als er in Berlin und Wien schon war. Und das mit dem Tummelplatz für Diktatoren und auf Intendantensessel strebende Regietyrannen schrieb Gustaf Gründgens, angehender Star-Mephisto – von Goethes, nicht von Klaus Manns Gnaden – des Berliner Theaters. Knapp zwei Jahre, nachdem GG sich dergestalt geäußert hatte, war er übrigens selbst Intendant.

Wer hätte das gedacht – und wieso auch; denn so oft findet man ja nicht auf sommerlichen Flohmärkten für ein paar Mark Bücher wie „Wir und das Theater – 30 Schauspieler schreiben über sich und das Theater", Erscheinungsjahr 1932. So oft hat man daher nicht die Gelegenheit festzustellen, daß der Schnee von gestern noch der von heute ist.

Die Schweizer Bibliotheca Afghanica wird jetzt eine internationale Stiftung

Im Wohnmobil zum Hindukusch

Vor fünfzehn Jahren begann der Schweizer Architektur-Student Paul Bucherer mit der Sammlung von Büchern und Kunstgegenständen aus Afghanistan. Das feine asiatische Land interessierte und faszinierte den jungen Mann aus Liestal. Von 1971 bis 1978 unternahm er mit seiner Frau mehrere Reisen dorthin, durchstreifte es im Wohnmobil, zu Fuß und zu Pferd. Wochenlang waren die Bucherers auf Sand- und Schotterpisten unterwegs; überquerten auf Saumpfaden 4000 Meter hohe Pässe am Hindukusch, lernten die Bewohner kennen und knüpften zu Afghanen und anderen Besuchern des Landes Kontakte.

Heute beherbergt Bucherers Haus in Liestal unweit Basel das größte und umfassendste Dokumentationszentrum über Afghanistan in Europa. Es ist so umfangreich, daß der zeitliche und finanzielle Aufwand für Führung, Betreuung und Ausbau inzwischen private Möglichkeiten übersteigt. In der Kantonshauptstadt von Baselland sowie in Bern wurde deshalb jetzt beschlossen, die *Bibliotheca Afghanica* in eine internationale Stiftung umzuwandeln – unter einer Bedingung: Verlangt wird ein finanzieller Grundstock von 50 000 Franken, nach heutigem Kurs gute 60 000 Mark. Paul Bucherer ist zuversichtlich: „Bisher sind durch Spenden über 30 000 Franken zusammengekommen. Die Gemeinnützigkeit der Stiftung und ihre Steuerbefreiung sind bereits anerkannt und zugesichert. Das Innenministerium in Bern ist bereit, die Aufsicht zu übernehmen, und im Stiftungsrat werden deutsche, österreichische und eidgenössische Afghanistan-Kenner sitzen."

Bucherer, inzwischen 41 Jahre alt, Architekt und Bau-Fachlehrer an der Liestaler Berufsschule, schätzt seine bisherigen Ausgaben für Reisen, Erwerb und Sammlung von Büchern, 2000 Monographien, Separatdrucken aus wissenschaftlichen Zeitschriften und Sammelbänden, Landkarten, Dias und Filmen auf umgerechnet 400 000 Mark. „Bei Umfang und Rarität des hier zusammengetragenen Materials ist es nicht erstaunlich, daß das schweizerische Afghanistan-Archiv inzwischen in Fachkreisen einen so guten Ruf hat, daß Studenten und Wissenschaftler aus ganz Europa nach Liestal kommen, um hier zu arbeiten", sagte Peter Weidkuhn vom Ethnologischen Seminar der Universität Basel. „Viele fordern aus den Beständen der Bibliothek Kopien an, andere erheischen schriftlich zu den verschiedensten Themen Auskunft."

Der Gesamtbestand der Bibliothek ist sowohl durch einen alphabetischen Autorenkatalog wie durch einen übersichtlichen Sachkatalog erschlossen. Kopien der Katalogkarten, die mit der Zeit zu einer umfassenden Afghanistan-Bibliographie anwachsen sollen, gehen an Institute in der Schweiz, in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, England und den USA.

Besonders eng ist die Zusammenarbeit mit der deutschen „Arbeitsgemeinschaft Afghanistan". In dieser sind rund 250 deutsche Wissenschaftler zusammengeschlossen. Die Forscher und Hochschuldozenten waren teilweise selbst in Afghanistan tätig, manche unterrichteten beispielsweise an der Kabuler Universität im Rahmen eines internationalen Austauschprogramms. Der federführende Professor Christoph Jentsch vom Geographischen Institut der Universität Mannheim schrieb in einem Brief an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft folgendes:

„Wir alle wissen, daß viele Afghanen gerade jetzt große Not leiden und daß alles getan werden muß, um menschliches Leid nach Kräften zu lindern. Dennoch ist es langfristig von ebenso großer Bedeutung, daß ein Zentrum für die Dokumentation des Wissens über Afghanistan geschaffen wird. Die Erfassung und Bereitstellung der in den verschiedenen Disziplinen in Afghanistan selbst und im Ausland erarbeiteten Erkenntnisse ist zugleich ein wesentlicher Beitrag zur Erhaltung der afghanischen Kultur, der wir uns alle verbunden fühlen."

Die „Arbeitsgemeinschaft Afghanistan" sieht in dem Liestaler Vorhaben etwas, „das voll und ganz mit unseren Zielsetzungen übereinstimmt und deshalb auch unsere Unterstützung finden sollte". In einem Appell an Mitglieder und Freunde wurde um finanzielle Beiträge zum Anfangsvermögen der Stiftung und/oder um testamentarische Übereignung von das Land Afghanistan betreffenden Dokumenten und Unterlagen gebeten.

Mehrere Mitglieder haben bereits finanzielle und materielle Unterstützung zugesichert. Insbesondere ist an die Übereignung von Feldtagebüchern, Tonbandaufzeichnungen, fotographischen und filmischen Dokumenten, Sonderdruck-Sammlungen, Karten und Büchern gedacht. Um ein Mitspracherecht zu erwerben, will sich die „Arbeitsgemeinschaft Afghanistan" als korpotatives Mitglied in der Stiftung etablieren.

Inzwischen hat Bucherer schon die ihm überlassenen Nachlässe von Werner-Otto von Hentig und Emil Rybitschka in das Archiv eingegliedert. Die Schweizerische Landesbibliothek als oberste eidgenössische Instanz bescheinigt ihm, daß seine Sammlung „ein *wichtiges Element innerhalb* des nationalen Informationssystems und damit der schweizerischen Kulturpolitik bildet und unter diesem Gesichtspunkt jede mögliche Förderung durch die Öffentlichkeit verdient". Vizedirektor Rätus Luck stellte sogar fest, „daß nach Bestand, Erschließungsgrad und Informationsgehalt die auf privater Basis gegründete und funktionierende Bibliotheca Afghanica als gleichwertig zu betrachten ist mit öffentlichen Institutionen, die thematisch ähnliche Ziele verfolgen" – beispielsweise die „India Office Library" in London.

Paul Bucherer umreißt das Fernziel seiner Arbeit so: „Noch zu Beginn unseres Jahrhunderts war Afghanistan ein verbotenes Land. Als erklärt neutraler Pufferstaat zwischen dem angloindischen Kaiserreich und den zaristischen Kolonien Innerasiens blieb es praktisch bis zum Zweiten Weltkrieg von Industrialisierung und technischer Zivilisation weitgehend unberührt – und ist es in abgelegenen Gebieten noch heute. Gemessen am Bruttosozialprodukt gilt Afghanistan als eines der ärmsten Länder der Welt. Betrachtet man aber die von Archäologen gehobenen Schätze vergangener Epochen, die intakten kulturellen und sozialen Traditionen, wie auch das lebendige Volkstum, so wird deutlich, daß Afghanistan ein unerwartet reiches kulturelles Erbe besitzt ... Der Schweiz bietet sich heute die einzigartige Chance, ein umfassendes Dokumentationszentrum über ein Land aufzubauen, das sowohl geographisch wie kulturell große Ähnlichkeit mit unserer Heimat aufweist ... Wie sich bei den beschränkten finanziellen Mitteln der Stiftung das Raumproblem lösen läßt, vermag im Moment niemand vorauszusagen ..."

WALTER H. RUEB

Ein Leben im Dienst bedrohter Altertümer – Sulpiz Boisserée wäre heute 200

Das erste Bild kam vom Sperrmüll

Heute vor zweihundert Jahren wurde Sulpiz Boisserée geboren, als zweitjüngstes von zehn Kindern des Kölner Kaufmanns Nicolas Boisserée; das jüngste hieß Melchior. Nur diese beiden sind als „die Brüder Boisserée" in die Geschichte eingegangen. Sie waren zeitlebens unzertrennlich. Sulpiz starb 1854. Er hat die Vollendung des Kölner Dom-Baus nicht mehr erlebt. Aber er hatte ihn, nach fast dreihundert Jahren, wieder tatkräftig in Gang gebracht. Ohne Sulpiz Boisserée wäre der Kölner Dom vielleicht heute noch eine Bauruine aus dem Mittelalter. Und ohne ihn müßte sich die Münchner Pinakothek mit einem Teil ihres Ruhms bescheiden. Ohne seine energischen Anstöße wäre wahrscheinlich auch die Kunstwissenschaft hierzulande in Verzug geraten, ungeachtet mancher Verwirrung, die er darin stiftete. Die Brüder waren nämlich (auch) auf diesem Felde Dilettanten.

Sie sollten natürlich Kaufleute werden. Während seiner Hamburger Lehrzeit fand Sulpiz Zugang zu einem literarischen Kreis, in dem Matthias Claudius, Friedrich Heinrich Jacobi und zuweilen auch der greise Klopstock verkehrten. Dort erschloß sich dem Fünfzehnjährigen die Welt der klassischen Literatur. Nach Köln zurückgekehrt, wo unterdessen die Welt seiner Kindheitsjahre zusammengebrochen war, fand der junge Schöngeist, vor allem durch die Bekanntschaft mit dem Kunstsammler Ferdinand Franz Wallraf, bald auch den Weg zur bildenden Kunst. Seine zielstrebige Natur beließ es nicht beim schwärmerischen Genießen à la Tieck und Wackenroder, die ihm natürlich vertraut waren.

Sulpiz und Melchior wurden Kunstsammler. Dabei machte Melchior den „Spürhund"; Sulpiz war als Theoretiker mehr um die Erforschung und Interpretation der Werke bemüht. Sie wurden, wenn man es so ausdrücken will, Wallrafs erfolgreiche Konkurrenten, weil sie von Haus aus über mehr Geldmittel verfügten als der gelehrte Kanonikus. Aber sie sammelten ja nicht für sich, vielmehr aus den gleichen Motiven, aus denen sich auch ihr Engagement für die Fortführung des Dombaus herleitete. Es ging ihnen um die Rettung der von Zerfall und Vernichtung bedrohten „vaterstädtischen Kunstaltertümer". Das erste Bild ihrer Sammlung kauften die Brüder 1804 auf dem Kölner Neumarkt sozusagen als Sperrmüll von der Schubkarre eines Schusters. Friedrich Schlegel war dabei. Es handelte sich um eine Kreuztragung des Meisters der Lyversberger Passion, gemalt um 1470 (heute in der Bamberger Staatsgalerie).

Sulpiz war damals einundzwanzig, Melchior achtzehn Jahre alt. Jener spontane Straßenkauf wurde zur Initialzündung für einen Sammeleifer, der den Brüdern zunächst viel Spott und Hohn, zuletzt die Bewunderung der kunstsinnigen Zeitgenossen von Goethe bis zum Bayernkönig Ludwig eingetragen hat. In seinem Gutachten für die an einem Kauf interessierte preußische Regierung gab Schinkel seiner „festen Überzeugung" Ausdruck, „daß diese Sammlung nicht allein einzig in ihrer Art ist, sondern in dieser bis jetzt schon erlangten Vollständigkeit schwerlich irgendwo anders jemals wieder zustande kommen kann". In zehn Jahren nämlich hatten die Brüder über zweihundert Werke altdeutscher und flämischer Malerei vom 13. bis 16. Jahrhundert zusammengekauft.

Ihre Unterbringung und Restaurierung wurden ebenso zum Problem wie ihre Zuschreibung und Interpretation. Für die noch junge Kunstgeschichte war das Mittelalter „vor Dürer" Terra incognita, und „gothisch" galt als Inbegriff alles Geschmacklosen. Winckelmanns Kunstinteresse konzentrierte sich ganz auf die ihm bekannten Werke der Antike, und Goethe wollte längst nichts mehr von seinem begeisterten Jugendaufsatz über das Straßburger Münster wissen. Aber der kluge Sulpiz Boisserée, der sich mit eigenen, durchaus bahnbrechenden Veröffentlichungen nicht begnügte, hatte es sich in den Kopf gesetzt, gerade Goethe, die höchste geistige Autorität Deutschlands, für die altdeutsche Kunst und somit auch als Propagandist für die Idee der Dom-Vollendung zu gewinnen. Friedrich Schlegel hatte er schon auf seiner Seite.

Goethe sperrte sich zunächst; aber mit seinem jugendlich-couragierten Enthusiasmus, geduldiger Zähigkeit und mit den unwiderstehlichen Argumenten seiner Bilder wußte Sulpiz den „alten Herrn" umzustimmen. Der zeigte sich geradezu überwältigt von den Alten Meistern: „Das waren andere Kerle als wir, ja Schwerenot! Die wollen wir gelten lassen, die wollen wir loben und abermals loben!" Das tat er dann auch. Über Goethe und Schlegel hat Sulpiz der Kunstwissenschaft neue Impulse gegeben, der Kunst- und Kulturgeschichte eine bis dahin „dunkle" Epoche erschlossen. Genauso gelang es ihm, die bedeutendsten und einflußreichsten Männer in Deutschland für die Fortführung des Dombaus zu begeistern.

Er trug das seine dazu bei mit dem monumentalen „Dom-Werk", einem Text- und Tafelband mit großformatigen Kupferstichen der besten Zeichner und Stecher seiner Zeit, nur vergleichbar der großartigen Lithographien-Folge (114 Tafeln von J. N. Strixner), die er, mit gleichem Effekt, über seine Bildersammlung herausgab. Das von Cotta verlegte Druckwerk war eine propagandistische Tat ohnegleichen. Boisserée gab darin nicht nur eine präzise, bis ins kleinste Detail genaue Bestandsaufnahme (mit Ansichten, Grund- und Aufrissen, Säulen, Konsolen, Kapitellen, Maßwerk usw.), sondern zugleich auch seine Vorstellungen, um nicht zu sagen: Visionen, von der Weiterführung und Vollendung des Doms wieder.

Der Dom wurde erst 1880 vollendet. Wenn er es auch nicht mehr erlebt hat, so wußte Sulpiz Boisserée, als er starb, sein Werk doch auf dem besten Wege. Seine Sammlung wurde nach München verkauft; König Ludwig bezahlte sie, wie man sagt, aus der eigenen Schatulle. Sulpiz hatte eigentlich andere Pläne damit im Zusammenhang mit einer von ihm postulierten Wiedererrichtung der Kölner Universität.

EO PLUNIEN

Ohne ihn wäre der Kölner Dom vielleicht heute noch Bauruine: Sulpiz Boisserée
FOTO: ARCHIV FÜR KUNST UND GESCHICHTE

Film von Ch. Akerman

Brüsseler Nächte sind lang

Der rechte Film zur rechten Jahreszeit. Die Nächte draußen sind schwül und schön, und die Brüsseler Nacht, die die belgische Filmemacherin Chantal Akerman in diesem Film nachempfindet, ist es nicht minder. „Es ist so heiß", heißt es immer wieder von der Leinwand, und das matte Wohlbefinden, in das man selbst im Kinosessel abgesunken ist, läßt manchmal die Grenze zwischen Wirklichkeit und Leinwandgeschehen verschwimmen, saugt einen hinein in diese Stadt, die eine große Ansammlung von Menschenschicksalen ist.

„Eine ganze Nacht" ist ein schöner Film, der freilich Geduld abverlangt, denn er fordert einiges: Vor allem Phantasie und den Willen zum Mitfühlen. Geredet werden kaum ein paar hundert Worte, und eine Handlung gibt es nicht. Es gibt lediglich zwei Handlungsfetzen, die immer wieder variiert und wiederholt werden: man trifft sich und man trennt sich. Was dazwischen geschieht, das muß der Betrachter sich aus hingeworfenen Bildern und Sätzen selbst zusammenreimen. Doch dann erschließt sich ein ganzes Universum.

Da sind die Pärchen, die sich in den Kneipen scheu begaffen und dann erlöst in die Arme fallen. Da ist die Frau, die aus ihrer Ehe ausbrechen will, ins Hotel flieht und doch am Morgen vor dem Weckerläuten wieder zurückkehrt. Da ist das Mädchen, das seinen Verehrer die ganze Nacht vor der Haustüre stehenläßt. Da sind immer wieder Menschen, die sich glücklich und verzweifelt zugleich aneinanderklammern. Da ist aber auch das Ehepaar, das sich nur noch anschweigen kann, weil es sich nichts mehr zu sagen hat.

Das alles hat Chantal Akerman in Bilder umgesetzt, die zum Träumen verführen können. Die Grundfarbe des Films ist Schwarz, die Farbe der Nacht, aus der die Paare immer wieder auftauchen, um ihren Auftritt zu absolvieren, und wohin sie danach auch wieder verschwinden, Teilchen eines großen Reigens, den die Stadt tanzt. Schade nur, daß die Filmemacherin bei Anbruch des Tageslichts nicht die nötige Entschlossenheit besessen hat, den Film zu raffen. Statt sich darauf zu konzentrieren, zu zeigen, wie der Zauber der Nacht der taghellen Realität nicht mehr standhält, schleppt sie einige nächtliche Motive recht sinnlos weiter. 10 Minuten weniger wären hier mehr gewesen.

SVEN HANSEN

KULTURNOTIZEN

Der 68. Weltkongreß für Esperanto ist in Budapest eröffnet worden.

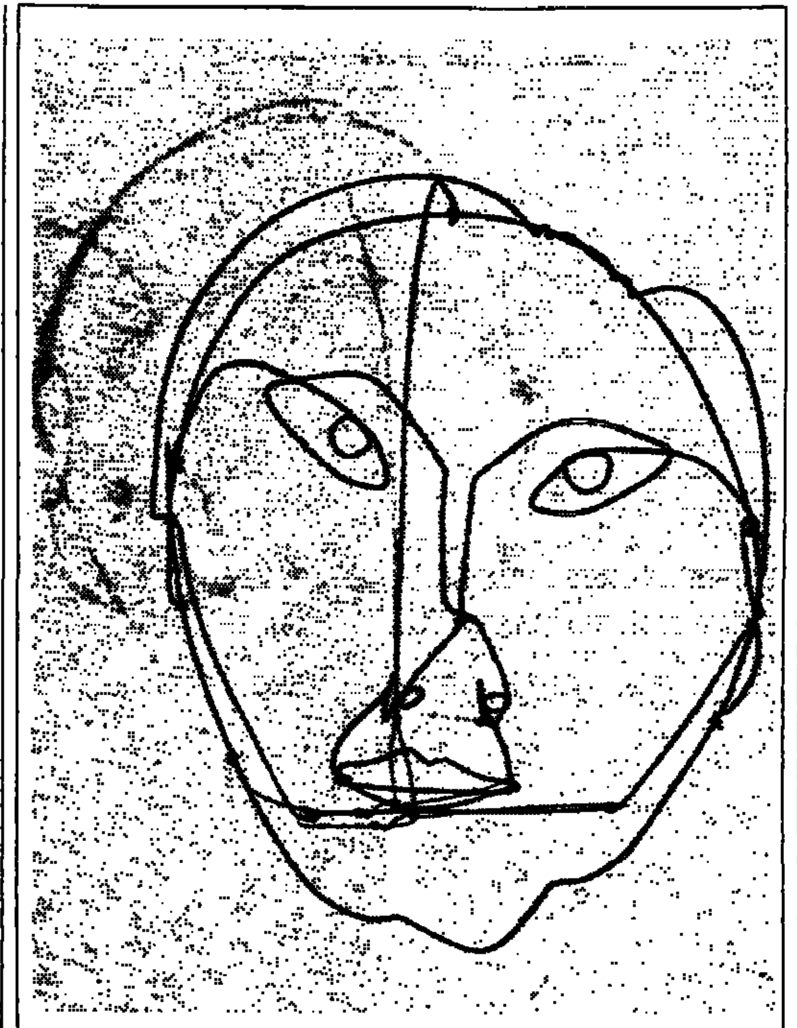
Das 1. Arnsberger Folklore-Festival findet am 3. September auf dem Schloßberg statt.

Den spanischen Bildhauer Francisco Baron stellt die westfälische Galerie Georg van Almsick in Gronau vor.

Frankreichs drittes Marinemuseum wird in Brest eingerichtet.

„Bad Kreuznach kreativ" heißt eine Kunstausstellung, die im Kreuznacher Kurhaus bis zum 12. 8. zu sehen ist.

Zur 13. internationalen Biennale des Antiquariats in Florenz, die am 17. 9. eröffnet, hat sich erstmals auch die Sowjetunion angemeldet.



Der italienische Kunsthistoriker und Mäzen Giovanni Carandente, 1967 von Alexander Calder (1898–1976) gezeichnet. Aus der Turiner Ausstellung FOTO: KATALOG

Turin zeigt das Lebenswerk Alexander Calders

Große, zarte Pfoten

Daß nicht New York, sondern Turin die größte und erste systematische Schau von Alexander Calders Lebenswerk zeigt, dankt es der Versicherungsgesellschaft Toro, die sich und den Besuchern dieses teure Geschenk zu ihrem 150. Geburtstag im Palazzo della Vela beschert hat. Ausgerichtet von einem intimen Freund Calders, dem Kunsthistoriker Giovanni Carandente, gibt die Ausstellung mit fast 500 Objekten einen Überblick, der auch Kennern Überraschungen verspricht. „Sandys" 87jährige Schwester etwa hat sich zum ersten Mal von den Spielzeugtieren getrennt, die ihr Bruder für sie gebastelt hatte. Alle kennen den Erfinder der „Mobiles", aber nicht alle wußten, daß Calder auch Maler, Zeichner und Buchillustrator war.

Schwerlich wird man eine gelungenere Ausstellung finden können. Der eintretende Besucher sieht zunächst ein großes weißes Mobile, das wie ein Saurierknochen unter der dunklen Kuppel schwebt. Dann erwischt er sich dabei, vor den Vitrinen wildfremden Nachbarn augenzwinkernd zuzulächeln und wie sie verstohlen zu pusten oder gar eines der Mobiles zu berühren. Die beginnen zu schwingen und sich zu verändern. Auch die Besucher verändern sich hier und werden zu fröhlichen Kindern. Denn der Palazzo della Vela ist wie ein riesiges Spielzimmer, das ein geniales, nie gealtertes Kind mit seinen Schätzen angefüllt hat.

Der Rundgang beginnt mit den Werken des Großvaters, Vaters und der Mutter Sandys, dessen Künstlerfamilie aus Schottland nach Pennsylvanien ausgewandert war. Objekte der Indianerkunst aus amerikanischen Museen schließen sich an. Mit ihnen belegt Carandente seine Entdeckung, wie tief der promovierte Ingenieur Alexander Calder von der primitiven Kunst Amerikas beeinflußt worden war. Die Inspiration für seine leuchtenden Farben, für typisch indianische Symbole wie Sterne, Mondsicheln, Kreise und Spiralen, für die Tierdarstellungen und das arme Material seines Werks, fand er bei den Indianern.

Zwei Grunderlebnisse, so erfährt man hier, machten den Ingenieur zum Künstler. Das erste war ein Sonnenaufgang auf dem Meer, während im Westen der Mond noch groß und silbern am Himmel stand. Die beiden Gestirne ziehen dann auch wie ein Leitmotiv durch sein Lebenswerk. Das zweite Erlebnis, ein Besuch in Mondrians Studio in Paris 1930, führte Calder zur Abstraktion und zur Erfindung der beweglichen Skulpturen, die Duchamp „Mobiles" getauft hat.

Die Erfindung der „Mobiles", die Calder weltberühmt machten, begann mit der Konstruktion winziger mechanischer Figürchen, die er im Auftrag einer Spielzeugfabrik herstellte. Dann baute er einen Miniaturzirkus, den er seinen Freunden vom Montparnasse in Paris, Duchamp und Mondrian, Arp, Mirò, Léger, Tzara und Man Ray, der sich mit Calder als erster von der akademischen amerikanischen Kunst gelöst hatte, mit seinen großen zarten Pfoten präsentierte. Man zeigt in Turin einen kleinen Film von dem Zirkus, den niemand verpassen sollte. Da manövriert der alte Calder winzige Messerwerfer, Pferdchen, Löwen und Akrobaten, die sich unglaublich natürlich bewegen.

„Ich bin ein Ingenieur, kein Bildhauer", pflegte Calder zu sagen und meinte damit sicher auch sein Material, die Industrieabfälle, aus denen er seine kleinen und großen Mobiles und die riesigen statischen „Stabiles" (den Namen prägte Arp) konstruierte. Nur als im Krieg das Metall rar wurde, hat er auch mit Bronze und Holz gearbeitet. Ein Löwe aus Holz gehört zu den schönsten Stücken der Ausstellung. Aber ihm fehlt das Wunder der Drahtskulpturen, die wie aus Luft geformt sind. Lebensechte Porträts, die Serie der Josephine Baker, die Tiere, Tänzer und Mannequins, in ein paar Linien scheinbar abstrahiert, sind dreidimensional und voll von geheimnisreichem Leben.

Die riesigen schwarzen Mobiles zwischen Blumen und Bäumen vor dem Palazzo della Vela, über deren Spitzen bunte geometrische Figuren wie Mühlenflügel kreisen, standen als Wachen vor Calders Bauernhaus in der Touraine. Dort hat der alte Schmied der Träume bis kurz vor seinem Tod gehämmert. Er war ein moderner Don Quixote, der mit der Lanze der Fantasie und der Heiterkeit gegen die Mühlenflügel unserer nüchternen, unfrohen Zeit anrannte. (Bis 25. September, Katalog 25 000 Lire).

MONIKA v. ZITZEWITZ

Salzburg: „Jedermann" mit Klaus M. Brandauer

Ein glaubhafter Sünder

Jedermann, das Spiel vom Sterben des reichen Mannes" in der Erneuerung durch Hugo von Hofmannsthal stand 1920 am Anfang der Salzburger Festspiele und ist ihr Herzstück geblieben, trotz aller Kritik und allen Überdrusses. So konnte sich die Neuinszenierung, die Ernst Haeusserman für dieses Jahr angekündigt hatte, getrost hervorwagen. Reinhardts getreuer Sachwalter hatte alte Rollen neu besetzt, eine neue Bühnenmusik bestellt und kleine Änderungen im Handlungsgebiet riskiert. Das Ergebnis war zwiespältig, aber immerhin geeignet, auch erfahrenen Salzburg-Kennern neue Aufmerksamkeit abzuverlangen.

Große Erwartungen galten dem Darsteller der Titelrolle, Klaus Maria Brandauer. Er vermochte es, in jeder Phase der Handlung den Text mit seinem oft schwierigen Versmaß mit Sinn zu erfüllen und die besonders heikle Bekehrung des Sünders glaubhaft zu bewältigen. Nur konnte er sich nicht zu einem der Weite des Domplatzes angemessenen Deklamationsstil entschließen, sprach manches zu „modern" und zu schnell.

Ohne Tadel, aber auch nicht besonders auffallend, bestand Marthe Keller die schwierige Aufgabe, die kurzen Szenen der Buhlschaft überzeugend zu absolvieren. Große Gewinne für das Ensemble waren Romuald Pekny als Tod, Alfred Böhm als Dicker und Hans Clarin als Dünner Vetter. Sonja Sutter war ohne Schwierigkeit aus der Rolle der Guten Werke in die des Glaubens übergewechselt, ihre Nachfolgerin als Gute Werke, Marianne Nentwich, war dem Raum leider noch nicht gewachsen.

Interessant als komödiantische Figur, aber stimmlich überfordert Helmuth Lohner als Teufel. Rekrutiert sich das „Jedermann"-Ensemble traditionsgemäß aus Wiener Schauspielern mit einigen Ergänzungen aus München, so gab es diesmal einen wertvollen Zugewinn aus der „DDR": Rolf Hoppe, als Göring-Darsteller Partner Brandauers im „Mephisto"-Film, spielte den Mammon mit großer komödiantischer Beweglichkeit.

William Millié waren einige kleine Varianten zu seiner aussagekräftigen Choreographie eingefallen, die Ausstattung von Veniero Colasanti und John Moore bewährte sich ebenfalls. Gerhard Wimbergers neue Bühnenmusik, die mit viel Sensibilität mittelalterliche Anregungen einbezog, blieb dezent und setzte aparte Akzente zur Handlung. Das Publikum war beeindruckt und beifallsfreudig.

KLAUS GRUBER

JOURNAL

Kooperation bei den Bregenzer Festspielen 1984

reg. Bregenz

Das neue Team der Bregenzer Festspiele richtet sich künftig auf Kooperation ein: Alle Inszenierungen, die für das Bodensee-Festival erarbeitet werden, sollen im Anschluß an die Aufführungsserie in Bregenz von einem mitteleuropäischen Theater übernommen werden. Festspielpräsident Günther Rhomberg erhofft sich dadurch eine erhebliche Kostensenkung. 1984 gibt es freilich noch Übernahmen: So wird im Festspielhaus Puccinis „Tosca" in einer überarbeiteten Produktion der Kölner Oper (Michael Hampe/Ezio Frigerio) gezeigt. Gennadi Roschdestwenskij dirigiert. Auf der Seebühne ist Zellers Operette „Der Vogelhändler" zu sehen. Aus Berlin kommt das Schillertheater mit Ibsens „Frau vom Meer". Ein Großprojekt, das für die Seebühne eigens entwickelt werden sollte, ist vorläufig aus verschiedenen Gründen auf 1985 verschoben worden: André Heller soll auf eine moderne Weise die Zaubermärchen Raimunds zu neuem Leben erwecken.

Jüdischer Protest gegen Céline

AFP, Den Haag

Zwei als antisemitisch kritisierte Werke des französischen Schriftstellers Céline, „Die Judenverschwörung in Frankreich" und „Die Schule der Leichen", will ein niederländischer Jude verbieten lassen. Julius Vischjager erklärte jetzt auf dem internationalen Céline-Kolloquium in Utrecht, er habe bei der niederländischen Justiz Klage gegen die Verbreitung der Bücher eingereicht, die zum Rassenhaß aufhetzten. Er wolle auch in Frankreich ein Verbot der Werke beantragen. – An dem dreitägigen Céline-Seminar hatten Literaturwissenschaftler aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Frankreich und Großbritannien teilgenommen.

Venedig ehrt Ingrid Bergman

AFP, Venedig

Der vor einem Jahr gestorbenen Filmschauspielerin Ingrid Bergman ist eine Hommage am Vorabend der Eröffnung der diesjährigen Mostra in Venedig, dem 30. August, gewidmet. Die Veranstaltung mit dem Titel „Tribute à Ingrid" steht unter der Schirmherrschaft des italienischen Staatschefs Sandro Pertini, der Erlös soll dem italienischen Roten Kreuz sowie der italienischen Krebshilfe zugute kommen. An dem Abend nehmen zahlreiche einstige Filmpartner von Ingrid Bergman teil, darunter Gregory Peck, mit dem sie in Alfred Hitchcocks „Spellbound" vor der Kamera stand.

Arzneimittelzulassung wurde widerrufen

dpa, Berlin

Das Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin hat die Zulassung von 106 Arzneimitteln widerrufen, die Borsäure oder andere borhaltige Verbindungen enthalten. Als Grund wird angegeben, daß die Verwendung von Borsäure ein hohes Vergiftungsrisiko mit sich bringt, während ihr Nutzen als gering angesehen werden kann. Von dem Widerruf der Zulassung sind 73 Unternehmen betroffen. Dabei handelt es sich nach Angaben des BGA vor allem um Apotheken, die selbsthergestellte Fertig-Arzneien mit borhaltigen Verbindungen vertreiben.

Theater-Ensembles zum Ausschneiden

dpa, Düsseldorf

Theaterbühnen zum Ausschneiden zeigt eine Ausstellung, mit der sich das Düsseldorfer Theaterarchiv der Geschichte des Papiertheaters annimmt. Die Schau mit 20 Kleinstbühnen und 150 Ausschneidebögen ist im Dumont-Lindemann-Archiv bis zum 4. September zu sehen. Seit dem 19. Jahrhundert waren die Minibühnen aus Papier und Holz in den bürgerlichen Wohnstuben sehr beliebt: gespielt wurde, was die „großen Häuser" vom „Faust" bis zum Märchenstück hergaben. Fachleute vermuten hinter der seit dem Biedermeier so beliebten Unterhaltungsform einen Rückzug aus dem öffentlichen Theater als „moralische Anstalt" in die Beschaulichkeit der eigenen Wohnung.

Japans Einfluß auf Claude Monet

AFP, Paris

Der Einfluß der japanischen Kunst auf Claude Monet (1840 bis 1926) ist von den französischen Autorinnen Genevieve Aitken und Marianne Delafond untersucht worden, deren Buch „La collection d'estampes japonaises de Claude Monet" jetzt im Handel erschienen ist. Die Verfasserinnen sichteten als erste systematisch die Sammlung von rund 200 japanischen Holzschnitten, die Monet in seinem Haus in Giverny aufbewahrte. Der Impressionist war von den fernöstlichen Künstlern fasziniert. In Giverny ließ er den von einem Holzschnitt des japanischen Künstlers Hiroshige inspirierten Garten mit einem von einer Holzbrücke überspannten Seerosenteich anlegen, den er in seiner „Nympheas"-Serie weltberühmt machte. Obwohl auch Monets Zeitgenossen sich der damals neu entdeckten japanischen Kunst zuwandten, ist die Sammlung in Giverny doch die einzige, die vollständig erhalten geblieben ist.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Konsens und Hochmut

Von Enno v. Loewenstern

Staatssekretär Ruehl vom Verteidigungsministerium fragt, wie konsens- und koexistenzfähig die christlichen Kirchen, insbesondere die evangelischen, mit der verfaßten Demokratie seien. Er bezieht sich auf den Vorsitzenden der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung, den Münchner Professor Trutz Rendtorff. Dieser hat angesichts der „Friedens"-Umtriebe in der Kirche von der „traditionellen protestantischen Demokratieunfähigkeit" gesprochen und die Frage aufgeworfen, „ob die Christen zu demokratischer Mitverantwortung konstitutionell unfähig seien". Er gebrauchte auch das Wort „hochmütig".

Richtig ist, daß sich eine düstere Spur des Hochmuts gegen das Reich von dieser Welt durch die klerikale Tradition – nicht unbedingt die Kirchen – zieht. Doch ist das keine christliche Demokratieunfähigkeit. Man muß kein Heide sein, um die Rechte seiner Mitmenschen achten zu können. Es ist vielmehr eine Mischung aus Hochmut und Geschäftigkeit.

Man will mitreden, man ist in einer einflußreichen Organisation, also macht man davon Gebrauch. Man bekommt Beifall, also fühlt man sich ermutigt. Man sieht sich mit peinlichen Vorhalten über diese unlegitimierte Anmaßung konfrontiert, also wischt man diese Vorhalte weg unter Berufung auf die Bibel, die auszulegen man allein befugt sei.

So spielt es sich in der Kirche ab, aber auch in Gewerkschaften und anderen Verbänden, unter advokatischer Berufung auf die jeweiligen Verbandsstatuten, ohne daß Gewerkschaftler, Sportjugendfunktionäre, Kommunalpolitiker oder wer immer deswegen fundamental konsensunfähig wären. Wichtigtuerei ist eine verbands- und konfessionsübergreifende Eigenschaft.

Ruehl spricht von Bonner Gegenschriften, die jedoch leider „nicht überall gelesen werden". Wie wahr. Wenn diese Leute lesen würden, bliebe viel Unsinn ungeredet und undemonstriert. Die Bundesregierung muß reden, nicht nur schreiben, wenn sie gehört werden will. Vornehme Zurückhaltung wird unterhalb eines gewissen intellektuellen Niveaus als Schwäche verstanden und behandelt.

Ordnung wiederhergestellt

Von Herbert Kremp

Als die Kunstform des Schlichten schlechthin erschien dem Beobachter das Kleid des chinesischen Soldaten. Olivgrün das Heer; blaue Hose die Luftwaffe; luftiger, mit weißer Bluse oder ganz in Blau, die Marine. Am Kragen rote Spiegel, ein Fetzen Filz. Bei der Übung, bei Stadtpatrouille, im Kampf braunes Lederkoppel. Der Offizier („Kader" genannt) unterschied sich vom Gemeinen durch vier Jackentaschen anstatt nur zwei. Das sah sehr asketisch aus und roch desinfiziert.

Der militärisch Bewanderte hatte Bedenken: Was wohl geschähe, wenn im Kampf die Einheiten durcheinandergewirbelt würden und ein unbekannter Offizier eine verwaiste Kompanie zu übernehmen hätte. Gehörten nicht Rangabzeichen und Nummern der Einheiten zu den (gänzlich unideologischen) Orientierungsmitteln in einer Armee? Die Antwort war ein überlegenes Lächeln. Nein, in dieser Lage gebe sich der Verantwortliche durch „starke Stimme und zielsichere Gesten" zu erkennen. Die Volksbefreiungsarmee sei eben eine Armee des Volkes, egalitär wie dieses. Im Vietnamkrieg Anfang 1979 reichte die Schlichtheit nicht aus. Wie immer führte Egalität zu Konfusion.

Aber im großen China wird seit Konfuzius die hierarchische Ordnung immer wieder hergestellt. Es müssen nicht Mandarin-Kugeln sein. Die Einführung neuer Uniformen, in Anlehnung an die alten sowjetmodellierten, die Rangabzeichen, die da kommen sollen, beenden die Emblematik der Kulturrevolution auch in der Armee. Die Armee soll das Jahr 1966 und die Allmacht ihrer Egalität vergessen. Sie soll in die Kasernen, sie wird professionalisiert. Sie hat den Staat nicht mehr, deshalb gibt man ihr ein paar Sterne und besseres Tuch.

Die Kulturrevolution war Romantik, blutrot und überdies blutig, was mit der Egalität einhergeht. Jetzt kommen in China moderne Zeiten, die bekanntlich alte Ordnungen voraussetzen. Im Westen allein wird die Revolutionskluft modisch erhalten bleiben – à la mode émancipation et promiscuité, den Schwachformen der Gleichheit.

Friedensdienst

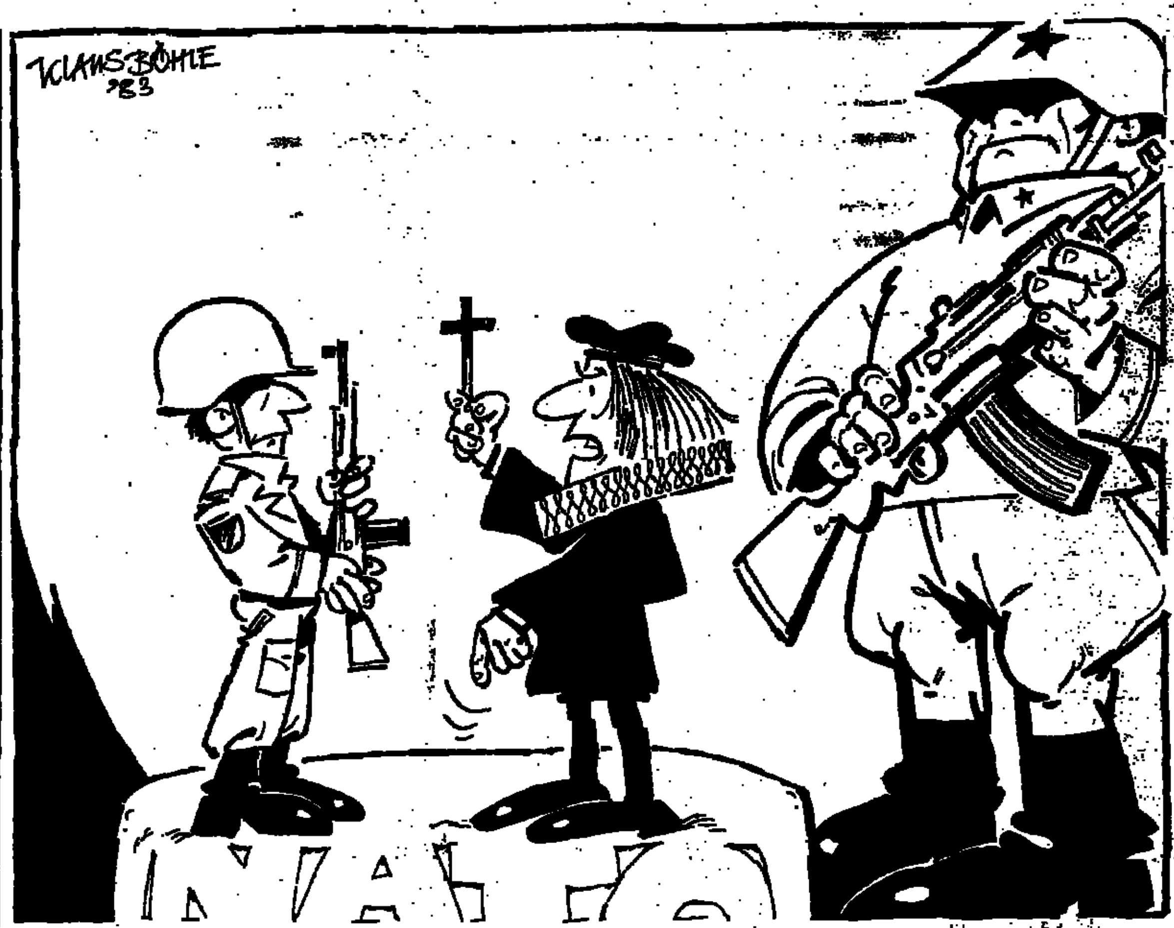
Von Rüdiger Moniac

Die deutsche Luftwaffe reagierte schnell. Nur acht Stunden, nachdem Italien über diplomatische Kanäle Löschhilfe gegen die Waldbrände in Sardinien angefordert hatte, waren die Flugzeuge aus der Bundesrepublik zur Stelle. Zwei Transall, die zweimotorigen Transportflugzeuge der Luftwaffe, fliegen seit letztem Samstag über der italienischen Mittelmeerinsel die Feuerwehr aus dem Himmel.

Wie sich nun zeigt, waren die Konsequenzen aus der niedersächsischen Waldbrandkatastrophe *richtig*. Löschen aus der Luft wirkt gegen Flächenbrände am besten. Die Luftwaffe entwickelte zusammen mit der Firma MBB ein Verfahren, bei dem aus in die Flugzeuge eingebauten Großbehältern beachtliche Wassermengen auf den brennenden Wald verteilt werden können. Zwölf Tonnen Wasser schleppt eine Transall, in wenigen Sekunden sprühen also zwölftausend Liter vom Himmel.

Hinderlich für die Löschflüge ist, daß die Wasserladung nur auf dem Militärflugplatz von Decimomannu im Süden der Insel aufgenommen werden kann. Die Brände wüten im Norden Sardiniens. An- und Abflugzeit sind entsprechend lang. Trotzdem schafften beide Flugzeuge am Sonntag je zehn Einsätze. Bis zum Montagabend waren sie vierunddreißigmal über den brennenden Wäldern; mit ihrer Hilfe ist das Feuer eingedämmt worden. Die italienische Presse ist des Lobes voll.

Auch dieser Fall zeigt wieder, daß bei Naturkatastrophen die Hilfe der Bundeswehr und besonders ihres technischen Geräts höchst willkommen ist. Diese Hilfe ist ein Teil des Zivilschutzes, der, das wird bei Katastrophen zumeist klar, fast überall in westlichen Ländern unzureichend ausgestattet ist. Die Soldaten helfen: die zweite Seite ihres Friedensdienstes. Dafür gebührt ihnen ebenso Anerkennung wie für die erste, die Kriegsverhinderung.



„Frieden schaffen – ohne Gewähr!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Eleganz macht den Staatsmann

Von Heinz Barth

Zu wünschen wäre es schon, daß die Diskussion um und mit Franz Josef Strauß jetzt möglichst schnell in der Stille des Sommerloches verschwände, die er der deutschen Politik diesmal nicht gegönnt hat. *Doch diese Hoffnung kann* sich aus Gründen, die vorwiegend bei ihm selbst liegen, leider nicht erfüllen. Zu lange und zu bestimmend war der Einfluß, den er in drei Jahrzehnten auf die Entwicklung der Republik nahm, um jetzt seine ostpolitische „Wendung durch Annäherung" als bloß kapriziöse Episode, als eine Art Polit-Loch-Ness, dem Vergessen zu überantworten.

Die ins Fundament der liberal-konservativen Koalition einbetonierten personellen Konflikte können nicht mehr ignoriert werden. Es ist nicht zu erkennen, wie die Bundesregierung von ihrer unheilbaren Mangelerscheinung kuriert werden könnte, die auf der beschränkten Integrationsfähigkeit des einfallsreichsten Politikers beruht, den dieses Land seit Konrad Adenauer hervorbrachte.

Man weiß das schon lange. Doch ehedem, als es den jungen Bundesminister Strauß in fremde Hauptstädte trieb, um die beschwingende Luft der großen Politik, den Ozon des Globalismus zu atmen, hatte man noch Anlaß zu der Zuversicht, seine superben Gaben würden ihn über die unzähligen Hürden tragen, die er sich schon damals in den Weg stellte. Es war eine Zeit, in der er sich durchaus bewußt war, daß er nicht über die Erfahrungen verfügte, die seinen Ehrgeiz gerechtfertigt hätten. Die Erfahrung ist gewachsen, aber die Bereitschaft, an sich selbst die strengen Maßstäbe zu legen, die der zunehmenden Fülle von Macht und Einfluß entsprachen, wuchs nicht mit.

Als er das bittere Lehrgeld des Wahldebakels von 1980 gezahlt hatte, war es wohl schon zu spät. Er ist jetzt in einem Alter, in dem sich ein Charakter wie der seinige nicht mehr zu ändern pflegt. Nichts wäre dagegen einzuwenden, daß er die Geschichte nicht als soziales Bodenturnen, sondern als ein nie ganz zu entwirrendes dramaturgisches Geflecht begreift. Gestört ist nicht sein Verhältnis zur Geschichte Deutschlands und auch nicht zu der politischen Wirklichkeit, *die sie in ihrem aktuellen Ab*lauf produziert. Gestört ist sein Verhältnis zu sich selbst und zu den Möglichkeiten, die ihm vorgegeben sind.

Sein eigentliches Problem ist ein zentrifugales Temperament, das von einer egozentrischen Mitte aus agiert. Seine Sender laufen auf voller Wattstärke. Seine Empfänger sind weniger trennscharf. Er reflektiert, wenn überhaupt, die politischen Wellen nur widerstrebend. Das ist ein ernstes Manko für einen konservativen Politiker. Denn der wirklich Konservative unterscheidet sich vom Egalitaristen dadurch, daß er an sich selbst härtere Anforderungen stellt als an diejenigen, die er zu führen beansprucht. Das erklärt, warum jedesmal, wenn Strauß in Schwierigkeiten gerät, sofort über seinen „Stil" geredet wird.

Nun können Autorität und Macht, auch wenn sie mit dialektischer Eleganz präsentiert werden, nicht die ergänzende Wirkung von angeborener Eleganz ersetzen. Das schließt die Bereitschaft ein, an den richtigen Stellen den politischen



Vom tragischen Mangel an Selbstkritik: Strauß FOTO: AP

Druck zu dosieren und dem Partner Vorgaben zu gewähren, die dem Machtkampf die Aggressivität nehmen und ihn – sei es nur atmosphärisch – vermenschlichen. Das ist der Moment, in dem der Politiker *zum Staatsmann* wird und seiner Autorität Glaubwürdigkeit verleiht. Es war nicht viel, was diesen faszinierenden Mann vom Durchbruch zum ganz großen Erfolg trennte. Aber der Mangel an Selbstkritik war sicher dabei. Und gewiß auch die Einsicht, die ihm nie aufging, daß der Konservative scheitern muß, wenn es ihm mißlingt, seine Überzeugungen mit seinen Umgangsformen zu einem harmonischen Ganzen zu verschmelzen.

Das Gespür dafür muß gerade in einer Zeit der metallisierten und entpersönlichten Politik von einem Mann verlangt werden, der die Persönlichkeitswerte stark betont und sich zuweilen mit Konrad Adenauer vergleicht. Wir erinnern daran mit ehrlichem Bedauern, weil wir ihn heute noch für eine schwer zu entbehrende Potenz der deutschen Politik halten. Es wäre tragisch, ginge sie verloren. Doch verschweigen läßt es sich nicht, daß ihm Scharfsinn und Differenzierungsvermögen immer dann abhanden kommen, wenn seine persönlichen Ambitionen im Spiel sind.

Er hat uns jetzt wieder schmerzhaft daran erinnert. Es war nicht ausschließlich die Sorge um nationale Belange, die ihn zum Neo-Entspanner machte. Er hat die Seiten gewechselt, nicht seine konservativen Kritiker. Der Unterschied zwischen Pragmatismus des Staates und Pragmatismus in eigener Sache sollte gewahrt bleiben.

Ein Geist von seiner Beweglichkeit muß erkannt haben, daß seine Wende verwirrende Folgen für die Mehrheit des 6. März und die Geschlossenheit der Regierung haben muß, die aus der Wahl hervorging. Hat er eigentlich bedacht, daß er die Nachrüstungsgegner, die im Herbst auf die Straße gehen, nicht abschreckte, sondern eher ermutigte? Das wäre Honecker manche Konzession in kleiner Münze wert.

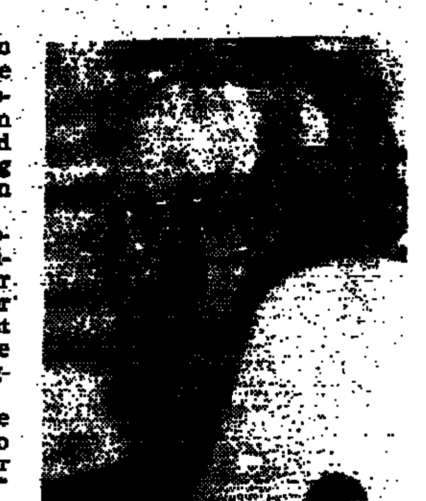
IM GESPRÄCH William F. Hyland

Dem Lande vorausdenken

Von Manfred Neuber

Die angesehene, im Turnus von drei Monaten erscheinende amerikanische Publikation „Foreign Affairs" hat einen neuen Chefredakteur: William Hyland (53) übernahm die Federführung von William Bundy (65), der in den Ruhestand ging.

Hyland ist ein Kenner der Sowjetunion; er diente unter den Präsidenten Nixon, Ford und Carter als Sicherheitsberater. Ein früherer Mitarbeiter schätzt an ihm: „Er ist kein Ideologe"; und amerikanische Diplomaten loben seine Beweglichkeit.



Bundys Nachfolger: Neuer Chef von „Foreign Affairs" Hyland FOTO: DPA

„Die Kühnheit von heute ist die Wirklichkeit von morgen", so könnte das inoffizielle Motto der Redaktion von „Foreign Affairs" lauten, die vom einflußreichen „Council on Foreign Relations" in New York herausgegeben wird. Sitz ist eine Villa an der Park Avenue.

Marksteine in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten zeichneten sich vorher in „Foreign Affairs" ab – so 1947 die Politik der Eindämmung gegenüber dem Kommunismus, später die Annäherung an China und 1972 ein neuer US-Kurs in Nahost als Reaktion auf den Ölpreis-Schock.

Der neue Chefredakteur ging aus einem Kreis von 68 Kandidaten hervor, die auf einer Liste des „Council on Foreign Affairs" standen. Als Präsident dieser Institution würdigte Winston Lord „die herausragende Erfahrung, den Intellekt und die Objektivität" Hylands.

In den sechziger Jahren mit Lageanalysen des amerikanischen Geheimdienstes CIA beschäftigt, stieß er 1969 unter der Nixon-Administration zum Nationalen Sicherheitsrat. Anschließend arbeitete er über entsprechende Fragen im Außenministerium.

Hyland publizierte häufig vielbeachtete Artikel und schrieb *1968* das Buch „Der Sturz Chruschtschows". Zuletzt war er für das Institut „Carnegie Endowment for International Peace" tätig.

Bei den Verhandlungen über SALT I spielte er eine wichtige Rolle. Nach dem Urteil von Vertrauten wandelte sich Hyland vom „Falken" zu einem Befürworter ausgewogener Rüstungskontrollabkommen.

Der „Rat für Auswärtige Beziehungen" – gelegentlich als Politbüro des Kapitalismus apostrophiert – bietet mit der Vierteljahresschrift ein Forum, das größte internationale Aufmerksamkeit genießt. Führende Staatsmänner aus aller Welt kommen darin zu Wort.

Über die Zusammenkünfte des Rates selber sagte einmal der amerikanische Wissenschaftler William Domhoff: „Die freie Presse dieses Landes nimmt sich die Freiheit, ein Gremium, in dem die mächtigsten Männer unseres Landes sich mit Weltproblemen befassen, als einen privaten Bridge-Club anzusehen, der niemanden etwas angeht."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Zu Strauß meint die Zeitung:

Bundeskanzler Kohl, der sich in der letzten Zeit hätte öfter mal zu Wort melden sollen, ist in Urlaub und schweigt. CSU-Chef Strauß schiebt seinen Urlaub vor sich her und redet. An diesem kleinen Gegensatz entzünden sich die politischen Sommergewitter der Republik. Strauß behauptete gestern erneut, die Bundesregierung wolle bei einem neuen Postabkommen mit der „DDR" auf 250 Millionen zugehen". Er berief sich dabei auf Kanzleramtsminister Jenninger. Doch dieser ließ, sichtlich verärgert, abwinken. Von Strauß erwünscht war die Kritik, die CSU-Generalsekretär Wiesheu an Staatsminister Mertes übte. Dieser hatte die Ersetzung des Kriegsrechts in Polen durch ein ebenso scharfes Notstandsrecht als falschen Schritt in die falsche Richtung bezeichnet, während Strauß von einem ersten Schritt in die richtige Richtung gesprochen hatte. Wiesheu sagte, Strauß liege auf der Linie des polnischen Arbeiterführers Walesa. Auch das stimmt nicht – wie so vieles.

Nordwest-Zeitung

Zum fälschungssicheren Ausweis meint das Blatt:

Wer jetzt die Einführung des fälschungssicheren Ausweises anprangert, muß sich daher auch die Frage gefallen lassen, welche Minderheiten er angeblich zu schützen gedenkt und vor allem, was im Einzelfall an den attackierten Ausweisen zu beanstanden ist. Das ist bisher nicht geschehen. Insofern ist das ganze Brimborium bislang nicht mehr als Theaterdonner.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Zur Transitstrecke kommentiert das Blatt:

Der vor zwei Monaten gewaltsam ausgebürgerte DDR-Dissident Roland Jahn hat berichtet, er sei erst kürzlich bei einer Eisenbahnfahrt auf der Transitstrecke von DDR-Grenzbeamten mißhandelt worden. Wenn das stimmt, dann war dies eine besonders schwerwiegende Verletzung des Transitabkommens durch die „Organe" der DDR. Dieser Übergriff, so er stattgefunden hat, hätte sich damit zu einer Zeit ereignet, in der von manchen in der Bonner Regierung eine deutlich entspanntere Lage an der innerdeutschen Grenze konstatiert worden ist.

RHEINISCHE POST

Zur Koalition bemerkt das Düsseldorfer Blatt:

In der Koalition aus CDU/CSU und FDP gibt es keine Krise, es braut sich auch nichts zusammen. Hier und da wird gerangelt, zum Beispiel in der Innen- und Rechtspolitik. Aber im übrigen sind die Partner sich in allen wichtigen Feldern der Politik einig. Die Tatsache, daß das Erscheinungsbild der Koalition schlechter ist als ihre Verfassung, liegt nicht allein an der FDP, sondern gewiß auch an Strauß.

THE WALL STREET JOURNAL

Zur Situation in Mittelamerika schreibt das New Yorker Blatt:

In der letzten Woche hat das Repräsentantenhaus, beherrscht von der Partei Roosevelts, Trumans und Kennedys, ein Gesetz verabschiedet, das „verdeckte", aber wohl kaum geheime US-Hilfe an die nicaraguanischen Rebellen beendet. Als Ergebnis ist die Welt heute für den Kommunismus ein wenig sicherer geworden. Jenen, die gegen verdeckte Hilfe sind, kann nicht verborgen geblieben sein, daß die westliche Hemisphäre einem Dauerangriff der Sowjetunion ausgesetzt ist ... Die derzeitigen „Friedens"-Angebote von Castro und Gesellschaft sind ein Spiel auf Zeit, während sowjetische Schiffe in Nicaragua mehr Ausrüstung und Waffen entladen. Solange die Antwort der USA schwach und unsicher ist, wird die Aufrüstung andauern.

Ob die Universitäten wieder zu Bildungsstätten werden?

Vorschläge der Rektoren und Wehklagen der Funktionäre / Von Peter Philips

Die letzte Reformuniversität auf deutschem Boden, die diesen Namen verdiente und zugleich ein großer Wurf wurde, entstand vor 173 Jahren – als Wilhelm von Humboldt die Berliner Universität gründete. Hier manifestierte sich noch einmal das alte Ideal der „Universitas literarum".

Die Zeiten haben sich geändert. Mit dem von Pichts Kassandra-Ruf der „Bildungs-Katastrophe" eingeleiteten Run auf die Universitäten trat nun etwas schärfer zutage, das schon längst Realität geworden war: Die wissenschaftlichen Hochschulen in Deutschland hatten sich von Geistesschmieden zu akademischen Handwerksbetrieben entwickelt. Die Wissenschaftlichkeit bleibt häufig auf der Strecke. Die eher handwerklichen Berufe der angewandten Medizin sind die angesehensten – weil höchstdotierten – Studienziele geworden. Und Jurist werden viele nicht nach und aufgrund einer gründlichen wissenschaftlichen Ausbildung, sondern nur nach gründlichem Fälle-Pauken bei einem Repetitor.

Über die Folgen der „erborgten Wissenschaft" gab es schon frühzeitig Klagen: „Dies ist die Ursache, weswegen man nicht selten Studierte antrifft, die wenig Verstand zeigen, und warum die Akademien mehr abgeschmackte Köpfe in die Welt schicken als irgendein anderer Stand des gemeinen Wesens." Der Beschwerdeführer hieß Immanuel Kant und äußerte sich 1765; inzwischen hat das Problem rein zahlenmäßig völlig andere Dimensionen angenommen, als es sich Kant je hat träumen lassen.

Aber um noch einmal Kant zu zitieren: Die Zeiten sind eben leider vorbei, in denen „die feineren Einsichten zu den Mitteln des Fortkommens gehören und Bedürfnisse werden, die ihrer Natur nach eigentlich nur zur Zierde des Lebens und gleichsam zum Entbehrlichschönen desselben gezählt werden wollen". Wer heute einer grundlegenden Reform des Studiums das Wort redet, durch die sowohl die „praktische" Ausbildung in Richtung auf die berufliche Anwendbarkeit verbessert als auch das Niveau gehoben und die Wissenschaftlichkeit wieder stärker zu ihrem Recht kommen soll, dem wird sofort entgegengeschleudert (wie erst jüngst von der GEW geschehen): Das führe „zu sogenannten Elitestudiengängen", durch die „Studenten aus Arbeiterfamilien auf eine mindere Qualifikation abgedrängt" werden sollen.

Es wird Zeit, daß das Wort Elite enttabuisiert wird – Elite, die sich aus Leistung definiert. Und wieso sollen Kinder aus Arbeiterfamilien (was heißt im übrigen Arbeiterfamilien?) nicht zur geistigen Elite gehören können? Wer drängt hier wen ab? Wie kommt die Lehrergewerkschaft dazu, Arbeiterkinder pauschal als dumm hinzustellen?

„Wirklichkeitsfremd wäre nach Auffassung des Wissenschaftsrates die Vorstellung, zwanzig Prozent oder fünfundzwanzig Prozent einer Altersgruppe mit einem inhaltlich unveränderten Ausbildungsangebot wie seinerzeit fünf Prozent studieren zu lassen", stellte schon im Jahre 1976 der Wissenschaftsrat fest und formulierte erste Konsequenzen. Damals wurde natürlich nichts daraus. Heute, da ein Universitäts-Diplom nicht mehr Garantieschein für lebenslang höheres Einkommen ist, sind die Chancen besser. In modifizierter Form haben sowohl der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Hans Schwier als auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz die alten Vorschläge des Wissenschaftsrates wieder aufgegriffen.

„Konsekutiv-Modell" heißt die Formel, die der ehemalige Präsident der WRK, George Turner, und sein einstiger Vize und nunmehr Nachfolger Theodor Berchem bereits seit Jahren propagieren: In einem kurzen, sechssemestrigen Grundstudium sollen die Studierenden zu einem praxisnahen Ausbildungsabschluß geführt werden, mit dem sie anschließend einen Beruf ergreifen können. Nur die wirklich Begabten dürften, nach Bestehen einer zusätzlichen Eingangsprüfung, anschließend ein wissenschaftliches Postgraduiertenstudium aufnehmen, das ihnen auch den Weg zu einer Hochschullaufbahn öffnete.

Ziel müsse, so Berchem, sein, das gesamte Bildungswesen von unten nach oben variabel zu gestalten. Denn ein Drittel eines Schülerjahrganges kann eben nicht mehr genausolange und intensiv studieren, wie dies früher bei drei bis fünf Prozent eines Jahrganges möglich war. Dies ist nicht finanzierbar, lähmt die Arbeit an den *Hochschulen und* ist unökonomisch: Denn den Hauptabnehmern, der Wirtschaft, ist mehr gedient mit praxisnah Ausgebildeten, die nicht erst im fortgeschrittenen Alter ins Berufsleben eintreten.

Eine „Universitas literarum" wird kaum wiederherstellbar sein. Aber vielleicht kommt eine leistungsfähigere Hochschule dabei heraus mit ein paar Nischen, in denen dann noch immer das zu lernen möglich sein wird, was Kant die „Zierde des Lebens", das „Entbehrlichschöne" genannt hat – wenn man nur erst das Entbehrlichdumme abschafft.